Heft 11 November 1995 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Die Grünen: Pazifisten der Reserve
- Die SPD: Einsinkende Altbauten
- Die Nato: Rühe gegen Restrußland
- Die Dasa: Wie man sich 25 Milliarden beschafft
- Der Prozeß: Die Simpsons gehn in Serie
- Das Buch: Jelineks Untote

4 391202 708206 11

in konkret November 1995

von konkret

an konkret

Illen ist menschrich von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Pazifist der Reserve von Pascal Beucker
Über die politische Karriere des Daniel Cohn-Bendit

Die Beine von Dolores von Michael Schilling
Die Geschichte des »Eurofighter 2000« lehrt, was sich aus seiner Geschichte lernen ließe und warum auch aus dieser Geschichte nichts gelernt wird

Einsinkende Altbauten von Georg Fülberth
Wie überflüssig ist die Sozialdemokratie?

Brandt oder Mutzenbacher? von Peter Kratz
Fünf Jahre nach seinem Eintrag ins Buch der Geschichte ist die Authentizität eines berühmten Politikerspruchs fraglich geworden

Geschäfte mit dem Feind von Karola Fings
Über das Arrangement des US-amerikanischen Automobilkonzerns Ford mit Nazideutschland und den Einsatz von Zwangsarbeiter(inne)n im Ford-Werk Köln

»SchädlicheTeilchen« von Udo Sierck
Über einen neuen Vorstoß zur Freigabe medizinischer Experimente an »einwilligungsunfähigen« Patienten

Wiedergänger in Transsilvanien von John Goetz
In Rumänien werden faschistische Traditionen wiederbelebt – mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU)

Das Ende einer Fiktion von Werner Pirker
Warum der bosnische Staat auch den Frieden nicht überleben würde

»Voller Erfolg« von Andreas Spannbauer
Unvollständige Chronologie der Nato-Intervention in Bosnien

Rühe gegen Restrußland von Oliver Tolmein
Die Nato-Osterweiterung soll die russische Föderation auf den Status einer Regionalmacht zurückstutzen. Treibende Kraft dabei ist der deutsche Außenminister

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

»Mit Rücksicht auf Volksstimmung« von Lutz Wernicke
Deutsche an der Leine, am Lido und über dem Balkan – Eine Reise durch Provinz und Zeit

Tote Philosophie von Jürgen Roth
Hat die Gesellschaftsanalyse abgedankt? – Die »Neue Rundschau« hat darüber nachdenken lassen

Camp O.J. von Katia Davis

Die Simpsons gehen in Serie: Rück- und Ausblick auf ein Spektakel

Das zweite Gesicht der Geschichte von Erwin Riess
Elfriede Jelineks Roman »Die Kinder der Toten« – Ein deutsch-österreichisches Totenlied

Die Kraft der Kunst von Jürgen Kiontke
Totalitarismustheorie, gehängt: die Ausstellung Berlin-Moskau/Moskau-Berlin

Schlachtfeld Kultur von Layla Dawson
Über Edward W. Said und seine Studie zur Rolle der westlichen Kultur bei der Eroberung der Welt

Lügenhafte Feste, satte Wahrheiten von Dietrich Kuhlbrodt
Über Emir Kusturicas Film »Underground«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/95, S. 4

von konkret

In der Kundenzeitschrift des Rowohlt Verlags schreibt ein Chr. Schwandt zum Preise des Schriftstellers Peter Schneider:

Deutschlands linke Sprachregler und Siegelbewahrer werden aggressiv. Der sozialistische Konsens ist zerbrochen, die intellektuelle Landschaft zerklüftet und unübersichtlich. Und so wird abgestraft und ausgestoßen, wenn jemand den Bezirk verläßt, der als sicheres, abgestecktes Gelände galt. Die Reihe der als »Konvertiten«, »Verräter«, »Antiintellektuelle« oder auch »Flintenweiber« Beschimpften ist lang und eindrucksvoll. Illustre Beispiele sind Hans Magnus Enzensberger, Henryk M. Broder, Katharina Rutschky und Peter Schneider.

Eine bescheidene Bitte an den Redakteur der »Rowohlt Revue« oder den Verleger: Könnten Sie uns einen einzigen Sprachregler und Siegelbewahrer nennen, der die genannten Damen und Herren aggressiv abgestraft und ausgestoßen hat – und von wo nach wohin? Einen einzigen, außer natürlich dem sprachregelnden und siegelbewahrenden KONKRET-Konzern, der die genannten Herren zur Strafe in das Holzbrink-Bertelsmann-Kirch-Augstein-Burda-Ghetto verstoßen hat, ohne allerdings einen von ihnen als Konvertiten, Verräter oder Antiintellektuellen zu beschimpfen, sondern im Gegenteil zu konstatieren, daß sie sich und der jeweiligen Konjunktur stets die Treue gehalten haben, während das betreffende Flintenweib durch gelegentliche Anfragen um Beiträge abgestraft wird. In der Hoffnung, keine Fehlbitte getan zu haben, Ihr Großinquisitor KONKRET.

Das härteste Urteil, das KONKRET über Verräter zu verhängen weiß, lautet: zur Strafe zweimal abschreiben! Am besten diesen Gedanken, der im November 1990 in KONKRET zu lesen war:

Erst jetzt aber werden die kollektiven psychischen Ursachen des vereinigten deutschen Leids unübersehbar. Sie kamen vom Krieg um die Weltherrschaft zurück, hatten ein paar Völker umgebracht, aber ein Sinn ihrer Untaten wollte sich nicht einstellen. Weder durften sie ihre Verbrechen gegen die Menschheit genießen, noch mußten sie sie büßen. Sie hatten gemordet und sollten ungestraft einfach weiterleben. So fingen sie an, das Leben selber als Strafe zu begreifen und, je länger es dauerte, als immer ungerechtere. Bis sie schließlich Opfer geworden waren.

Kaum war Henryk M. Broder des Verrats überführt, wurde das Urteil im September 1995 von der befreundeten Redaktion des »Spiegel« vollstreckt, die dem Delinquenten im Vorspann den Abschreibtext diktierte:

Tiefes Unbehagen beherrscht die Deutschen, weil sie vor 50 Jahren nur maßvoll bestraft wurden, so beurteilt Henryk M. Broder die Gemütslage der Nation.

Was also, Broder, ist seit der KONKRET-Ausgabe vom November 1990 das zentrale deutsche Problem?

Ein tiefes Unbehagen, vom Schicksal wider Erwarten verschont worden zu sein...

Brav. Und noch einmal: Was ist das zentrale deutsche Problem?

Das zentrale deutsche Problem ist die nicht erfüllte Bestrafungserwartung nach dem kollektiven Ausrasten von 1933 bis 1945...

Der Klecks mit dem Ausrasten wäre nicht nötig gewesen. Dennoch: ausreichend. In die nächste Besoldungsstufe versetzt. Bzw. ausgestoßen.

Vor zwei Jahren angekündigt, ist sie nun erfolgt: die Abrechnung der Vierteljahresschrift der ehemaligen MG (Marxistischen Gruppe) mit »der Zeitschrift KONKRET und der antideutschen Gesinnungswirtschaft«. 46 Seiten lang. Mit vielen und ausführlichen Zitaten, gegen die der polemische Kommentar gedanklich wie stilistisch meist stark abfällt. Alles in allem: enttäuschend. Worum es geht? Gremliza und andere KONKRET-Autoren wollten aus der Linken einen »Verein zur Beschwörung der fortdauernden Gerechtigkeit des 2. Weltkriegs« machen. Daß so auch die »Deutschen Nachrichten«, die »Junge Freiheit« oder die »National-Zeitung« formulieren könnten (und oft formuliert haben), ist nicht so schlimm. Schlimmer ist, daß die Autoren des »Gegenstandpunkt« es nicht merken.

Wenn sowas dabei herauskommt, machen selbst die Fehler noch Spaß: Aus Wiesbaden schreibt uns Thomas Glaenz:

Hier nun meine Auflösung des Fehlersuchspiels für verkrachte Bildungsbürger in KONKRET 10/95, Seite 49: Die Brüder Karl Stauffer-Bern & Friedrich II. von Staufen sind natürlich mitnichten zu Besuch bei Heinrich George, Vater von Jötzen, sondern vielmehr bei Generalpostmeister Heinrich von Stephan!

Chapeau!

Anfang November erscheint im Konkret Literatur Verlag ein neues Buch der KONKRET-Autoren Thomas Ebermann und Rainer Trampert: *Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft* (360 Seiten, 39 Mark). Darin kritisieren die Autoren allerlei linke Mythen – von apokalyptischen Niedergangsprognosen bis zum Glauben an die tendenzielle Auflösung der Nationalstaaten – und analysieren die seit der Wiedervereinigung rapide sich beschleunigende politische Regression der Deutschen.

KONKRET-Autor Oliver Tolmein hat zusammen mit der Medienwerkstatt Freiburg ein Video produziert: »Happy Birthday, Haftbefehl! Das 150. Ermittlungsverfahren gegen ›radikal‹«. In der 30minütigen Dokumentation ist nicht nur KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza vor dem Hamburger Kriegerdenkmal zu sehen, es kommen auch leibhaftige »radikal«-Mitarbeiter aus dem Untergrund zu Wort. Historisches Material zum Protest gegen die Verfolgung der »radikal« in den 80er Jahren und eine persönliche Erklärung des Bundesanwalts Rolf Hannich, wie eine Zeitung zu sein habe und was bloß eine Untergrunddruckschrift ist, runden das Video ab. Zu bestellen bei: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Fax: 0761 - 70 17 96.

Konkret 11/95, S. 6

an konkret

Gossweilers Erzählungen

KONKRET 10/95: Leserbrief von Kurt Gossweiler; KONKRET 8/95: »Fußnote 63« von Otto Köhler

Als ich Kurt Gossweilers Epistel las, kam mir seine Diskussionsrede in Erinnerung, die er am 22.8.1973 in jener Parteiversammlung gegen mich hielt, die über mein (ich zitiere aus der damaligen Beschlußvorlage) »ungenügend entwickeltes politisches Verantwortungsbewußtsein« beriet, weil der Prozeß, den der Vorstand der Deutschen Bank und Hermann J. Abs im August 1970 gegen mich angestrengt hatten, nicht gewonnen worden war. Kurt Gossweiler hatte außer dieser Diskussionsrede auch seinen persönlichen Beitrag zur Vorbereitung dieses Verfahrens geleistet, indem er mich »undurchsichtiger Kontakte mit einem bürgerlichen britischen Historiker« beschuldigte, was zu meinem angeblich ungenügenden Verantwortungsbewußtsein nun noch erschwerend hinzukam. Was war damals geschehen? Am 12.4.1972 war der englische Historiker Tim Mason unangemeldet in meiner Wohnung erschienen. Kurze Zeit nach seinem Eintreffen rief mich Gossweiler an und fragte, ob Herr Mason bei mir sei. Nachdem ich das ahnungslos bejaht hatte, meldete Gossweiler diesen Besuch am nächsten Tag umgehend der zuständigen Parteileitung (zitiert aus meinem Schriftsatz zum Einspruch gegen das Verfahren vom 10.9.1973). Ich nenne auch heute noch ein solches Verhalten eine Denunziation. Seine Diskussionsrede am 22.8.1973 strotzte denn auch von Tatsachenverdrehungen und politischen Verdächtigungen, die schließlich in der Anschuldigung »persönlicher Renommiersucht« gipfelten.

Bei diesem für ihn charakteristischen Verhalten ist Herr Dr. Kurt Gossweiler geblieben. Er, der noch immer Stalins Terror zu rechtfertigen sucht, kann sich eben nicht verleugnen. Das mag auf seine Weise »standhaft« sein, klug ist es jedenfalls nicht. Doch nun zu jenen Geschichten, die ich angeblich Otto Köhler aufgetischt habe.

Zum »ersten Schwindel«, den Gossweiler mir vorhält. Es ist wahr: Ich habe weder als erster die Akten der Deutschen Bank entdeckt, noch sie vor einer Vernichtung gerettet. Aber das habe ich eben auch nicht behauptet. Nur war es auch unter DDR-Historikern nicht allgemein bekannt, daß die Bankakten im Keller des Deutschen Wirtschaftsinstituts lagerten, und Kurt Gossweiler gesteht das ja ein. Nach dem Archivgesetz der DDR gehörte dieser Aktenbestand in das Deutsche Zentralarchiv nach Potsdam, wo er der Forschung zugänglicher gewesen wäre. Doch um den eigenwilligen Besitz des Aktenberges im DWI zu tarnen, durften die Akten damals nur mit einer Sondergenehmigung und als »Fotokopie des Originals« zitiert werden. Was Gossweiler in seinen Arbeiten auch immer brav tat. Er hat - wie andere Historiker - nie daran gedacht, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften der DDR die Akten dem Zentralarchiv anzuzeigen. Wenn er die Akten sorgfältig registriert fand, ist auch das richtig, nur war es die Registrierung der Zentrale der Deutschen Bank von 1944, nicht die des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Hat er das nie bemerkt? Hätte er mein neues Buch Die Bank und die Macht (PapyRossa Verlag, Köln 1995) gelesen, wäre er noch nachträglich darauf aufmerksam geworden. Diesen Aktenbestand habe ich 1970 tatsächlich dem Deutschen Zentralarchiv gemeldet und - als die Archivverwaltung daraufhin diese Akten übernahm - mir von meinen Berufskollegen böse Worte, auch von Herrn Gossweiler, zugezogen. Er hat das sicher vergessen.

Zu meinem »zweiten Schwindel«. Er betrifft den Prozeßverlauf. Woher Gossweiler dazu seine Informationen nimmt, legt er leider nicht dar. Vermutlich aber aus jener Parteiversammlung vom 22.8.1973. Doch seine Tatsachendarstellung ist falsch. Ich hatte bereits in meinem oben erwähnten Schriftsatz vom 10.9.1973 versucht, sie zu korrigieren. Gossweiler wäre diese Sachdarstellung jederzeit zugänglich gewesen, warum nutzte er sie nicht?

Zu einigen Details: In der ersten Prozeßphase war im September 1970 zur Unterstützung des Rechtsanwalts Prof. Dr. Kaul und zur Durchsicht der Bankakten eine Gruppe von fünf Historikern gebildet worden, zu der Gossweiler eben nicht gehörte. Sie half Kaul, den ersten Klage-Erwiderungs-Schriftsatz vom Herbst 1970 auszuarbeiten, und wurde im November 1970 wieder aufgelöst. Dieser Gruppe standen tatsächlich alle angeforderten Akten zur Verfügung, auch jene, die inzwischen das Ministerium für Staatssicherheit in sein Archiv übernommen hatte. Das waren die Handakten der Vorstandsmitglieder. Warum sich das MfS für diese Akten interessierte, blieb mir unerklärlich.

Ich weiß auch nicht, woher Gossweiler seine Kenntnis nimmt, daß Kaul »von der DDR-Seite« mit meiner Verteidigung beauftragt wurde. Kaul hatte von sich aus meine Rechtsvertretung übernommen, und zwar Wochen vor dem Eingang der Klage der Banker. Diese und andere wahrheitswidrige Behauptungen sind allein Gossweilers ideologische Prämissen, weil er eben vom Prozeß und seinem Verlauf nur ein außerordentlich schlechtes Second-hand-Wissen hat. Es ist gewissermaßen tragisch, wenn Gossweiler heute noch die alten Argumente aus den Schriftsätzen des Vorstandes der Deutschen Bank und die von Hermann J. Abs gegen mich (nahezu wörtlich) nunmehr als seine Ansicht ausgibt.

Natürlich ging ich l970, als wir die Klage der Banker erhielten, davon aus, mich, gestützt auf die Akten der Deutschen Bank, wirksam verteidigen zu können. Und der während des Prozesses von mir im Nationalarchiv der USA ermittelte Report (der Finanzabteilung der US-Militärregierung von 1946/47) über die Deutsche Bank, der bekannte OMGUS-Report, schien außerdem weitgehend meine Ansichten zu stützen. Doch der Report, dessen Übersetzung ich im September 1971 (mit freundlicher Unterstützung von Prof. Kaul) allen Redaktionen überregionaler Tageszeitungen der BRD zur Verfügung stellte, wurde als Beweismittel im Verfahren gegen mich nicht akzeptiert. Hat Kurt Gossweiler dies vergessen, oder wußte er es wirklich nicht?

Daß mir in meinem Buch Fehler unterlaufen waren, daß es unscharfe Schlußfolgerungen enthielt sowie verschiedene nicht genügend durchdachte Formulierungen, das wurde uns während des Prozesses klar. Daß diese Mängel vom Kläger weidlich und genüßlich auf der Grundlage des Persönlichkeitsschutzrechts der BRD ausgenutzt wurden, um das unangenehme Buch zu unterdrücken, ist aus der Position der Kläger durchaus verständlich. Daß aber Gossweiler diese Position ausgerechnet heute verteidigt, verstehe ich nicht. Wem soll das letztlich dienlich sein?

Übrigens finden sich bei Otto Köhler einige unkorrekte Formulierungen. Was Manfred Behrend in seiner Zuschrift dazu schrieb (KONKRET 9/1995, S. 6), ist zutreffend. Doch wieweit Gossweilers Verhalten 1973 in dem Parteiverfahren gegen mich dem Wunsch von einigen Mitarbeitern der Westabteilung des ZK der SED entsprach oder ob er sich ihnen lediglich andienen wollte, entzieht sich meiner Beurteilung.

Es wäre interessant, über diesen Prozeß gesondert eine Untersuchung zu schreiben, aber dazu müßte das Historische Archiv der Deutschen Bank AG in Frankfurt/Main uneingeschränkt benutzt werden können, weil sich vermutlich nur noch dort der gesamte Aktenbestand des Stuttgarter Prozesses zusammenhängend befindet. Ich hätte lieber mit Herrn Gossweiler über die Funktion der Großbanken im heutigen Kapitalismus gestritten, worüber er doch Nützliches geschrieben hat, als ihm seine schlechten Erinnerungen auffrischen zu helfen. Sorry, es war nicht meine Initiative.

Eberhard Czichon

Berlin

Gossweilers Darstellung der Dinge entspricht der vordergründigen Version von Abs und der Sicht des Gerichts. Tatsächlich aber waren einige nicht abgesicherte und gewagte Behauptungen des Autors für das Buch und für den Prozeß nur von marginaler Bedeutung. Wesentlicher Anlaß für den Prozeß war vielmehr die dokumentarisch nachgewiesene Mitschuld von H.J. Abs und des Vorstands der Deutschen Bank an der Enteignung und Arisierung jüdischen Vermögens in der Nazizeit sowie der Anteil der Deutschen Bank an der Knechtung und Plünderung der von Hitlerdeutschland überfallenen europäischen Länder. Die Mängel des Buches waren lediglich der willkommene Aufhänger für den Prozeß, mehr nicht. Das Buch erschien in einer für die Deutsche Bank höchst ungelegenen Zeit. In einer Phase gerade wiedererlangter, allerdings noch begrenzter Bewegungsfreiheit attackierte Czichons Buch die Deutsche Bank. Das durfte nicht sein. Darum der Prozeß. Sein Ziel war es, das Buch aus dem Verkehr zu ziehen.

Da die erste Ausgabe des Buches nach wenigen Wochen vergriffen war, wozu die Kauflust der Chauffeure der Deutschen Bank nicht unwesentlich beitrug, und das Buch durch die Herausnahme der (ca. 30) beanstandeten Stellen an Kraft und Wirkung kaum eingebüßt hätte, erwogen wir die Herausgabe einer nur um wenige Seiten gekürzten Auflage. Hierzu kam es jedoch nicht, weil dies mit Sicherheit einen weiteren, dann für den Verlag allerdings tödlichen Prozeß ausgelöst hätte. Das Buch wanderte in die Giftschränke der Bibliotheken. Unter dem Ladentisch wurde es noch nach Jahren für DM 250.- bis 300.- verkauft.

Czichons Verdienst ist es, als erster deutscher Historiker die dunklen Seiten der Geschichte der Deutschen Bank und ihres in der alten wie in der neuen Bundesrepublik so hochverehrten Vorstandsvorsitzenden im wesentlichen richtig dargestellt zu haben. Die deutsche Linke sollte dem Autor dafür dankbar sein.

Paul Neuhöffer

Gründer und Leiter des Pahl-Rugenstein-Verlages

von 1957 bis 1987; De Koog/Niederlande

Hitparade

KONKRET 10/95: »Der Kanon des Frank S.« von Joachim Rohloff

Gratulation, »Intelligenzquotient liegt tatsächlich immer zwischen 33 und 45« gehört auf einen der vordersten Plätze der ewigen Kalauerbestenliste!

Petra & Uwe Nettelbeck

Maransin/Frankreich

Konkret 11/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Illen ist menschrich

Lechts und rinks kann man nicht velwechsern
Ernst Jandl

Die neuen sozialen Bewegungen, die Alternativen, die Drittwegfahrer, die Steller der nationalen Frage von links und anderer Fallen? Unter Erwachsenen kann man sich mit diesen epochalen Modeerscheinungen nur noch in einer Fußnote befassen. Sie wurden gebraucht, solange es sozialistische Staaten gab. Nach deren Ende sind sie so überflüssig wie das Neue Forum oder die Grünen.
KONKRET, April 1990

Das Neue Forum, im Frühjahr 1990 die Avantgarde der deutschen Revolution, ist vergessen. Die neuen sozialen Bewegungen, die Alternativen, die Dritten Wege sind der öffentlichen Rede nicht mehr wert. Die nationale Frage von links aber wird heftiger gestellt als zuvor. Und die Grünen sind erfolgreicher denn je. Selten mehr geirrt.

Nicht so sehr vielleicht, was die nationale Frage von links betrifft. Dutschke, der Brandt-Sohn Peter und Havemann hatten sie aufgeworfen, weil nur die nationale Vereinigung den Weg für eine soziale Revolution freimachen könne. Die vormals Linken, die sich heute dem Vaterland anschließen, wollen dessen Beutezüge nicht beenden, sondern an ihnen teilnehmen. Es ließe sich also ohne viel sophistische Mühe behaupten, auch die nationalen Frage von links sei mit der DDR verschwunden, und meine Prognose stehe fünf zu eins.

Es wäre auch dann noch das eine Gegentor von einer Art, die den Kantersieg zur Blamage macht. Denn auf *die* Behauptung war es mir im April 1990 doch angekommen: daß die Ökopaxe nur gebraucht wurden, solange es die DDR gab. Mit ihr würde auch die grüne Partei absterben.

Von dieser Meldung dürfen die Grünen nun sagen wie einst G.B. Shaw über die Nachricht von seinem Tod, sie sei etwas übertrieben gewesen. Zwar wurden sie in der Folge erstmal aus dem Bundestag hinausgewählt. Doch dann kehrten sie mit Aplomb zurück. Sie sind die drittstärkste Partei, regieren in einigen Bundesländern mit, im Bundestag stellen sie eine Vizepräsidentin, und ihrer Beteiligung an einer Bundesregierung steht nur noch die FDP entgegen, aber kein Prinzip. Es wird also demnächst die Politik des neuen Deutschland nach den folgenden Maximen reformiert werden:

Banken, Versicherungen und finanzstarke Konzerne bestimmen über das Schicksal von Arbeitsplätzen, öffentlichen Haushalten und unsere Umwelt. Dieser Zustand ist für ein Gemeinwesen mit demokratischem Anspruch unerträglich. Eine neue Wirtschaftsordnung muß basisdemokratisch von unten, von Produzenten und Konsumenten gesteuert sein.

Wir fordern eine radikale Verkürzung des Arbeitstags, Bezug von Einkommen unabhängig von Arbeit, Mindesteinkommen ohne Bedürftigkeitsnachweis, Abkehr von der Fixierung auf den Weltmarkt, gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, Veränderung der völlig ungleichen und ungerechten Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Wir gehen davon aus, daß die herrschenden privaten Eigentums- und Vermögensverhältnisse über die Produktionsmittel mit Ursache sind für die gesellschaftliche Fremdbestimmung und die Ausbeutung von Mensch und Natur. Eigentum in privaten Händen darf nicht mehr länger Machtausübung über Menschen ermöglichen. Konzerne sind zu entflechten, Wirtschafts- und Sozialräte einzurichten, schädliche Wirkungen des Marktes auszuschalten. (Aus dem Grundsatzprogramm der Grünen von 1983)

Die Bundeszentrale für politische Bildung ermittelte Mitte der achtziger Jahre, »daß die Grünen von dem Gros ihrer Wähler vor allem als eine neue linke Systemalternative gesehen werden. In ihnen artikuliert sich ein Protest grundsätzlicher Art gegen das etablierte System in fast allen seinen Ausformungen von der Umweltschutzpolitik über Wirtschafts-, Rechts- und Verfassungspolitik, über die Sozialordnung bis hin zu außen- und nicht zuletzt sicherheitspolitischen Fragen.« Die »Anti-Partei-Partei« wollte keine Berufspolitiker dulden und legte sich darum auf Rotation und imperatives Mandat fest, bekannte sich zu Gewaltfreiheit, Pazifismus und Antimilitarismus.

Der rechte Parteiflügel, dessen Sprecher J. Fischer für »Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß« plädierte, war in der Minderheit, doch auch für diese konnte der Abgeordnete Otto Schily wünschen, daß »nicht einmal die SPD auf Dauer ihre Nato-Treue durchhalten kann«. Einig waren sich Mehr- und Minderheit, bei jeder Gelegenheit aufzusagen, daß »sowohl die kapitalistischen als *auch* die sogenannten real-sozialistischen Gesellschaftssysteme sich als untauglich erwiesen« hätten; daß »*beide* Systeme Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft« seien; daß die Lohnarbeit in der kapitalistischen, aber *auch* in der sogenannten real-sozialistischen Gesellschaft nicht der Selbstentfaltung,

sondern bloß der Sicherung des Lebensunterhalts« diene. Jeder Kritik an der kapitalistischen Ordnung klappte der Satz nach: »Das gilt *genauso* für die zentralistisch-bürokratischen Wirtschaften im Osten«.

Als es aber für *beide auch genauso* nicht mehr galt, weil es die anderen nicht mehr gab, hörte es bald auf, für die einen zu gelten. Was zuvor Minderheit bei den Grünen war, wurde dominierende Mehrheit (wobei, wie in der SPD, die Arbeit an der Willensbildung so aufgeteilt ist, daß die Basis ein bißchen links vom Programm stehen darf, das Programm links von der Fraktion und die Fraktion links vom Minister). Letzte Reste von Basis-Demokratie, Rotation und imperativem Mandat wurden abgeschafft, der Nato Treue geschworen, der Pazifismus mit großem Zapfenstreich verabschiedet. Auch die grüne Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde ein wenig modernisiert. Den Ton, der künftig die Musik zum Standort Deutschland-Lied macht, hat der Parteichef in einem Streitgespräch mit dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Henkel, im »Spiegel« angestimmt. Ein Extrakt:

Spiegel: Herr Fischer, gilt das grüne Parteiprogramm noch?

Fischer: Selbstverständlich. Ein Parteiprogramm ist aber immer ein dynamischer Prozeß.

Henkel: Woran soll ich Sie dann messen.

Fischer: An unseren Taten... Ich bin ja gerne bereit, entlang der Zeitachse und der Investitionszyklen Kompromisse zu schließen... Ich sehe auch, daß es Branchen gibt, die bei einer Energiesteuer größere Probleme bekommen würden... Man kann auch mit mir darüber sprechen, wie man diese Anpassungsprobleme vorübergehend auffangen kann.

Spiegel: Soll es eine Ausnahmeregelung zum Beispiel für die deutsche Chemieindustrie geben?

Fischer: Damit wird man sich beschäftigen müssen.

Henkel: Sie müssen Ihr Programm da ganz schnell auf Vordermann bringen.

Fischer: Das will ich nicht rundweg bestreiten... Ich bin wie Sie der Meinung, daß der Staat nicht alles machen muß, was er heute macht. Ich bin für die Privatisierung von Bahn und Telekom... Wir Grünen haben uns geändert, und in der Industrie tut sich auch was... Ich meine, wir müßten gemeinsam eine richtige »Go to the moon«-Stimmung entfachen.

»Alles sehr sympathische Menschen« seien die Grünen, meinte Henkel, und »unideologischer als die SPD«, leider noch »völlig weltfremd«. Aber sie bemühen sich: Lernschwachen Mitgliedern kündigt der Parteichef Nachhilfe an (»Die Modernisierung des Standorts Deutschland muß durchdekliniert werden«), grüne Bundestagsabgeordnete billigen die Abschiebung von Asylbewerbern in den Folterstaat Sudan, die höchste Würdenträgerin der Partei empfiehlt die Einrichtung eines (zunächst) freiwilligen Arbeitsdienstes für Rentner und drängt die Regierung Tschechiens, die Sudetendeutschen heim ins ehemalige Reichsprotektorat zu bitten.

Solange es die DDR gab, wurden die Grünen gebraucht: Damit hüben wie drüben der reale Sozialismus nicht als das letzte Widerwort erschien, sollten sie drüben wie hüben die Hoffnung verbreiten, der real existierende Kapitalismus sei nicht das letzte Wort. Nach dessen Sieg, so hatte ich gemeint, werde diese Tätigkeit überflüssig, und damit die ganze Partei, und nicht bedacht, daß es den spontan-undogmatischen Streetfightern und den ehemaligen Mitgliedern der KDP/AO bzw.ML, des KBW, des KB, aus denen die Parteiführung fast ausnahmslos besteht, nicht an Flexibilität mangeln würde, unter dem alten Namen eine neue, stinknormale bürgerliche Partei zu betreiben, mit Umweltengel von gestern, sozialpolitisch rechts von der SPD schon heute und morgen, wenn sie das Tempo hält, mit dem sie sich im letzten Jahrzehnt entwickelt hat, wer weiß wovon. (Wetten, daß ein Dezernent schon an dem Papier sitzt, das die grüne Debatte über einen deutschen Zugang zur *force de frappe* eröffnen wird?) Gemessen am Vorher und Nachher ihres Parteichefs, der keine 15 Jahre brauchte, um dem Cocktail bei Molotows die Heure bleu beim BDI vorzuziehen, und kein Jahr vom Horror vor der Vorstellung, deutsche Soldaten noch einmal in Jugoslawien Krieg führen zu sehen, bis zum Marschbefehl, ist Rudolf Scharping August Bebel.

Konkret 11/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Südostfront 1

In der »Tageszeitung« vom 22. September pries der alternative Kriegsberichterstatter Erich Rathfelder »die moralische Überlegenheit der bosnisch-kroatischen Truppen«. In der »Tageszeitung« vom 5. Oktober mußte der diplomatische Kriegskorrespondent Andreas Zumach berichten:

Lange, allzulange hat die Uno gezögert – doch jetzt endlich äußert die Weltorganisation ihre Kritik an schweren Menschenrechtsverstößen kroatischer Regierungssoldaten gegen serbische Zivilisten in der Krajina... Häuser, die den Vertriebenen (Serben) gehörten, würden »geplündert und niedergebrannt«... Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen seien die Leichen einer »Anzahl« von Personen gefunden worden. Untersuchungen von Uno-Beobachtern hätten ergeben, daß diese Menschen erst »lange nach der Militäroperation« der kroatischen Armee von Anfang August getötet wurden, und zwar »durch Schüsse in den Kopf oder die Brust«. In einigen Fällen stellten die Uno-Beobachter »deutliche Folterspuren« fest. »Die meisten Opfer (waren) ältere oder behinderte Zivilisten«, die nicht schnell genug sein konnten, um sich vor der moralischen Überlegenheit von Rathfelders Truppen in Sicherheit zu bringen. Weiter Zumach:

Dem Hauptquartier der Unprofor liegen Berichte über »120 bis 150 Opfer wahlloser Hinrichtungen« vor. Laut einer Mitteilung des regierungsunabhängigen kroatischen Helsinki-Komitees für Menschenrechte werden in der Krajina »täglich bis zu sechs Menschen ermordet und ihre Leichen anschließend mit Helikoptern und Fahrzeugen der kroatischen Armee zu vorbestimmten Grabstätten gebracht«... Nach Schätzungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge sind von den ursprünglich über 150.000 Serben in der Krajina nach der Militäroperation der kroatischen Armee »bestenfalls noch 3.000 bis 5.000 zurückgeblieben«.

Und die werden nun von Dunja Melcics und Erich Rathfelders moralisch überlegener Befreiungsarmee massakriert bis zum letzten Mann.

Südostfront 2

Nachdem die Mär von den braven kroatisch-muslimischen Opfern und den serbischen Völkermördern ihren Zweck, Deutschland weltweit kriegsfähig zu machen, erfüllt hat, kannman wieder ein wenig für die publizistische Reputation tun und auch die andere Seite des Krieges schildern. Da liest man dann ganz plötzlich in einer Reportage von Reiner Luyken in der »Zeit«:

Wer nicht floh, mußte sterben. Kroatische Soldaten säubern die Krajina von den letzten Serben. Hakenkreuze auf Häuserwänden feiern eine Renaissance als Symbol des Terrors... Wenn die Sprache auf die extremistischen Sondereinheiten der Polizei und des kroatischen Militärs kommt, verliert Denis Truesdell seine Fassung. »Fascist nationalists« nennt er sie. Truesdell leitet das Team der UN-Menschenrechtsbeobachter im Sektor Nord der Krajina. Jetzt, wo Kroatien nicht mehr Opfer, sondern Täter ist, wollen die Schergen des Tudjman-Regimes die UN loswerden. An der Straße nach Ustica steht ein handgemaltes Schild: »UN anhalten. Andernfalls muß ich dich töten.«

Südostfront 3

In der »Tageszeitung« aber rät PK-Mann Rathfelder den Serben, »ihre Machthaber zum Teufel zu jagen und sich wieder friedlich in die Staaten Bosnien-Herzegowina bzw. Kroatien zu integrieren«. Sollten sie seinem Rat, sich von seinen Ustascha-Freunden massakrieren zu lassen, nicht folgen, würden sie »einen hohen Preis zahlen müssen«.

Merkposten

Diese Nachricht:

Der Kurs von Joschka Fischer, der deutsche Militäreinsätze im Ausland befürwortet, wird sich bei den Grünen nicht durchsetzen. Diese Voraussage äußerte die Fraktionssprecherin Kerstin Müller im Deutschlandfunk. Militärische Gewalt müsse als Mittel der Politik grundsätzlich durch einen »verantwortungs-ethischen Pazifismus« abgelöst werden

bitte ausschneiden, aufbewahren, in drei Jahren wiederlesen. Und lachen.

Psi

Petra Sitte, die Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, hat in einem Kosmetikladen einen Schminkstift (Preis: neun Mark) geklaut. Als sie erwischt wurde, sagte sie nicht »Scheißspiel«, sondern (im Interview mit der »jungen Welt«):

Natürlich sind die Meinungen über den Fakt sehr unterschiedlich. Es gibt Bürger, die sagen, mein Verhalten sei untragbar. Es gibt aber Leute, auch in der PDS, die sagen, man müsse überhaupt über Eigentumsfragen nachdenken, und für die das deswegen überhaupt keine Rolle spielt. Irgendwo dazwischen liegt die Wahrheit. Ich würde es mir zu einfach machen, wenn ich mit dem Problem, dessen ich mir bewußt bin, kokettieren würde. Man kann unterschiedlich damit umgehen, auch ich bin da innerlich gespalten. Aber es ist das Gefährlichste, sich jetzt auf die einfachste Variante zu verlegen. Irgend jemand hat gestern in der Fraktion gesagt, wir müssen uns davon verabschieden, uns für edel und für Übermenschen zu halten. Viele Superlative, die ich mal für die PDS als eine neue Partei formuliert habe, gehen am Ende doch nicht auf.

Prolegomena zu einer soziophilosophischen Ontologie des Mein-Dein-Seins.

Illtum

Hans-Olaf Henkel, der Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie, weiß, man muß auch gönnen kön-nen:

Das System verursachte eine Menge versteckter Arbeitsloser in den Betrieben. Nur waren diese Menschen eben nicht arbeitslos, hatten etwas zu tun und verbrachten den Tag nicht vor der Glotze oder im Arbeitsamt. Insofern war das DDR-System dem unseren sozialpolitisch überlegen.

Bevor nun aber das Bundesamt für Verfassungsschutz Henkels Telefon anzapft: Nicht von der DDR hat Henkel geredet, sondern vom »japanischen System«.

Willkommen

Wohin immer ihre Reise gehen sollte – angekommen sind die Cora »Pflasterstrand« Stephan und Botho »Adorno« Strauß jetzt auf dem »Büchermarkt« der Nazi-Zeitung »Jun-ge Freiheit«, wo sie zwischen Zitelmann, Haider, Schrenck-Notzing, Mohler, Hupka, Eibl-Eibesfeld und Nolte auf den Glatzkopf mit Realschulab-schluß warten, der für »ein brillantes Werk über die Politisierung des Privaten« oder für »Wohnen Dämmern Lügen« den Baseballschläger einen Abend ruhen läßt.

Prügelstrafe

Wie der zwar aufgeschlossene, aber ordentliche deutsche Kleinbürger die Welt denn doch lieber eingerichtet sähe, verrät der Grunzschmunzelton, in dem seine »Hamburger Morgenpost« diese Geschichte erzählt:

Statt langer Verhandlungen macht ein Richter in Charleston (US-Staat South Carolina) einem 18jährigen Drogendealer einen kurzen und ungewöhnlichen Prozeß. Normalerweise hätte Mark G. zwei Jahre ins Gefängnis gemußt. Richter Frank Eppes überlegte sich kurz entschlossen eine Strafe, die in keinem Gesetz steht: Er zog seinen Ledergürtel aus der Hose, drückte ihn der Großmutter des Angeklagten in die Hand und befahl: »Prügeln Sie Ihren Enkel im Nebenzimmer gründlich durch.« Wenig später drangen Schmerzensschreie durch das Gebäude, die Großmutter kam mit zufriedenem Lächeln zurück in den Gerichtssaal.

Die Pest

in den Zeiten der Kohl-Ära macht die Wahl mehr als schwer:

Ich sehe keinen Unterschied zwischen beiden in der Wirtschaftspolitik. Ich habe Scharping hier in Rheinland-Pfalz als Ministerpräsidenten erlebt. Keiner hat eine härtere Wirtschaftspolitik gemacht als Scharping. Er war ständig bei der BASF, er hat hervorragende Sachen mit Groß- und mittelständischer Industrie gemacht. Wenn Sie sich beide Figuren als Wirtschaftsminister vorstellen, sehe ich keinen Unterschied, gestand die SPD-Bundestagsabgeordnete Elke Leonhard.

»Das ist nicht die Endlösung.«

Uwe Seeler, Präsident des Hamburger SV, über die Bestellung des Trainers Felix Magath

Konkret 11/95, S. 12

Pascal Beucker

Pazifist der Reserve

Über die politische Karriere des Daniel Cohn-Bendit

Noch immer läßt sich der zufällige Besuch einer bundesrepublikanischen Hochschule in den Jahren 1967/68 gut vermarkten – Antje Vollmer, Thomas Schmid, Klaus Hartung und andere haben es vorgemacht. Doch nur einer verkörpert »68« bis heute geradezu idealtypisch: »Dany le Rouge« (»Münchner Merkur« 1968). Seit den rebellischen Tagen des Pariser Mai turnt der im April dieses Jahres 50 gewordene »wilde Dany« (»Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt« 1994) als fleischgewordener Mythos durch die Geschichte der deutschen Linken. Die Bilder der brennenden Barrikaden im Quartier Latin mit dem »französischen Studentenführer« (»Welt« 1968) an vorderster Front machten den »Bürgerschreck in den Sechzigern« (»Welt« 1995) zum obskuren Objekt der Begierde sowohl der alternativen Szene als auch der bürgerlichen Medien. Beider Bedürfnisse hat der »wuschelige Show-Star der Revolution« (»Vorwärts« 1973) stets zu befriedigen gewußt: »Ich brauch' das, das ist eine Mischung aus Sendungsbewußtsein und Narzißmus. Dreißig Photografen, das ist wie ein Trip« (1981). Laufende Kameras oder volle Uni-Hörsäle – wo er sich vor »Massen« wähnt, kann der »exzentrische Politik-Außenseiter« (»Zeit« 1989) die Worte nicht halten. Seit Ausbruch des jugoslawischen Sezessionskrieges aber hat der »Genscher der Linken« (Cohn-Bendit über Cohn-Bendit) seine mediale Omnipräsenz ganz in den Dienst einer Botschaft gestellt: Serbien muß sterbien!

I.

Auch in diesem Artikel sei er wieder einmal zu gut weggekommen, schloß Detlef zum Winkel im Juli 1984 schon beinahe resignierend sein Portrait des »Apo-Veteranen« (»SZ« 1986). Damals war der »Spontifex Maximus der ehemaligen Frankfurter Hausbesetzer- und Straßenkämpferszene« (»SZ« 1989) gerade in die Grünen eingetreten. Ein Vorgang, der so bemerkenswert schien, daß KONKRET ihn zum Anlaß nahm, »die autonome Republik Daniel Cohn-Bendit« (KONKRET 1984) auf den Titel zu setzen und ein regelrecht liebenswertes Bild von ihr zu zeichnen: »Zweifellos hat er nicht seinen Frieden mit dem Bestehenden gemacht. Zweifellos will er immer noch das Beste aus dieser miesen Konjunktur machen. Zweifellos setzt er nur deshalb auf den kleinen, aber ›echten‹ Umschwung, um zu demonstrieren, daß Veränderung machbar ist, und um neue Hoffnungen auf den großen Umschwung zu wecken.« Zweifellos ist hier der KONKRET-Autor dem Mythos Cohn-Bendit auf den Leim gegangen.

Davon lebt der »Vater eines viereinhalbjährigen Sohnes und vielfache Buchautor« (»dpa« 1995). Wie kein zweiter versteht es der »Alt-Apo-Mann« (»Kölner Stadt-Anzeiger« 1994), sein politisches Leben erst zu inszenieren und später zu verwursten. Was wäre der »in Frankfurt lebende Journalist« (»epd« 1995) ohne seine glorreiche Vergangenheit als »Parade-Achtundsechziger« (»Profil« 1988)? Ein grüner Rechter mit großer Klappe, mehr nicht. Das weiß er.

Zur Attraktivität des »Rotschopfes«(»Weltwoche« 1976) hat beigetragen, daß er sich als Verfechter eines hedonistischen Lebens zu geben verstand. Seine Protestkarriere im Februar 1968 begann denn auch nicht mit Klassenanalyse, sondern mit der Thematisierung »sexueller Probleme« gegenüber dem französischen Jugendminister Missoffe bei der Einweihung eines Schwimmbeckens an der Universität Nanterre. Als Missoffe damals dem »franco-deutschen Eiferer« (»Die Welt« 1968) empfahl: »Wenn Sie sexuelle Probleme haben, dann springen Sie doch ins kalte Wasser«, warf der »neue Danton« (»Stuttgarter Zeitung« 1968) dem Minister »Nazi-Methoden« vor. Der Stern begann zu leuchten, die Karriere nahm ihren Anfang.

Waren Dutschke und Krahl die Köpfe der antiautoritären Studentenbewegung, so war der »in Frankfurt lebende Rädelsführer der französischen Studentenrevolte vom Mai 1968« (»Welt« 1978) ihr Bauch. Der »rote Daniel« (»SZ« 1968) fordert immer noch die Legalisierung von Haschisch. Er begeistert sich für die inspirierende Wirkung von Koks auf Diego Maradona, während er das Opium des Volkes weiterhin ablehnt: Mit dem penetranten Protestantismus einer Antje Vollmer hat er ebensowenig am Hut wie mit Joschka Fischers wiederentdecktem Katholizismus. Der »Quertreiber« (»SZ« 1986) versteht sich als Antiklerikaler. Und während Fischer sich inzwischen immer öfter eine Krawatte um seinen Specknacken zwingt, kultiviert der »Medienschreck« (»Zeit« 1989) weiterhin die Verweigerung gegenüber den Mode-Insignien des Polit-Establishments – am liebsten tritt er im Rolli auf, wie schon seinerzeit. Was Gefühlslinke und Alternativnics besonders beeindruckt. Das Image des Kultur-Revoluzzers von 68 verdeckt so bis heute den Politiker Cohn-Bendit, der schon lange seinen Frieden mit dem System gemacht hat.

II

Seine politische Biographie liefert in der Tat einiges von dem Material, aus dem sich Linke ihre Ikonen schnitzen. Doch das alleine erklärt die ausdauernde Wertschätzung nicht, die er bei bürgerlichen Medien genießt. Zweierlei kommt hinzu:

Erstens taugt der »ehemalige Studentenführer der Achtundsechziger-Generation« (»FAZ« 1993) besser noch als einstmals Rudi Dutschke zum Kronzeugen gegen konkrete Versuche, aus der kapitalistischen Weltgemeinschaft auszubrechen. Zwar kritisierte auch Dutschke die Ostblockstaaten, »in denen alles realer war als der Sozialismus«, doch verfügte er noch über ein gewisses Unterscheidungsvermögen. Die »Totalitarismustheorie« war nicht sein Fall. Anders der »Frankfurter Grünen-Stadtrat und Protestautor« (»auto-motor-sport« 1991): »Ich glaube, man muß die Rechten im Antikommunismus links überholen und zeigen, daß wir die besseren Antikommunisten sind, weil wir eigentlich die wahren Antitotalitären sind, daß der Ursprung von Totalitarismus der autoritäre Charakter ist, sei es nationalsozialistischer Prägung, sei es bolschewistischer Prägung« (1986).

Mit diesem theoretischen Rüstzeug vermag das »Enfant terrible des Pariser Mai« (»Zeit« 1981) natürlich auch das Singuläre der nationalsozialistischen Verbrechen nicht zu erkennen. Das entlastet die Deutschen, die ihm dafür sogar seine sozialdemokratisch-trotzkistischen jüdischen Eltern vergeben, die 1933 vor ihnen nach Frankreich flüchten mußten. So kann er mit der Gnade der antifaschistischen Geburt Positionen vertreten, die andere (noch) nicht zu formulieren wagen: »Ich muß zugeben, daß ich nicht das internalisierte schlechte Gewissen der Deutschen habe. Ich bin ein Kind der Befreiung, entstanden mit dem ersten Eisprung nach der Landung der Alliierten in der Normandie. Vielleicht macht mir auch deswegen eine]deutsche Militärintervention nicht so große Angst. Ich kann mich genetisch für den Nationalsozialismus nicht verantwortlich fühlen. Jene, die das tun, wie Joschka Fischer, nehmen eine sehr ehrenwerte Position ein. Nur, glaube ich, daß wir aus dieser antifaschistischen Zwangspädagogik irgendwann herauskommen müssen« (1994).

Zweitens sind viele ehemalige »Linke« zwar stramme Antikommunisten, doch ansonsten einfach nur langweilig. Der »Vordenker und Wortführer des libertären Flügels der Pariser Studentenrevolte vom Mai 1968« (»Profil« 1985) aber steht für die vermeintliche Kontinuität der antiautoritären Bewegung. Er wirkt »authentisch«. Sich zu den 68ern zu zählen, ist schließlich ja nichts Besonderes, denn die, die damit hausieren gehen, waren vor allem »ideell« dabei, also gar nicht. Trotz Frankfurter Stadtratspostens und Europa-Abgeordneten-Mandats gilt der »ehrenamtliche Rebell« (»Zeit« 1989) bis heute, so absurd es ist, als Inbegriff für Unangepaßtheit, Auflehnung und Anti-Institutionalismus. Etwas, was sonst nur noch Rudi Dutschke zugeschrieben wurde – aber der ist ja bekanntlich bereits seit 16 Jahren tot.

III

Schon 1968 war die »populär-ste Führerfigur der Universität von Paris« (»Welt« 1968) in in erster Linie ein öffentliches Ereignis – gern gesehener Gast bei Protestaktionen und in bürgerlichen Salons. Sich mittags vor der Paulskirche verhaften zu lassen und abends nett mit dem Establishment zu plauschen, war ihm ein besonderes Vergnügen, was bereits damals von den bürgerlichen Medien anerkennend vermerkt wurde. So galt der »germanische Danton von Nanterre« (»Tat« 1968) beispielsweise im Vergleich zu Dutschke »als realistischer« – er »hat die besseren Beziehungen zu seinen Professoren, die ihn durchaus ernst nehmen«, wie die »WAZ« 1968 vermeldete.

Schon damals allerdings setzte er – wie dann auch in den 70er Jahren beim »Revolutionären Kampf« – keineswegs auf eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihm ging es vielmehr um die Durchsetzung reformistischer Politik mittels militanter Aktionen, wie der »ungekrönte König der Protestbewegung« (»WAZ« 1968) es in einem Interview mit Jean-Paul Sartre in »Le Nouvel Observateur« Mitte Mai 68 formulierte. Was hat das »Munzinger-Archiv« (1994) aus dem Titel seines 1968 erschienenen Buches gemacht? »Linkskapitalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus«. Paßt.

Der Bruch, den der »Buchhändler und ehemalige Studentenführer« (»FR« 1979) Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre vollzog, war weniger ein theoretischer als vielmehr ein strategischer: Schon vorher hatte er mit Sozialismus nichts am Hut, sein »Linksradikalismus« blieb intellektuell dürr, äußerte sich lediglich in Aktionen. Klassengegensätze spielten in seinen Überlegungen nie eine Rolle, ihm ging es vielmehr um den vermeintlichen Gegensatz zwischen Staat und »Bewegung«. Dabei verharrte er ganz im Hier und Jetzt: Seine Interventionen waren auf die Schaffung von Freiräumen innerhalb des bestehenden Kapitalismus gerichtet. Korrigiert hat sich der »rote Dany« (»SZ« 1986) nur in der Vorstellung, wie solche Freiräume durchgesetzt und ausgebaut werden könnten. Hier verabschiedete er sich Ende der 70er Jahre von der demonstrativen Militanz und versöhnte sich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus, den er lange scharf attackiert hatte. Schon 1978 schwor der »Häuptling« (»Zeit« 1989) seine Frankfurter Gemeinde – zuerst übrigens gegen den Widerstand von Joschka Fischer – auf die Grünen ein. »Dany the Red« (»Herald Tribune« 1984) selber zögerte aus Imagegründen lange mit dem eigenen Beitritt und meldete sich erst zur Stelle, als er seinen Einfluß im Zuge des grünen Etablierungsprozesses dramatisch schwinden sah.

Wie schon zu Zeiten des »Revolutionären Kampfs« dienten ihm dabei die italienischen Linksradikalen als Orientierungsmarke: »Die radikalen Revolutionäre in Italien, die für gleichen Lohn für alle kämpften, hatten gleichzeitig eine Putzfrau, die ihnen die Spaghetti auf den Tisch brachte.« Von Italien lernen, heißt siegen lernen: »Also wenigstens ich, ich will ja auch gut leben und schön leben. Und da, meine ich, entspricht die Politik unserem täglichen Leben« (1984).

Welche Politik? Die grüne »Realpolitik«. Im Mai 1989 erläuterte der »Ex-Revolutionär« (»Spiegel« 1989) im »Spiegel«-Interview, was das bedeutete: »Wenn alles sich aufdröselt in Geldsummen, ein Frauenhaus gegen einen Wasserwerfer, ein Projekt in Nicaragua gegen einen Knast – das sind ja abstruse und schizophrene Dinge. Man kann heutzutage bei den gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik nur bewußt schizophrene Politik machen, das heißt einerseits versuchen, mit der SPD etwas herauszuholen bei gleichzeitiger Opposition und Gegnerschaft zur SPD.«

Das konnte der »anti-parlamentarische Rebell« (»dpa« 1995) auch grundsätzlicher formulieren: »Die Auseinandersetzungen, die der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus uns aufzwingt, enthalten eine Bringschuld der Linken gegenüber der politischen Öffentlichkeit: Was ist – nach all den Erfahrungen – die politische Alternative zum westlich-kapitalistischen System? Die Antwort ist auch deshalb so schwierig, weil wir ab sofort ohne die geschichtsphilosophischen Krücken des Marxismus – auch seiner libertärsten Interpretationen – auskommen müssen. ... Das heißt auch: Die traditionelle Theorie der gesellschaftlichen Emanzipation ist mit zusammengebrochen. Die westdeutsche Linke wird ihr Verhältnis zu dieser Gesellschaft und diesem Staat überdenken müssen« (1990). Natürlich hatte der »zum Dezernenten aufgestiegene Alt-Linke« (»Kölner Stadtanzeiger« 1994) sich der »geschichtsphilosophischen Krücke des Marxismus« nie bedient, und sein Verhältnis zu dieser Gesellschaft und diesem Staat hatte er längst schon vorher »überdacht«.

IV

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit gibt es – vielleicht mit Ausnahme des völkischen Beobachters Tilman Zülch – niemanden, der so ausdauernd seit Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkrieges Kriegspropaganda treibt wie der »unorthodoxe Weltbürger« (»Spiegel« 1989). Der »deutsche Publizist und Politiker« (»Munzinger-Archiv« 1994) bevorzugt dabei Analogien zum Nationalsozialismus: »Manchmal hängt die Weltgeschichte vielleicht nur an einem seidenen Faden. Denken wir uns, General Morillon wäre anstelle von Sir Rose noch als Oberkommandierender in Sarajevo in Amt und Würden und er hätte erneut seine ›Ich beschütze Euch‹-Nummer in Gorazde inszeniert. In seinem Troß CNN, ein paar Fotografen und Journalisten. Dann hätten wir nicht nur diese unerträglichen Bilder serbischer Generäle mit Feldstechern, serbische Kanoniere und serbische Panzer gesehen, sondern auch die Opfer, die Menschen in Gorazde. Wir hätten gesehen, daß dort einige hundert Männer, Frauen und Jugendliche, wie einst im Ghetto von Warschau, gegen den ›unabwendbaren‹ Gang der Geschichte sich auflehnen. Wir hätten gesehen, daß, wie einst im Ghetto von Warschau, sie kaum noch Munition und Waffen haben, um zu kämpfen. Wir hätten die panischen Augen von Kindern gesehen, die uns fragen: Warum? Dann hätte kein Uno-Vermittler, kein Politiker, keine Weltöffentlichkeit den Gang der Dinge aufhalten können, denn diese Bilder hätten die Welt erschüttert, die Nato-Flugzeuge hätten über Gorazde nicht umgedreht, sondern ihre Ziele gesucht, gefunden, und schon wären wir von unserer Depression befreit gewesen« (1994).

Der »einstige ›rote Revoluzzer‹« (»tele« 1983) führt einen verbissenen Kampf an der Heimatfront für eine militärische »Lösung« des Bosnienkonflikts. Er robbt sich dabei scheinbar unaufhaltsam von Schützengraben zu Schützengraben nach vorne. Noch 1993 formulierte er als Konsequenz aus seiner verzerrten Realitätswahrnehmung des jugoslawischen Bürgerkrieges defensiv: »Der Versuch, die existierende Ratlosigkeit und Unsicherheit zu problematisieren und zu artikulieren, etwa mit der Perspektive einer begrenzten militärischen Intervention, ist fast unmöglich, und ich glaube, das hat mit der schon erwähnten Komplexität zu tun. Weil diese Komplexität so bedrohlich ist, weil jede Lösung nur eine Teillösung sein kann, ist jede Entscheidung auch eine negative Entscheidung.« Ein Jahr später war daraus eine Gewaltphantasie geworden. Der vom Streetfighter zum Bosnienkämpfer mutierte »Aufmüpfige« (»Bild« 1990) forderte nun, »das Undenkbare« zu denken und »uns« daran zu »erinnern ..., daß Zivilisation ihren Preis hat«: »Die Uno-Truppen werden abgezogen, das Waffenembargo für Bosnien wird aufgehoben und die Nato übernimmt die militärische Aufgabe, per Luftangriff die Serben zu zwingen, einen Teil der eroberten Gebiete zurückzugeben. Unsere Superdiplomaten setzen sich an einen Tisch mit den Russen, vereinbaren verbindlich als Diktat eine neue Landkarte in Bosnien, teilen diese Karte den Kriegsparteien mit und führen nach 48 Stunden, wenn es notwendig ist, diesen Plan militärisch aus. ... Als erstes wird dann von der Nato Pale bombardiert« (1994). Immerhin wollte er da auf eine deutsche Beteiligung noch verzichten: »Nach Jugoslawien würde ich keine Deutschen schicken, und wenn eine Uno-Mission nach Algerien müßte, auch keine Franzosen. Historische Sensibilität gehört zum Geschäft politischer Entscheidungen.«

1995 ist der »Ideengenerator« (»Zeit« 1989) natürlich für den Einsatz deutscher Soldaten auf dem Balkan. Als ihn Anfang August die »Taz« zu Fischers Abschied vom grünen Pazifismus befragte, erläuterte Cohn-Bendit, daß er Fischer mit seinem »Bosnien-Papier« zwar »auf dem richtigen Weg« sehe, »weil er – wie ich schon vor drei Jahren – erkannt hat, daß sich bei den Serben in Bosnien ein faschistisches System etabliert hat. Außerdem hat er erkannt, daß der Politik der Gewalt der bosnischen Serben nicht mit Halbherzigkeiten begegnet werden kann.« Die »Taz« fragte nach: »Joschka Fischer hat allerdings klar gesagt, daß sich deutsche Soldaten an einer militärischen Intervention auf dem Balkan nicht beteiligen sollten – trotz aller humanitären Gründe.« Und der »grüne Europaabgeordnete und Frankfurter Multikulturdezernent« (»Taz« 1995) antwortete kurz und wahrhaftig: »Wenn Fischer einmal Außenminister ist, wird er diese Haltung nicht beibehalten können.«

Selbstverständlich weiß Cohn-Bendit, daß Fischer so lange nicht warten wird. Ihre Arbeitsteilung funktioniert schließlich seit den Frankfurter Sponti-Tagen: Cohn-Bendit prescht vor, schlägt Schneisen, sorgt mit seinen »Tabubrüchen« erstmal für Empörung und verschiebt gleichzeitig die Diskussionsperspektive nach rechts. Fischer stößt, wenn die Zeit reif ist, nach, um die Zurückgebliebenen einzusammeln.

V

Mit Bezug auf seine Ausweisung 1968 aus Frankreich erzählte der »einstige Motor der französischen Studentenbewegung und heutige Euro-Parlamentarier« (»dpa« 1995), einer seiner »Lieblingsträume« sei es, deutscher Außenminister zu werden: »Ich will einmal in meinem Leben mit dem Flugzeug in Paris landen oder mit dem Schnellzug im Bahnhof ankommen. Da liegt ein roter Teppich, und die Garde républicaine muß die Marseillaise für mich, Marc Daniel Cohn-Bendit, spielen« (1989). Worüber die »Symbolfigur der Mai-Unruhen 1968« (»afp« 1995) sich dann mit Chirac unterhalten würde, stand Mitte September in der »Woche«: »über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik«. Darüber also, warum in Bosnien militärisch interveniert werden müsse und daß deutsche Soldaten mit von der Partie sein sollten: »Ich finde die deutsche Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien gespenstisch. Ich habe eine ganz einfache Position: Wenn eine Militärintervention in Bosnien notwendig ist, dann sollten alle daran teilnehmen.« Vor allem aber würde er den französischen Staatschef vor Abrüstungsgedanken warnen. Der »grenzenlose Optimist« (»FR« 1985) fände »es hirnverbrannt, alle Atomwaffen einseitig zu verschrotten«.

Ein grüner Außenminister? Davor hat in »Bild« (4.8.95) vollkommen zu Recht Peter Gauweiler (CSU) gewarnt: »Daß die Mutlangen-Blockierer, Steinewerfer, Blutspritzer und Urschrei-Experten von einst die Chance des Militärischen entdeckt haben, macht eher mulmig.« Gauweilers Befürchtung mit Blick auf den grünen Fraktionsvorsitzenden: »Da Josef Fischer bekanntlich ständig zulegt, dürfte er in einem Jahr Atomraketen für die Bundeswehr fordern. Es muß nur gegen den richtigen Feind gehen.« Daniel Cohn-Bendit hat bloß ein paar Wochen dazu gebraucht.

Pascal Beucker schrieb in KONKRET 10/95 über die politische Karriere des Thomas Schmid

Kasten Seite 14

Pascal Beucker

Was ist »Realpolitik«?

Erläutert von einem der »realsten unter den Realos« (»SZ« 1989):

»Ich habe mich immer mit der Mentalität meines Bankkontos befaßt. Und das ist ein schwieriges Problem. Dabei habe ich auch viel mit Bankern geredet. Die Frage ist, daß man diejenigen, die nicht borniert sind, mobilisiert, um ihnen zu sagen: Ihr habt 'ne Chance, diesem Image, wo 'ne Bank ist, wächst kein Gras mehr, zu widersprechen. Bank und Gras, das paßt zusammen« (1989).

»Es ist nicht nur lobenswert, sondern auch ermutigend, wenn mein Freund Daniel Goeudevert, seines Zeichens Chefmanager von VW, endlich die Ökologie und die Industrie miteinander versöhnen will« (1991).

»Die Deutschen sind halt Deutsche. Auch die Grünen sind deutscher, als sie selbst glauben. Das macht auch ihre Stärke aus. Aber mit diesem Modernisierungs- und Zivilisationsschub von 1968 haben die Deutschen sich freilich auch geändert. Sie haben gelernt, das Leben zu genießen, auch mal beiseitezuschauen, den Sinn des Lebens einfach im zwischenmenschlichen Beisammensein zu sehen, nicht immer nur rechts Häusle bauen und links die Welt verbessern« (1991).

Na denn.

Konkret 11/95, S. 20

Michael Schilling

Die Beine von Dolores

Die Geschichte des »Eurofighter 2000« lehrt, was sich aus seiner Geschichte lernen ließe und warum auch aus dieser Geschichte nichts gelernt wird

Die einst als Jusos mit den Stamokap-Broschüren im Ranzen gegen die Großkonzerne antreten wollten, sind jetzt als Parteiführer auf die Erpressung eines dieser Großkonzerne reingefallen. Ein Treppenwitz der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte. Es ist schon richtig, daß auch ehemalige Jusos erwachsen werden müssen. Aber muß es denn immer gleich der völlige Absturz sein?

Man müßte noch mal dreißig sein und so gut drauf wie damals, als man eine »linksradikale Tageszeitung«gegründet hat, wird sich der »Taz«-Journalist Jürgen Gottschlich gedacht haben, dann könnte man, wenn die anderen auf die Erpressung eines dieser Großkonzerne reinfallen, noch einmal Radikalität, Treue der Gesinnung und Kenntnisse der Leninschriften reklamieren sowie nebenbei die Schmerzen des eigenen Erwachsenwerdens bzw. Abstürzens an den Sozialdemokraten abarbeiten.

Ja, wenn der alte Alternativjournalist erzählt, dann wackelt das ganze Wackelsteiner Ländchen. Denn tatsächlich, es ist wieder wie vor dem Krieg, das heißt vor der Zeit, als man für den Einsatz deutscher Bomber Reklame lief: so frech wie einst und genauso daneben. Kein einziger jener Sozialdemokraten, die jetzt für den »Eurofighter« sind, hat dem sogenannten »Stamokap-Flügel« der Jungsozialisten angehört, sondern ganz im Gegenteil: Schröder gab den Anführer (in jedem Sinn) der »Antirevisionisten«, die Marxens reine Flamme vor den Abwinden der Realsozialisten und sozialdemokratischen Reformer zu hüten sich verschworen; Voigt, Simonis, Gansel bewährten sich, bevor sie vom System überwunden bzw. befördert wurden, als Bannerträger der »Doppelstrategie systemüberwindender Reformen«, die dreimal krähten, wenn sie einen von den »Stamokaps« bei der Parteiführung denunzieren konnten. Friedrich Engels aber, auf den die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückgeht, hatte eben nicht gemeint, daß Großkonzerne Parteiführer erpressen müßten, um profitable Entscheidungen zu erzwingen, sondern ganz im Gegenteil: daß der Staat im fortgeschrittenen Kapitalismus notwendigerweise als »ideeller Gesamtkapitalist« fungiere.

Die »Erpressung« gehört zur Reklame für den (demokratischen) Staat wie die »Zivilgesellschaft«. Sie erklärt, warum ein an sich wahres, gutes, schönes, zivilisiertes System immer wieder so unschöne Sachen macht wie Kriege erklären, Kriegskredite bewilligen, Panzerkreuzer, Autobahnen, Transrapids und Atomkraftwerke bauen, Giftgas, Minen, Fregatten, Bomber und Granaten exportieren, die Sozialhilfe und das Asylrecht streichen, und warum die Sozialdemokraten, wenn`s ernst wird, immer dabei sind: Wären sie einer Erpressung erlegen, hätten sie auch widerstehen und es hätte alles gut werden können.

1989 beispielsweise, als die Daimler-Benz AG sich den Rüstungskonzern MBB eingliedern wollte. Das Veto des Bundeskartellamts hatte Wirtschaftsminister Hausmann mit einer Ausnahmegenehmigung wg. gesamtwirtschaftlichen (heute: nationalen) Interesses aufgehoben, da schlug die Stunde der Sozialdemokratie bzw. ihrer alternativen Chronisten:

Bürgermeister Voscherau hätte die Fusion verhindern können. Hamburg besaß eine 18prozentige Sperrminorität an MBB. In geheimen Gesprächen zwischen den Fusionsfeinden in der Bonner SPD-Bundestagsfraktion und dem Hamburger SPD-Senat wurde jedoch damals dafür gesorgt, daß kein Bonner Genosse öffentlich auf die Vetomöglichkeit Hamburgs hinwies. Das Motto: In Bonn öffentlichkeitswirksam Flagge zeigen, auf Landesebene knallhart handeln ...

Der Eurofighter spaltet die SPD. Während in Bonn gegen den einstigen Jäger 90 polemisiert wird, lassen sich norddeutsche Länderchefs vom Rüstungsgiganten Dasa mit dem Arbeitsplatzargument erpressen.

Mitte 40 und kein bißchen leise, außer alten Phrasen nichts gelernt: Opposition in der bürgerlichen Demokratie heißt gerade nicht, Entscheidungen des Kapitals, die der ideelle Gesamtkapitalist zu exekutieren hat, verhindern, sondern bei der Realisierung den integrativen Part spielen: nicht einfach zustimmen, aber auch nicht ablehnen, sondern Zustimmung oppositionell garnieren, Protest einfangen und kanalisieren. Es ist nicht das Schicksal der SPD (oder der Grünen), erpreßt zu werden, es ist ihre Aufgabe, die Erpreßte zu spielen und mit dieser Leidensmiene das Mitleid ihrer Mitglieder und Wähler zu erpressen, auf daß die FDGO keinen Mitläufer verliere.

Die Geschichte des »Eurofighters« ist zugleich eine Geschichte der Politik in der bürgerlichen Demokratie und soll deshalb hier kurz rekapituliert werden – nicht weil sie so lehrreich ist, denn lernen aus der Geschichte will keiner, sondern weil sie so schön ist:

1988 gab Kriegsminister Wörner (CDU) die Entwicklung eines Flugzeugs (»Jäger 90«) in Auftrag, dessen einziger militärischer Zweck die Abwehr eines massiven sowjetischen Luftangriffs sein sollte. 1990, nach dem realen Ende der Sowjetunion, gab sich deshalb ein vorwitziger verteidigungspolitischer Sprecher der CDU »sicher, daß der Jäger nicht

gebaut wird, weil ein solches Flugzeug nicht gebraucht wird«. 1992 kündigte Bundeswehr-Generalinspekteur Naumann die Streichung des »Jäger 90« an. Im April 1992 schien sie besiegelt. Der Studienrat Volker Rühe, frisch gekürter Kriegsminister, strich, bevor er begriff, wozu er da war, den »Jäger 90«: Er sei zu teuer, werde nicht gebraucht, die »Bedrohungslage« sei »nicht mehr gegeben«.

Irgendwie schien das ganz vernünftig – politisch, militärisch und wirtschaftlich erst recht: Allein die Entwicklung des Flugzeugs hatte schon mehr als 5 Milliarden Mark gekostet (inzwischen 7,6 Milliarden); bei Lieferung sollte jedes Stück »Jäger 90« 135 Millionen Mark kosten. Und so waren die Leitartikler sehr verwundert, als der sozialdemokratische Daimler-Chef Edzard Reuter Rühes Urteil »Der Jäger ist tot« mit der lapidaren Erklärung kommentierte, das sei »nicht das letzte Wort« in dieser Sache.

Es dauerte ein Weilchen, bis Studienrat Rühe aus seinem Gemeinschaftskunde-Traum vom demokratisch gewählten Entscheidungsträger geweckt war. Zunächst durfte er einsehen lernen, daß der Ausstieg aus der »Konzeptionsphase« noch teurer würde als die Weiterführung. Dann lernte er, wie man fürs Sparen noch mehr Geld ausgeben kann. Die Industrie machte sich erbötig, eine günstigere, »abgespeckte« Version des Flugzeugs, das nun »Eurofighter 2000« hieß, zu entwickeln – für zusätzlich nur 570 Millionen Mark. Rühe begann zu verstehen. Er bezahlte.

Die offizielle Entscheidung für den Bau aber wurde vertagt. Erst mußte die Öffentlichkeit, die zu sehr auf »Der Krieg ist aus und jetzt gibt's die Friedensdividende« gestimmt war, mit zivilen, nämlich sozialen Argumenten umgestimmt werden. Und das ging so:

Oktober 93: Der Dasa-Vorstand kündigt die Streichung von 16.000 Stellen und die Schließung mehrerer Werke an. Arbeiter protestieren, Politiker versprechen Hilfe.

November 93: Die Ministerpräsidenten aus den Ländern mit Dasa-Standorten verhandeln mit Daimler-Chef Reuter. Der lehnt die Rücknahme der Ankündigung ab.

Juni 94: Die Ministerpräsidenten beschließen auf Vorlage von Edmund Stoiber (CSU) und Gerhard Schröder (SPD) einen Maßnahmenkatalog zur Sicherung der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Bundesregierung sagt ein Forschungsprogramm von 1,2 Milliarden zu.

April 95: Die Dasa erklärt, sie müs-se wegen des bösen Dollars ein Sanierungsprogramm namens »Dolores« durchziehen, das 10.000 bis 20.000 Stellen kosten könne.

September 95: 15.000 Dasa-Beschäftigte protestieren. Die Ministerpräsidenten aus den Ländern mit Dasa-Standorten verlangen unter Führung von Edmund Stoiber und Gerhard Schröder die sofortige Entscheidung für den Bau des »Eurofighter 2000«. Gerhard Schröder erklärt den Bau zur »nationalen Aufgabe«; er diene dem »Wohle des Standorts Deutschland«.

Das Flugzeug ist freilich inzwischen ein wenig teurer geworden. »Höchstens 90 Millionen« sollte die »abgespeckte« Version kosten. Heute geht das Bonner Kriegsministerium von 127,3 Millionen aus. In einer Studie, die demnächst im Nomos-Verlag erscheinen wird, hat Jörg Huffschmid errechnet, daß der Stückpreis mit »Systemzuschlag« (Ausbildung, Bewaffnung, Dokumentation etc.) 175 Millionen betragen wird, das sind bei 140 Stück 24,5 Milliarden Mark und damit 11 Milliarden mehr als die vom Bundestag 1993 beschlossene Obergrenze inklusive Inflationszuschlag. Wenn man die bisherige durchschnittliche Preissteigerung des Projekts von jährlich 7,5 Prozent zugrunde legt, wird ein Eurofighter bei Lieferung im Jahr 2000 bereits 251 Mio kosten – ohne die 20 Millionen für die vorgesehene Ausrüstung mit Raketen.

Für die Sicherung von 10.000 Arbeitsplätzen für zehn Jahre wird die Bundesregierung 24,5 Milliarden Mark ausgeben, pro Arbeitsplatz also 2,4 Millionen. Das könnte einen alten Alternativjournalisten auf die Idee bringen, doch jedem der 10.000 je 2,4 Mio zu schenken, ohne daß er dafür Bomber bauen muß... Auch Jörg Huffschmids Fazit klingt danach:

Der Eurofighter hat keine sinnvolle militärische Aufgabe. Seine Kosten sind bereits heute viel höher als veranschlagt und drohen ganz außer Kontrolle zu geraten. Er bindet technologische Fähigkeiten, die anderswo dringend gebraucht werden. Von seiner Entwicklung gehen keine technologischen Impulse aus, und wenn er in Serie geht, werden die Beschäftigungswirkungen vergleichsweise gering sein.

Alle Argumente sind richtig, gegen den Bau des »Eurofighter 2000« spricht keines, denn er wird nicht gebaut, weil er eine militärisch sinnvolle (?) Aufgabe erfüllen, technologische Impulse geben oder Arbeitsplätze erhalten soll. Er wird gebaut, weil die Dasa, d.h. der größte deutsche Konzern, d.h. sein größter Aktionär, die Deutsche Bank, bei einem konkurrenzlos profitablen und zugleich absolut risikolosen Geschäft 24,5 Milliarden Mark einnehmen will.

Fußnote: Wie lange wollen die alten Alternativjournalisten eigentlich noch ihren ältesten Reflexen folgen? Zum Beispiel dem, der sich gegen Rüstungsprojekte richtet? Womit könnten die deutschen Soldaten, die von der »Taz« nach Bosnien kommandiert werden, die Serben zusammenbomben, wenn einst die Friedensbewegung den Bau der Tornados verhindert hätte?

Michael Schilling lebt und arbeitet im Zonenrandgebiet

Konkret 11/95, S. 22

Georg F□ lberth

Einsinkende Altbauten

Wie □ berfl□ ssig ist die Sozialdemokratie?

Heulen und Zähneklappern

Offenbar ist nach der Wiedervereinigung auch im Parteiensystem nicht mehr alles so, wie es einmal war. Vorher konnte man sich auf ein paar Regelmäßigkeiten verlassen. Dazu gehörte, daß kein Bundeskanzler eine Wirtschaftskrise überstand – Erhard 1966, Brandt 1974, Schmidt 1982: Sie stürzten im Vorfeld einer Rezession, unmittelbar bei ihrem Einsetzen oder dicht hinter ihrem Höhepunkt. Also wäre 1992 Kohl fällig gewesen. Doch nach der Krise war er stärker als zuvor.

Früher konnte man sich darauf verlassen, daß eine Regierung, die eine Bundestagswahl gewonnen hatte, bei den Landtagswahlen des nächsten Jahres im Keller war. So passierte es Adenauer 1950 und Brandt 1974. Doch auch hier sieht es diesmal anders aus: Die größte Oppositionspartei, die SPD, verliert und verliert.

Sie ist in einem Zustand, der selbst ihre grau- und glatzköpfigen linken Kritiker in Versuchung führen könnte, um die Mitgliedschaft bei ihr nachzusuchen: sei es aus Mitleid, sei es aus Freude am Chaos. Der permanente Streit auf der Führungsebene ist dabei noch das Geringste. Krach ist nicht gleich Krach. Er kann auch Ausdruck von Vitalität sein: Wo es viel zu verteilen gibt, ist das Geraufe groß. Dies konnte häufig in der CDU/CSU beobachtet werden.

Doch der gegenwärtige Streit an der SPD-Spitze ist Ausdruck einer Unpäßlichkeit, deren Ausmaß erst so richtig deutlich wird, wenn man sich auch die unteren Etagen ansieht. Die Mitgliederzahl sinkt. Es gibt Ortsvereine, in denen der Vorstand seit Jahren nicht besetzt ist. Bei kommunalen Direktwahlen siegt in Frankfurt/Main eine christdemokratische ehemalige Arzthelferin, andernorts ein Landwirtschaftsmeister von der CDU über sozialdemokratische Juristen. Legt sich auf lokaler Ebene ein SPD-Kandidat auf Rot-Grün fest, fehlen ihm die Stimmen des rechten Parteiflügels. Will er die Große Koalition, werden die Grünen noch stärker. In den Kommunalparlamenten stimmen rechte Opponenten mit verdecktem Zettel gegen offizielle Parteibeschlüsse. Selbst wenn sie offen ausbrechen, werden sie nicht ausgeschlossen.

Jetzt wollen wir aber nicht verzweifeln, sondern einmal davon ausgehen, daß da, wo alles wankt, doch ein Ehernes Gesetz erhalten bleibt, nämlich: So lange die Erde steht, wird es immer eine große Sozialdemokratische Partei Deutschlands geben. Amen. Daran ist fest zu glauben, denn sonst müßte man gegenwärtig an drohenden Untergang denken. Schließlich ist vor zwei Jahren in Italien sogar die bis dahin mächtigste Partei des Landes einfach verschwunden. So schlimm wird es hierzulande nicht werden. Immerhin aber ist denkbar, daß die SPD künftig unfähig wird, als eine führende Partei von sich aus Mehrheiten zu bilden, und daß diese Möglichkeit nur noch bei der CDU/CSU liegt. Diese könnte dann von sich aus entscheiden, mit wem sie koaliert: mit den Grünen, mit – falls noch vorhanden – der FDP oder auch einmal (zu deren noch größerem Verderben) mit den Sozialdemokraten. Letztere wären dann zwar immer noch eine Volks-, aber zugleich eine strukturelle Minderheitspartei, wie jahrzehntelang (und demnächst vielleicht wieder) ihre Genossinnen und Genossen in Japan.

Klein Fritzchens Erklärung

Hier meldet sich Klein Fritzchen und sagt: »Ich weiß was! Es liegt am Postfordismus.«

Gemeint ist: Die Zeiten, da selbst den Kapitalisten hohe Löhne recht sein konnten, weil dadurch die Nachfrage gesteigert wurde, sind vorbei. Deshalb geht es den Gewerkschaften neuerdings schlecht. Auch Umverteilung, die durch Steuern und Anleihen finanziert wird, ist nicht mehr drin: Der Staat hat nichts. Nimmt er neue Kredite auf, treibt das die Zinsen. Dies ist gut für die Spekulation, schlecht für Investitionen und Beschäftigung. Steuererhöhungen, so heißt es, mindern Kaufkraft und Profite, dämpfen die Anlagebereitschaft und kosten Arbeitsplätze.

Aus sozialdemokratischen Arbeiterkindern, die mit Honnefer Modell und Bafög studierten, sind grüne Zahnärzte geworden, welche ihre Töchter und Söhne auf die Freie Waldorfschule schicken, dafür löhnen und nicht einsehen, weshalb sie für fremder Leute Nachwuchs Steuern zahlen sollen. Zwar gibt es jetzt andere, die es nötig hätten, aber sie werden nicht gebraucht. Der Akademikermangel ist vorbei, und das Meister-Bafög ist eine Idee der CDU.

»Hessen vorn!« – mit diesem Spruch pries die SPD einst die Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit in einem von ihr regierten Bundesland. Die Zahnärzte fragen: Warum eigentlich? Vor dem Kommunismus braucht niemand mehr Angst zu haben, also erübrigen sich soziale Zugeständnisse, für deren Einforderung die SPD-nahen Gewerkschaften und für deren Verwaltung die sozialdemokratisch hegemonierten Teile des Staatsapparats zuständig waren.

»Ich weiß aber noch was«, ruft Fritzchen. »Globalisierung!« Gewinnsuchendes Kapital sucht sich Niedriglohn-Länder. Wer nicht zurücksteckt, verliert den Arbeitsplatz. Standortpolitik heißt erstens: Investitionen anlocken, sei es durch niedrige

Löhne, sei es durch geringe Steuern und Abgaben, und zweitens: den Export fördern, unter anderem durch Kostensenkung. Natürlich ist auch eine günstige Infrastruktur nötig: das Moderne Deutschland, welches die SPD zur Bundestagswahl 1969 versprach. Aber das gibt es inzwischen. Straßenbau und Telekommunikation sind nichts spezifisch Sozialdemokratisches, im Gegenteil: Zu ihrer Förderung braucht man gegenwärtig nicht mehr Staat, sondern weniger – er soll nicht so viel regeln und verbieten.

»Und deshalb«, sagt Klein Fritzchen, »wird die Sozialdemokratie langsam überflüssig.«

Andere Länder, andere Sitten

Stop, nicht so schnell. Es fällt nämlich auf, daß die ökonomischen und sozialen Umbrüche zwar offensichtlich kapitalismusweit erfolgen, die Auswirkungen auf das Parteiensystem aber sehr verschieden ausfallen. Der Fordismus hat seinen Namen nicht von Friedrich Ebert, sondern von dem US-Amerikaner Henry Ford, der so billige Autos bauen ließ, daß die Arbeiter sie kaufen konnten. Er fand auch den Faschismus ganz gut. Für den Fordismus brauchte man in den USA keine Sozialdemokratie, mit seinem Ende kann sie deshalb dort nicht untergehen.

Sie vermag sich, wo es sie gibt, unter den neuen Umständen sogar zu erholen. Beispiel Großbritannien. Vor einem Jahrzehnt war die Labour Party ähnlich schlecht drauf wie die SPD heute. Doch nun befindet sich die Partei unter ihrem Leader Tony Blair im Aufschwung. Der Neue stellt die Wende-Maßnahmen der Thatcher- und Major-Zeit – zum Beispiel eine Gesetzgebung, welche den Einfluß der Gewerkschaften eindämmte, und die meisten Privatisierungen – nicht in Frage. Er will da weitermachen, wo die Konservativen vielleicht demnächst aufhören müssen, und wird nur ein bißchen mehr kommunitarische Rede anbieten. Mag sein, daß Labour ja doch noch verliert, aber wenn Blair gewinnt, dann deshalb, weil er gerade jene Schichten an sich binden kann, denen Thatcher viel versprochen hat, vor allem die selbstarbeitende middle class. Vor sechzehn Jahren hielten deren Mitglieder die Wohlfahrtsempfänger für Parasiten, jetzt richten sie diesen Verdacht eher gegen die ganz Reichen, die ihr Geld leicht verdienen, bei den Privatisierungen manches Schnäppchen machten und überdies häufig in die Regenbogenpresse geraten.

In Skandinavien sind die Sozialdemokraten ohnehin kaum angefochten. Von Zeit zu Zeit werden sie abgewählt, aber sie kommen wieder. Offensichtlich traut ihnen das Publikum zu, sie könnten den Sozialstaat ebenso schmerzfrei abbauen, wie sie ihn einst errichtet haben.

Wieder einmal Modernisierung

Wir lernen: Wenn es sich nicht gerade um eine Revolution handelt, dann findet eine sozialökonomische und politische Umorientierung – »Jawoll!«, ruft Fritzchen dazwischen, »Regulationswechsel!« – häufig in den politischen Strukturen statt, die sie vorgefunden hat. Das Parteiensystem modifiziert sich, aber selten einmal so gründlich wie in Italien. Wer umlernt, bleibt.

Deshalb melden sich in der SPD jetzt – wie einst vor Godesberg – wieder »Reformer« und »Modernisierer« zu Wort. Diesmal geht es gleich dreifach zur Sache. Erstens: Forcierung des Standorts Deutschland durch Lohndämpfung, Steuersenkung, Vermeidung von zinstreibenden Staatsanleihen und von störenden Umweltauflagen. Zweitens: Schlanker Staat, denn das Geld soll in der privaten Wirtschaft bleiben. Drittens: Out of area-Einsätze der Bundeswehr sind mehr als die altmodische »Landesverteidigung«, wie sie einst ins Godesberger Programm geschrieben wurde.

Dieser Dreipunktekatalog ist inzwischen Konsens zwischen den Bundestagsparteien, mit Ausnahme der PDS. Durch Fischers neuestes Papier sind die Grünen sogar etwas schneller eingeschwenkt als die SPD, die zwar de facto schon lange mitmacht, aber Schwierigkeiten hat, den ganzen Verein auf die Modernisierungslinie zu bringen.

Tatsächlich soll ihre eigene Klientel dabei ja auch besonders hart rangenommen werden: Der »Seeheimer Kreis« und die IG Chemie erhoffen sich von einer Standort-Offensive zwar neue Märkte für deutsche Wertarbeit. Aber die Kernbelegschaften, die dabei die Gewinner sein sollen, hören dasselbe von der CDU und trauen ihr eher zu, es auch zu schaffen. Daß die Massenarbeitslosigkeit dennoch nicht an ihnen vorübergeht, schreiben sie den Sozis und ihren schwätzenden Lehrern, welche mit den Asylanten schöntun, zu. Hier muß Schröder ran. Von ihm stammt ja schon der Spruch, VW (Wolfsburg) sei besser als Opel (Rüsselsheim), da deutsch. Seine brutale Rhetorik ist genau das Richtige für eine Partei, die sich zwar gern von Zeit zu Zeit von einem Charismatiker besoffen machen läßt (sagen wir mal: Brandt), aber doch erst so richtig glücklich ist, wenn sie angeschnarrt wird wie einst von Helmut Schmidt und Wehner. (Kurt Schumacher konnte beides.)

Für den Schlanken Staat steht Frau Simonis. Schon als Finanzministerin und Verhandlungsführerin der Öffentlichen Arbeitgeber trat sie scharf auf. Das trifft allerdings die eigene Klientel in Schul- und Amtsstuben. Wozu hat man beim Antritt der Laufbahn das sozialdemokratische Parteibuch erworben, wenn bei lauter Sparen am Ende vielleicht nicht einmal

mehr ein richtiger Bewährungsaufstieg herauskommt? »Faule Säcke!« schnauzt Schröder. Da bleibt man bei Wahlen doch lieber zu Hause.

Und weil eine Kursverdeutlichung in diesen beiden sehr irdischen Punkten dem eigenen Anhang wehtun wird, ist eben auch im Himmel Jahrmarkt, wird selbst die militär- und asylpolitische Neuorientierung nicht mehr angenommen. Die Seeheimer sagen: zu spät und zu wenig, und auf der anderen Seite schimpfen Heidis Lehrer auf den 4. August.

Dies ist das Dilemma: Die Partei muß, wenn sie im Ringen um Standort und Weltgeltung dem Vaterland dienen will, auf Gedeih und Verderb nach rechts; aber das dauert und dauert und ist mit viel Betriebsgeräusch verbunden. Deshalb sind es gerade »Reformer«, die gegenwärtig das Handtuch werfen. Das Leben ist kurz und ein Job in der Freien Wirtschaft näher als der nächste Wahlsieg.

Hinzu kommt der unvermeidliche Konflikt zwischen Bundesspitze und Ministerpräsidenten. Der Vorsitzende ist fürs Allgemeine da, will alle mitnehmen, niemand zurücklassen. Schröder aber weiß: Deutschland beginnt in Lemwerder. In Kiel muß man ohnehin Sparhaushalte machen und kann deshalb die Diäten-Lust der Bonner Genossen geißeln.

Dann gibt es auch noch die Folgen der organisationspolitischen Sünden von früher. Während Tony Blair über einen geschlossenen Haufen verfügt, mit dem er mangels Alternative machen kann, was er will, muß die SPD in die Nachbarschaft schielen: In Westdeutschland hat ihr noch Helmut Schmidt die »Grünen« ins Nest gesetzt, im Osten vergab sich die Partei aus lauter Angst die Chance, die PDS schnell und rückstandlos zu schlucken.

»Was tun?« fragt Klein Fritzchen. »Dies«, so antworte ich ihm, »mußt du Professor Glotz fragen. Es ist schließlich seine Partei.«

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 9/95 über die PDS

Konkret 11/95, S. 24

Peter Kratz

Brandt oder Mutzenbacher?

Fünf Jahre nach seinem Eintrag ins Buch der Geschichte ist die Authentizität eines berühmten Politikerspruchs fraglich geworden

Aus Josefine Mutzenbachers Erlebnisbericht: »... und wie ich bemerkte, daß aus seinen Ruinen neues Leben zu blühen anfing, drehte ich mich um, und da ich schon einmal obenauf lag, fügte ich rittlings zusammen, was zusammengehörte.« Der Satz steht in der ungekürzten Mutzenbacher-Ausgabe (Non Stop Bücherei, München 1970, S. 198), ist also authentisch, auch wenn bis heute niemand weiß, wer sich hinter dem österreichischen Pseudonym verbarg. Willy Brandt dagegen ist sogar namentlich bekannt, auch wenn heute feststeht, daß er sein »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« in dieser Form im Herbst 1989 nicht gesagt hat. Der berühmte Satz wurde erst später für die Geschichtsbücher komponiert und ist – anders als der erste Spruch zur Nation: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche« – nicht authentisch.

Ausweislich des Tondokuments der WDR-Sendung »Berichte von heute« hatte Brandt, als er am 10. November 1989 am Berliner Grenzübergang Invalidenstraße aus der nun offenen Hauptstadt jenes Staates zurückkehrte, dessen Hymne mit dem Satz »Auferstanden aus Ruinen« begann, gesagt: »Dies ist eine schöne Bestätigung bisherigen Bemühens, aber auch eine Aufforderung an uns alle, nun noch ‘ne Menge zusätzlich zu tun, damit das wieder zusammengefügt wird, was zusammengehört.«

Frappant! Willy ließ nur das »rittlings« weg! Selbst das Verb lieh er sich bei der berühmtesten Dirne der Weltliteratur.

Von See- zu Mutzenbacher

Politisch falsch, jedoch menschlich darüber aufklärend, wie der Satz entstand, ist der Bericht von Brigitte Seebacher-Brandt über ihr Eheleben in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, den sie am 18. Dezember 1993 in der »FAZ« unter der Überschrift »Willy Brandt und die Idee der deutschen Nation« veröffentlichte: »Wir legten uns beizeiten schlafen. Zwischen vier und fünf klingelte das Telefon, das ich mühsam fand. ... Ich weckte meinen Mann; ›jemand behauptet, die Mauer sei auf, und der will dich interviewen.‹ Er guckt, sagt nichts, steht auf, nimmt den Hörer und lernt nun aus den Fragen, was sich in der Nacht abgespielt hat. Als er auflegt, huscht ein vergnügtes, fast spitzbübisches Lächeln über sein Gesicht. Nie war er jünger als in jenem Augenblick, in dem er sagt: ›Das ist es.‹ Drei Stunden später macht er an Bord einer britischen Militärmaschine Notizen für eine Rede: ›Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.‹«

Das ist köstlich und neu für die Geschichtsschreiber: Die Seebacher weckt Willy, und der denkt an die Mutzenbacher. Warum auch nicht! Soll halt eine Österreicherin den Satz zur Wiedervereinigung Deutschlands hergeben; die »deutsche Kulturnation« – von SPD-Prominenten wie Hans-Jochen Vogel oderWolfgang Thierse seit Jahren immer wieder beschworen – reicht ja schließlich bis an die Donau!

Fragt sich nur, ob der alte Internationalist Brandt, der so gerne Witze erzählte, seinen rechten Genossen mit Absicht dieses Kuckucksei ins nationale Nest legte. Fragt sich auch, was August Bebel dazu gesagt hätte, dessen Taschenuhr der Parteivorsitzende Brandt getragen haben soll und der hundert Jahre vorher zu Recht der Meinung gewesen war, die Töchter der Arbeiterklasse dürften nicht hinterm Halbwelt-Tresen enden, erst recht nicht in ökonomischen Krisenzeiten, ausgebeutet zum Vergnügen der Herrschenden. In seinem Buch *Die Frau und der Sozialismus* schrieb Bebel weitblickend: »Deutschland genießt den traurigen Ruhm, Frauenmarkt für die halbe Welt zu sein.« Warum also soll dieses Deutschland, das gerade wieder in die kaiserlichen Bauten Berlins einzieht, nicht unter dem Leitspruch einer Dirne zusammenwachsen? (Josefine hatte allerdings bekanntermaßen und ausnahmsweise ihren Spaß dabei, das mußte sogar Bebel zugeben, der an gleicher Stelle vom »lebenslustigen Wien« schrieb.)

Kein Tondokument

Die Seebacher-Version hat allerdings einen Schönheitsfehler: Es existiert kein Tondokument mit dem Ausspruch »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört«; Willy Brandt hat ihn am 10. November 1989 auch in keiner Rede gesagt, erst recht nicht in der berühmten vor dem Schöneberger Rathaus. Wir haben mehr als ein Jahr in Archiven nach dem O-Ton gesucht – Fehlanzeige. Ob es eine entsprechende handschriftliche Notiz Brandts von diesem Tage gibt, wie Seebacher behauptet, muß daher bezweifelt werden.

Weder die zugänglichen Tonaufnahmen noch die Broschüre mit den Reden von Brandt, Momper, Genscher, Wohlrabe und Kohl, die bereits wenige Tage nach der Kundgebung vom 10. November 1989 auf dem John-F.-Kennedy-Platz von der Senatskanzlei Berlin, Abt. Information – V E, herausgegeben wurde, enthalten diesen Satz. Willy Brandt hat ihn in der überlieferten Form nicht gesprochen.

Dem Erstabdruck der Brandt-Rede durch die Senatskanzlei folgte Mitte 1990 im SPD-nahen Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH – er gehört zur Friedrich-Ebert-Stiftung – das Buch ... *was zusammengehört*, das Brandts »Reden zu Deutschland« enthält. Hier ist erstmals der nicht gesprochene Satz »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört«, der längst als historisch galt, in die Rede Brandts vor dem Schöneberger Rathaus hineingefälscht worden. Der damalige Lektor sagte uns jetzt, die Einfügung habe Willy Brandt bei den Vorarbeiten zu dem Buch im Frühjahr 1990 persönlich verfügt und in die Tonbandabschrift der Rede, die dem Verlag als Vorlage diente, handschriftlich eingefügt. »Es gilt das gesprochene Wort«, dieser Grundsatz gilt wohl nicht für Jupiter.

In seiner Broschüre *Materialien. Die deutsche Teilung und ihre Überwin-dung. Sozialdemokratische Positionen zur Deutschlandpolitik 1945 bis heute* druckte der SPD-Parteivorstand die Dietz-Version nach: »Rede am 10. Nov. 1989 auf dem John-F.-Kennedy-Platz« heißt es da. Redakteur der *Materialien* war ausgerechnet der heutige Vorsitzende der »Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD«, Bernd Faulenbach, der die Quellen nicht prüfte. So wurde die Geschichtsfälschung parteioffiziell abgesegnet.

Als wörtliche Rede – mit Gänsefüßchen und dem Datum »10. November 1989« – auf ein Foto Brandts vor dem Brandenburger Tor gedruckt, hängt die Fälschung heute sogar im Bonner »Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«, als Wahlplakat der SPD aus dem Jahre 1990. Die Zehntausende Schulkinder, die daran vorbeilaufen, wissen noch nichts vom Tagebuch der Josefine M., das seit Kaisers Zeiten an Jugendliche nicht verkauft werden darf.

Peter Kratz hat gerade das Buch »Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD« veröffentlicht (Elefanten Press, Berlin 1995)

Konkret 11/95, S. 26

Karola Fings

Geschäfte mit dem Feind

Über das Arrangement des US-amerikanischen Automobilkonzerns Ford mit Nazideutschland und den Einsatz von Zwangsarbeiter(inne)n im Ford-Werk Köln

Anna Wasiljewna Nesteruk lebt in einem kleinen ukrainischen Dorf in der Nähe von Starokonstantinow. Als sie im Frühjahr dieses Jahres eine Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Köln erhielt, den Ort zu besuchen, an dem sie drei Jahre lang Zwangsarbeit leisten mußte, wollte sie zuerst absagen. Zu beschwerlich erschien der siebzigjährigen Frau die weite Reise, zu hoch die zu überwindenden bürokratischen Hürden. Doch die Nachbarn sprachen ihr Mut zu, und so setzte sie sich voller Angst das erste Mal in ihrem Leben in ein Flugzeug und kam nach Köln.

Seit sechs Jahren lädt die Stadt Köln ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene ein, für jeweils zehn Tage im September an die Stätte ihrer Verfolgung zurückzukehren. Die Initiative für dieses Besuchsprogramm ging von einer Gruppe aus, die mit der Einladung nicht nur den betroffenen Menschen eine Anerkennung der ihnen zugefügten Leiden ausdrücken wollte, sondern zugleich die Geschichte der mehr als zweihundert auf Kölner Stadtgebiet befindlichen nationalsozialistischen Lager aufzuhellen versucht. Das erste Besuchsprogramm der »Projektgruppe Messelager« im Jahre 1989 befaßte sich mit der Geschichte der annähernd zehn verschiedenen Lager auf dem Gelände der Kölner Messe. In diesem Jahr lag der inhaltliche Schwerpunkt bei einem Thema, das bis dahin völlig ignoriert worden war: die Zwangsarbeits- und Kriegsgefangenenlager sowie das Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald bei der Firma Ford.

In den öffentlichen Debatten um die Rolle der Automobilkonzerne Daimler-Benz oder VW im Nationalsozialismus blieben die amerikanischen Firmentöchter Opel oder Ford bislang ausgeblendet. Viel zu wenig ist die Tatsache präsent, daß auch amerikanische Konzerne hervorragende Geschäfte mit Nazideutschland machten. Ein Blick auf die Firmengeschichte der Ford Motor Company zeigt, daß die deutsche Tochtergesellschaft – seit 1931 mit Hauptsitz in Köln-Niehl – erst in den Jahren des Nationalsozialismus entscheidend zum Zuge kam.

Ford hat sich von Anfang an darum bemüht, mit den Nazis ins Geschäft zu kommen. Um weiter auf dem deutschen Markt verkaufen zu können, erwirkte Ford einen Ministererlaß, nach dem seit 1936 für alle Produkte der Firma mit dem Begriff »Deutsches Erzeugnis« geworben werden durfte. Das bekannte ovale Ford-Symbol wich 1937 einem Wappen mit Fabrik und Kölner Dom und der Aufschrift »Ford Köln«. Doch es blieb nicht bei dieser optischen Anpassung an die neuen Verhältnisse. Skrupel, mit den Nazis Geschäfte zu machen, haben in der amerikanischen Konzernzentrale offensichtlich nicht bestanden. Der Firmengründer Henry Ford teilte mit Adolf Hitler den aggressiven Antisemitismus und einen gründlichen Haß auf die Arbeiterbewegung. Schon 1921 war im Leipziger Hammer-Verlag eine von Henry Ford herausgegebene Hetzschrift mit dem Titel *Der internationale Jude – Ein Weltproblem* erschienen. Der Verlag lobte im Vorwort die Schrift als »mutige Tat« Henry Fords, ohne die »die Menschheit der Umklammerung der Weltschlange« erliegen würde. Hitler, der Ford glühend verehrt haben soll, ließ diesem im August 1938 zu seinem 75. Geburtstag über den deutschen Konsul in Cleveland das »Großkreuz des Ordens vom Deutschen Adler« verleihen. Im gleichen Jahr lag Ford mit der Herstellung von Personenkraftwagen bereits an vierter Stelle der im Reich produzierenden Automobilfirmen, im Bereich der kommerziell genutzten Fahrzeuge sogar schon an zweiter.

Auf den mit Kriegsbeginn einsetzenden Absatzeinbruch im PKW-Geschäft reagierte Ford schnell mit der Umstellung auf Kriegsproduktion: Seit 1940 stellte man in Köln einen geländegängigen Einheits-PKW für die Wehrmacht her. So ist es nicht verwunderlich, daß die Gewinne von 1,28 Millionen Reichsmark im Jahre 1939 auf 2,17 Millionen im Jahre 1943 stiegen. Auf einer Betriebsfeier anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Kölner Werkes hob der Vorstandsvorsitzende Robert H. Schmidt 1941 den Beitrag Fords zum Krieg vor der lokalen NS-Prominenz hervor: »Die Umstellung von der Friedensproduktion auf Kriegswirtschaft vollzog sich im allgemeinen reibungslos. ... Die von der Wehrmacht eingesetzten Ford-Wagen konnten sich an allen Fronten bewähren.« Tatsächlich gehörte Ford – mit Daimler-Benz und Opel – zu den wichtigsten LKW-Lieferanten für die deutsche Wehrmacht. Schon vor dem Krieg, so die Ford-Werke Köln im Juni 1941, half man »gelegentlich des Einmarsches in die Tschecho-Slowakei der Armee mit erheblichen Lieferungen aus dem Ausland über einen Engpaß« hinweg. Nach dem Stop der PKW-Produktion im Jahre 1942 liefen nur noch Lastkraftwagen vom Band. Besonders die in hoher Anzahl produzierten »Drei-Tonner« hatten eine große Bedeutung für den Truppentransport der Wehrmacht. Darüber hinaus kontrollierte die Konzernzentrale in Köln seit 1943 die Ford-Betriebe in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Rumänien.

Zu den pikanten Details der Ford-Geschichte gehört auch die Tatsache, daß Ford nie unter Treuhänderschaft der Nazis geriet. Die Strategie des amerikanischen Konzerns läßt sich anhand einiger Dokumente ablesen, die Witich Roßmann 1991 publiziert hat. Weit vorausschauend hatte man bei den Ford-Werken schon frühzeitig Überlegungen angestellt, was im Falle eines Kriegseintrittes der USA zu geschehen habe. Dann nämlich wären die Ford-Werke laut der »Verordnung betrifft

Behandlung feindlichen Vermögens« unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Ein halbes Jahr vor der Kriegserklärung der USA wandte sich Ford daher an den zuständigen Reichskommissar und bemühte sich, den Betrieb in Köln als in deutschen Händen befindlich darzustellen. Schon Ende 1940 hatte die amerikanische Konzernzentrale durch Erhöhung des Aktienkapitals ihren Anteil prozentual von 75 auf 52 Prozent reduziert. Mit 1,75 Millionen Reichsmark hielt beispielsweise die I.G. Farbenindustrie einen nennenswerten Anteil. Vorstand und Aufsichtsrat schrieben im Juni 1941 nach Berlin: »Die Verwaltung der Ford-Werke A.G. ist (mit den unten vermerkten unerheblichen Einschränkungen) deutsch und immer deutsch gewesen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus folgenden Herren: Geheimrat Dr. Ing. e.h. H.F. Albert, Vorsitzer, Professor Dr. C. Krauch (I.G. Farbenindustrie), stellvertr. Vorsitzer, Dr. Bötzkes (Deutsche Industrie Bank), Hünemeyer (Industrie- und Handelskammer, Köln), Edsel B. Ford und Charles E. Sorensen, Dearborn (Michigan). – Ständig in Deutschland anwesende amerikanische Aufsichtsratsmitglieder oder sonstige kontrollierende oder mitbestimmende amerikanische Vertreter der amerikanischen Muttergesellschaft sind in Deutschland nicht vorhanden und nie vorhanden gewesen.«

Auch der einflußreiche I.G. Farben-Mann Krauch intervenierte zugunsten Fords bei Göring. Nachdem im Dezember 1941 Amerika in den Krieg eingetreten war, schlug daher der Kölner Gauwirtschaftsberater, Kurt Freiherr von Schröder, in einem Schreiben an die Reichskanzlei vor, den amtierenden Vorstandsvorsitzenden Schmidt als Verwalter einzusetzen. Zur Begründung führte er im Februar 1942 aus: »Unter allen Umständen muß ich aber im Interesse der deutschen Aktionäre wie auch im Interesse einer ungestörten Fortentwicklung dieser heute schon als deutsch anzusehenden Betriebe es ablehnen, daß dort ein fremder Verwalter hineingesetzt wird ...« Die Gewinne amerikanischer Firmen flossen, so Charles Higham in seinem Buch *Trading with the enemy*, über die Schweizer »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« in die Staaten.

Es ist mittlerweile eine bekannte Tatsache, daß jede größere Firma in Nazideutschland vom massenweisen Einsatz von Zwangsarbeiter(inne)n profitierte. Die Firma Ford hat jedoch bislang auf jeden Versuch, diese Teilhabe an den NS-Verbrechen aufzudecken, mit Abwehr reagiert. Mehrfach waren in den vergangenen sechs Jahren ehemalige Ford-Zwangsarbeiter unter den Gästen des Besuchsprogrammes der Stadt Köln. Jedesmal weigerte sich der Ford-Vorstand, sie zu einer Betriebsbesichtigung in das Werk zu lassen, und nur mit Hilfe des Betriebsrates ließen sich inoffizielle Besichtigungen organisieren. Erst in diesem Jahr war man bereit, die unter den Gästen befindlichen acht ehemaligen Ford-Zwangsarbeiter/innen zu empfangen. Diese Bereitschaft signalisiert zwar einen mit fünfzig Jahren Verspätung beginnenden Lernprozeß; doch der Empfang bei Ford zeigte, daß dort noch keinerlei Sensibilität gegenüber den ehemaligen Arbeitssklaven besteht. Das Programm des Empfanges sah die gängige, von einer Promotion-Firma organisierte Werksbesichtigung vor. So mußten die ehemaligen Zwangsarbeiter/innen erst eine farbenprächtige, fünfzehnminütige Werbeshow über sich ergehen lassen. Dann verfrachtete man sie in einen kleinen Zug, mit dem das Werksgelände abgefahren werden sollte; auch wollte man ihnen die heutige Fahrzeugproduktion »vom Röstwerk bis zur Endmontage« vorführen. Doch dazu kam es nicht mehr: Als die ehemaligen Zwangsarbeiter/innen jene noch erhaltene Halle A sahen, in der sie während der NS-Zeit die LKWs produzieren mußten, kam der Zug zum Halten.

»Wenn man es sieht, kommen die Erinnerungen wieder«, erzählt Anna Wasiljewna Nesteruk aufgeregt, als sie jene Stelle entdeckt, wo sie Kühlflüssigkeiten zu einzelnen Maschinen schleppen mußte. Sie war noch keine 17 Jahre alt, als sie 1942 von Soldaten verschleppt wurde: »Bewaffnete Soldaten gingen von Haus zu Haus; es war die örtliche Polizei, die von der deutschen Besatzung bestimmt wurde. Es war sinnlos, sich zu verstecken, weil sie die ganze Dorfbevölkerung erschießen konnten. Wie eine Viehherde wurden wir zu Fuß weggetrieben, aber wohin und warum wußten wir – kleine verängstigte Mädchen und Jungen – nicht. Wir hofften, daß es nicht zur Erschießung ginge ...« Auch ihre erste Reise nach Köln trat sie in einem donnernden Ungetüm an: Noch nie zuvor hatte sie eine Eisenbahn gesehen. Anna Nesteruk gehörte mit ihrer Freundin Nadja Schubrawa zu den ersten Zwangsarbeiterinnen bei Ford. In den ersten Wochen mußten sie das in unmittelbarer Nähe des Firmengeländes befindliche Barackenlager aufbauen. Sie wurden in dem umzäunten »Russenlager« untergebracht; nebenan befanden sich Baracken mit Belgiern und Franzosen.

Aufschluß über den Umfang der Zwangsarbeit bei Ford geben einige wenige erhalten gebliebene Beiratsprotokolle. So heißt es im August 1942: »Das Kriegsprogramm betrug bisher rund 4.000 Einheiten im Quartal. Nach Anordnung der zuständigen Behörden soll die Leistung auf rund 7.000 Einheiten im Quartal gesteigert werden. Dies bedingt eine noch stärkere Einstellung von Gefangenen, insbesondere Russen, die zur Zeit schon annähernd 1/4 der Belegschaft (das sind etwa 1.000, K.F.) ausmachen.« Die Lücken, die durch Einberufungen zur Wehrmacht im Betrieb entstanden, wurden mehr und mehr durch Zwangsarbeiter, insbesondere Frauen, geschlossen. Im Juli 1943 ist im Beiratsprotokoll dazu vermerkt: »Über die Arbeiterfrage fand eine eingehende Aussprache statt, an der sich insbesondere auch Herr Professor Krauch beteiligte. Herr Schmidt teilte mit, daß jetzt etwa 50 % Ausländer beschäftigt würden und von diesen etwa 1.200 Russen und Russinnen, hauptsächlich die letzteren.« Damit befanden sich bei rund 5.000 Beschäftigten im Juli 1943 2.500 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in den Ford-Werken.

Vom Barackenlager aus wurde Anna Nesteruk während der folgenden drei Jahre mit den anderen Zwangsarbeiter(inne)n in Kolonnen zur Arbeit geführt. Über diese Zeit berichtet sie: »Wir wurden wie Kriegsgefangene behandelt. Die Lagerordnung war streng und grausam. Wir schliefen auf dreistöckigen Holzpritschen. Meine persönliche Nummer lautete 872. Es gab nur eine mit Sägespänen ausgestopfte Matratze, und das war unser ganzes Bett. Die Nahrungsmittelversorgung war sehr schlecht. Wir waren ständig hungrig. Wegen einer Tüte Kartoffeln, die ich aus der Kantine entwendet hatte, wurde ich geschlagen und in den Karzer gesetzt. Für die Arbeit erhielten wir kein Geld, wir spürten vor allem die Gummiknüppel. Wir hatten ständig Angst, wir konnten uns an niemanden wenden, ringsum gab es Polizeibewachung. ... Woran ich mich betreffs Köln besonders erinnere, ist die Arbeit vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung, an den Hunger, an Prügel und Karzer.«

Inna Kulagina entdeckt während des Rundganges im Werk die Treppe in Halle A, über die sie gejagt und geprügelt wurde, weil sie einmal eingenickt war. Nadja Schubrawa fällt beim Anblick des Kranes am Rheinufer ein, daß dort einmal eine »Ostarbeiterin« durch herunterstürzendes Material schwer verletzt wurde. Auch Pensionäre der Ford-Werke berichten, wie sie als Lehrlinge in den vierziger Jahren mit den Zwangsarbeiter(inne)n in Kontakt kamen. Fritz Theilen, der als »Edelweißpirat« besonders vorsichtig agieren mußte, um dem Werkschutz nicht aufzufallen, erzählt, wie er versuchte, den hungrigen Frauen Lebensmittel zuzustecken. Und er berichtet, wie der Werkschutz immer wieder die gefangenen Frauen und Männer demütigte, prügelte und verschleppen ließ. Tatsächlich sind mehrere Verhaftungen von »Ostarbeitern« bei Ford durch die Gestapo aktenkundig geworden. Der Werkschutz von Ford lieferte Zwangsarbeiter an die Gestapo aus, wenn sie beispielsweise im Verdacht des Plünderns standen. Zwangsarbeiter, die eine Flucht versucht hatten und wieder aufgegriffen wurden, kamen in »Arbeitserziehungs«- oder Konzentrationslager.

Obwohl die Fronten der deutschen Wehrmacht im Westen wie im Osten sich in Auflösung befanden, produzierte Ford weiter für das letzte Aufgebot des Nazireiches. Seit August 1944 unterhielt der Betrieb neben dem Kriegsgefangenen- und Ostarbeiterlager ein eigenes Kommando des Konzentrationslagers Buchenwald. Das KZ-Kommando »Köln-Ford« kam am 12. August mit 50 Häftlingen und einer SS-Bewachung von 16 Mann an und wurde in einer Baracke in der Nähe des Werkes untergebracht. Für die Häftlinge bezahlte Ford pro Tag 6 Reichsmark (Facharbeiter) bzw. 4 Reichsmark (Hilfsarbeiter) an die SS. Marian Gazinski, der als KZ-Häftling bei Ford war und über diese Zeit während eines Besuches in Köln im Jahre 1993 berichtete, behielt als besonders schlimm die Ernährung in Erinnerung. Morgens gab es Kaffee und 200 Gramm Brot, abends Spinat und drei Kartoffeln oder eine Suppe aus Weißrübenblättern. Während der fünfzehnminütigen Mittagspause gab es kein Essen. Wer krank wurde und damit nicht mehr zur Arbeit einsetzbar war, wurde nach Buchenwald zurückgeschickt und durch einen anderen Häftling ausgetauscht. Die SS führte ein strenges Regiment, doch Gazinski überlebte, weil er bereits langjährige »Lagererfahrung« hatte: »Wir haben uns immer korrekt verhalten, weil wir diese Disziplin hatten. Wir wußten, daß man das Leben für Kleinigkeiten verlieren kann ...«

Ende Februar 1945 mußte auch Ford die Produktion einstellen; die meisten Zwangsarbeiter wurden auf die rechte Rheinseite verbracht. Das KZ-Kommando kehrte am 27. Februar wegen »Feindnähe« nach Buchenwald zurück. Im Werk verblieben noch 290 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die am 22. März 1945 von der Militärregierung in einem Lager für »Displaced Persons« untergebracht wurden.

»Immer auf der Seite der Sieger« – so haben Reinhold Billstein und Eberhard Illner in ihrem soeben erschienenen Buch über die amerikanische Militärverwaltung in Köln den Abschnitt über Ford betitelt. Damit ist nicht nur die Tatsache treffend beschrieben, daß der Vorstandsvorsitzende Robert H. Schmidt von der amerikanischen Militärverwaltung wenige Tage nach der Einnahme von Köln zum Treuhänder von Ford bestellt wurde. Als die amerikanischen Truppen in Köln einrückten, fanden sie die Ford-Werke nahezu unzerstört vor: »The plant was undamaged by bombs or shell fire and is in excellent condition.« Obwohl schon früh beim U.S. Strategic Bombing Survey die Bedeutung der Kölner Ford-Werke für die deutsche Wehrmacht bekannt gewesen war, war das Werk erst am 15. und 18. Oktober 1944 bombardiert worden. Bei den »Präzisionsangriffen« trafen die 85 eingesetzten Bomber jedoch nicht die Werksanlagen, sondern das Zwangsarbeiterlager. Das Zielgebiet, so hieß es später offiziell dazu, sei fehlerhaft markiert gewesen. Francizek Wojcikowski, der als KZ-Häftling die Bombardierung erlebte, berichtete dagegen, daß die Flugzeuge sehr tief flogen und seiner Meinung nach das Werk nicht treffen wollten. Nennenswerte Zerstörungen gab es erst durch deutschen Artilleriebeschuß von der rechten Rheinseite, der bis in den April hinein erfolgte und die amerikanischen Truppen aufhalten sollte. Doch die Werksleitung hatte schon vor dem Einrücken der Amerikaner einen Großteil der Anlagen ausgelagert. An dem Tag, an dem Nazideutschland kapitulierte, konnte der erste Nachkriegs-Lastwagen bei Ford vom Band rollen. Das Werk hatte den Krieg unbeschadet, seine Manager die Unterstützung der Nazis ungestraft überstanden. Anzumerken bleibt, daß Ford 1967 – so der Journalist Hans G. Helms – fast eine Million Dollar Schadensersatz für Bombenschäden von der US-Regierung erhielt.

Anna Nesteruk hingegen wurde keine Hilfe zuteil: »Nachdem wir zu Hause angekommen waren, wurden wir von den Soldaten beschimpft. Sie sagten, daß wir von niemandem gebraucht würden, daß wir für die Deutschen gearbeitet und unseren Staat verraten hätten. Wir hatten ein sehr schweres Leben. Die erste Zeit mußte ich zu Hause auf freiem Feld leben,

weil unser Haus beim Rückzug der Deutschen verbrannt wurde. Niemand wollte mir helfen, weil wir als Verräter angesehen wurden.« Heute lebt sie von einer kleinen Rente, die sie nach über vierzigjähriger Arbeit in einer Kolchose bekommt. Die Rente reicht gerade für das Brot, Kleidung kann sie sich nicht leisten, und die letzte Gasrechnung konnte sie noch nicht bezahlen.

Der Besuch der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen hat nun Bewegung in die ganze Geschichte gebracht. Immerhin erwägt man jetzt bei Ford, mit »zeitgeschichtlichen Forschungen Lücken in der Firmengeschichte zu schließen«. An einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Köln mochte man hingegen nicht teilnehmen. Der Termin, so die offizielle Absage, sei für das Unternehmen »rein technisch gesehen äußerst ungünstig«. Der Ford-Vorstand setzte eindeutige Prioritäten: Die gesamte Mannschaft der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sei zu diesem Zeitpunkt praktisch »rund um die Uhr« auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt im Einsatz. Keinerlei Äußerungen gibt es bislang zu dem Themenbereich, der am dringendsten einer Klärung bedarf: der Frage von Entschädigungszahlungen. Eine Verpflichtung der Firma Ford, hier einen nennenswerten Beitrag zu leisten, läßt sich auch ohne vorherige jahrelange Forschungen anhand der bislang bekannten Fakten eindeutig ableiten.

Karola Fings schrieb in KONKRET 11/93 über die Nutzung von NS-»Zigeunerakten« durch die Kölner Kripo

Konkret 11/95, S. 29

Udo Sierck

»SchädlicheTeilchen«

Über einen neuen Vorstoß zur Freigabe medizinischer Experimente an »einwilligungsunfähigen« Patienten

Kurz vor der letzten Bundestagswahl wurde publik, daß die im Europarat zur Abstimmung stehende Europäische Bioethik-Konvention die Forschung an nicht geschäftsfähigen Personen auch ohne therapeutischen Nutzen vorsieht. Die Meldung löste in der Öffentlichkeit einen kurzen Sturm der Entrüstung aus. Mit der Forderung nach »Behinderten als Versuchsobjekte« war nun mal schlecht auf Stimmenfang gehen, die Regierungsparteien taten vorsichtshalber ahnungslos und verweigerten fürs erste die Ratifizierung der Konvention. Die liegt immer noch unverändert auf dem Tisch der parlamentarischen Versammlung in Straßburg und wartet auf Zustimmung. Mit guten Chancen, denn inzwischen macht man sich auch in Deutschland wieder für Menschenexperimente stark.

Im renommierten Thieme-Verlag erschien kürzlich ein Buch mit dem rhetorisch fragenden Titel: *Dürfen Ärzte mit Demenzkranken forschen?*, herausgegeben von den Psychiatrie-Professoren Hans Lauter und Hanfried Helmchen. Die Mediziner verlangen mit Blick auf im Alter verwirrte Menschen Gesetzesänderungen, die eine »Forschung auch ohne potentiellen individuellen Nutzen mit einwilligungsunfähigen Patienten« an Anstaltsinsassen und »Verwahrten« legitimieren und ermöglichen sollen. Für die Ausarbeitung der Forschungsziele hatten Helmchen und Lauer in Kooperation mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft namhafte deutsche Juristen, Theologen und Psychiater um sich versammelt – alles bekannte Größen im medizinethischen Diskurs und in den letzten Jahren stets zur Stelle, wenn es darum ging, Einwände gegen das geltende Verbot der aktiven Sterbehilfe zu formulieren oder dafür zu sorgen, daß im neuen Betreuungsrecht die Möglichkeit der Zwangssterilisation verankert ist.

Die Wissenschaftler behaupten, grundsätzlich sei von den Versuchsobjekten die Teilnahme am Experiment als »Ausdruck einer Solidarität innerhalb der Gesellschaft« zu verlangen, die die »personellen und finanziellen Ressourcen zur Erkennung und Behandlung von Krankheiten und vor allem auch zur langfristigen Betreuung chronisch Erkrankter bereitstellt. Im Rahmen des sogenannten ›Generationenvertrages‹ und der wechselseitigen Verantwortung handelt es sich nicht zuletzt um die Solidarität mit den Erkrankten zukünftiger Generationen ... Hieraus läßt sich ein Grundsatz wechselseitiger sozialer Verpflichtungen ableiten, der ... auch nicht einwilligungsfähige Kranke umfaßt.« Die Wissenschaftler beschwören den Mythos einer bevorstehenden »Demenzepidemie«, die zu »Belastungen unseres Gesundheits- und Sozialsystems von kaum zu überschätzenden Ausmaßen« führen werde. Schon heute würden immer mehr »Mitglieder jüngerer Jahrgänge aufopfernde und ausdauernde Hilfe für jetzt alte Kranke« leisten, die »Einschränkung der Berufstätigkeit der Pflegepersonen« belaste die Volkswirtschaft. Aus diesem Dilemma könne nur die Medizin helfen, deshalb müßten Beschränkungen bei den Forschungen am Menschen fortfallen. Das positive Ergebnis eines Versuchs sei an der »Verminderung des Leidens der Kranken sowie der Belastung der Pflegenden und der Gesamtgesellschaft zu bemessen«. Was die Autoren meinen, aber nicht schreiben: Pflegeabhängige, weggesperrte Menschen sind eine untragbare Zumutung für den in internationaler Konkurrenz stehenden Staat, aber als Experimentiermasse haben sie noch eine Bedeutung. Wenn auch ihre Zielsetzung sich von früheren unterscheidet – neu ist an dieser Argumentation nichts.

Als der renommierte Psychiater Alfred Hoche und der noch heute angesehene Jurist Karl Binding 1920 die »Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens« verlangten und mit ihrer Schrift den Weg für die späteren Euthanasieaktionen ebneten, begründeten sie das geforderte Töten mit der »Bedeutungslosigkeit der Einzelexistenz« für die »Wohlfahrt des Ganzen«: Im wohlverstandenen Gesamtinteresse seien »einzelne wertlos gewordene oder schädliche Teile oder Teilchen« preiszugeben. Zu diesen »Defektmenschen« zählten Binding und Hoche unter anderen jene, die auf die »Notwendigkeit der Versorgung durch Dritte« angewiesen waren, die im »Zustand völliger Hilflosigkeit« aufgrund von Greisenveränderungen des Gehirns keinerlei produktive Leistungen erbringen konnten. Betreuung ohne Gegenwert war für Binding und Hoche überflüssiger Luxus: »Es ist eine peinliche Vorstellung, daß ganze Generationen von Pflegern neben diesen Menschenhülsen dahinaltern.« Gefahren wischten der Mediziner und der Jurist vom Tisch, denn das »Gute und das Vernünftige müssen geschehen trotz allen Irrtumsrisikos; nimmt man aber auch den Irrtum einmal als bewiesen an, so zählt die Menschheit jetzt ein Leben weniger; aber die Menschheit verliert infolge Irrtums so viele Angehörige, daß einer mehr oder weniger wirklich kaum in die Waagschale fällt.«

Im Vordergrund stand bei Binding und Hoche ihr nationales Anliegen, denn »unsere deutsche Aufgabe wird auf lange Zeit sein: eine bis zum höchsten gesteigerte Zusammenfassung aller Möglichkeiten, ein Freimachen jeder Leistungsfähigkeit für fördernde Zwecke«.

Hanfried Helmchen ist von bekannten Nazi-Psychiatern ausgebildet worden, er arbeitete Ende der fünfziger Jahre als junger Arzt in der Berliner Frauenklinik beim Medizin-Professor F. von Mikulicz-Radecki, der sich im Nationalsozialismus als Verfechter der Zwangssterilisation einen Namen gemacht hatte. Helmchen hat gut gelernt: Er preist den Elektroschock als eine humane psychiatrische Behandlungsmethode, entsprechend sind ihm die wenigen Rechte der Patienten ein Dorn

im Auge. Auch deshalb ereifert er sich seit Jahren gegen den Nürnberger Ärztekodex, der 1947 im Rahmen der Prozesse gegen einige NS-Ärzte und als Reaktion auf die bekanntgewordenen Medizinverbrechen entwickelt wurde. Die Richtlinien intendierten die Gleichstellung von gesunden und kranken Menschen, medizinische Forschungen ohne Einwilligung der Betroffenen wurden untersagt. Professor Helmchen mißfällt an dem Kodex denn auch besonders, daß die »freiwillige Zustimmung der geschäftsfähigen Versuchsperson zur Voraussetzung des Experiments gemacht wird sowie daß Experimente an Kindern und Geisteskranken dadurch ausdrücklich ausgeschlossen scheinen«.

Da inzwischen auch die Bundesärztekammer medizinische Experimente an einwilligungsunfähigen Personen für »sachlich gerechtfertigt« hält, kommt Professor Helmchen seinem langgehegten Wunsch näher, endlich über ausreichend schutz- und rechtlose Versuchsobjekte verfügen zu können. Denn Menschenexperimente sind das Steckenpferd des Berliner Psychiaters. Bereits 1982 hatte die ›Irrenoffensive‹, eine Selbsthilfe-Organisation der Psychiatrie-Erfahrenen, bekanntgemacht, daß unter Helmchen in der psychiatrischen Klinik der Freien Universität Berlin Drogenversuche an Patienten gegen deren Willen und Widerstand unternommen worden sind. Die Alternative Liste fragte damals nach: Wie viele Todesfälle im Zuständigkeitsbereich des Psychiaters Helmchen ereigneten sich in den sogenannten klinischen Versuchsreihen? Die Antwort des Senators für Wissenschaft und Kultur, Wilhelm Kewenig, hinterließ Zweifel: Nie sei ein Zusammenhang eines Todesfalls mit der Behandlung festgestellt worden – soweit der Obduktionsbefund von Kranken bekannt geworden sei.

Udo Sierck hat gerade das Buch »Normalisierung von rechts – Biopolitik und ›Neue Rechte‹« veröffentlicht (Verlag Libertäre Assoziation)

Konkret 11/95, S. 30

John Goetz

Wiedergänger in Transsilvanien

In Rumänien werden faschistische Traditionen wiederbelebt – mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU)

Was man hierzulande »Entwicklungshilfe« nennt, wird in Osteuropa, wo westliche Währungen eine große Rolle spielen, manchmal zu mehr als zu bloßer »Hilfe«. Mitunter finden beispielsweise westliche Stiftungen von Rang und Namen, die in Osteuropa aktiv sind, um die Entwicklung der »Demokratie« zu fördern, seltsame Partner. Zwar lehnen sie immer wieder wortreich alle Formen des »Totalitarimus« ab, aber manchmal ist ihnen doch eine seiner Formen verhaßter als andere. So sieht man selbst über die Rehabilitierung faschistischer Führer großzügig hinweg, wenn der auserkorene Partner nur über genügend Antikommunismus verfügt.

Die Information, daß die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU plane, eine Konferenz in Rumänien zur Feier des dortigen Widerstandes gegen den Kommunismus während der fünfziger Jahre zu unterstützen, machte mich neugierig. Bevor ich mich nach Bukarest aufmachte, rief ich die Seidel-Stiftung an, um etwas mehr über die Veranstaltung zu erfahren. Man gab mir die Auskunft, nichts von einer solchen Konferenz zu wissen, außer, daß etwas in dieser Art wohl anläßlich der Einweihung eines Denkmals stattfinden würde, das die Stiftung finanziert habe und das in Sighet, einer Stadt in Nordrumänien, stehe. Bereits aus der Einladung der Veranstalter, der rumänischen »Stiftung der Bürgerallianz« (Fundatia Academia Civica), ging jedoch klar und deutlich hervor, daß sowohl die Seidel-Stiftung als auch der Europäische Rat die Konferenz finanzieren würden.

Kurz nach meiner Ankunft in Bukarest am 7. Juni besuchte ich die Zentrale der »Bürgerallianz«. Das Gebäude beherbergt Zeitungen, Parteizentralen und zwei vor dem Eingang liegende, schlafende Hunde. Die »Bürgerallianz« macht das, was die »Free Speech«-Bewegung in Berkeley in den sechziger Jahren gemacht hat. Ihre Mitarbeiter sind damit beschäftigt, Transparente für eine Demonstration zu malen, und ein freundlicher alter Mann bereitet Unterlagen für die Konferenz vor.

Offiziell wurde das Symposium vom akademischen Arm der »Bürgerallianz«, der »Bürgerakademie« (Academica Civica), in Zusammenarbeit mit der »Vereinigung der ehemaligen politischen Häftlinge Rumäniens« organisiert. Leiter der »Bürgerakademie« sind Anna Blandiana und ihr Ehemann Romulus Rolan. Blandiana, Schriftstellerin und Verfolgte des Ceaucescu-Regimes, ist Präsidentin des rumänischen PEN und war bereits mehrmals auch Präsidentin der »Bürgerallianz«, die 1990 in Reaktion auf die Attacken der rumänischen Bergarbeiter gegen die protestierenden Studenten gegründet worden ist. Der »Vereinigung der ehemaligen politischen Häftlinge« sitzt Constantin Ticu-Dimitrescu vor, der außerdem noch für die Bauernpartei im rumänischen Senat sitzt.

Von Bukarest nach Sighet

Da das Symposium im fernen Nordrumänien stattfindet, treffe ich am nächsten Tag viele Teilnehmer in den beiden für diesen Zweck reservierten Wagen des Nachtzugs nach Sighet. Ich teile mir die Schlafkabine mit einem alten Rumänen namens Aurelian Gulan.Gulan stellt sich als einer der Mitgründer der »Bürgerallianz« vor; außerdem ist er Mitglied in der Gefangenenvereinigung. Vor kurzem hat er seine Memoiren veröffentlicht und soll auf der Konferenz eine Rede halten.

Während der Fahrt erzählt Gulan, daß der Höhepunkt seines Lebens der Augenblick gewesen sei, als er 1942 vor König Michael und Ion Antonescu (dem faschistischen Führer Rumäniens während des 2. Weltkrieges) reden durfte und den »Ehrensäbel« erhielt. Danach wurde er in Antonescus Leibgarde aufgenommen, kämpfte im Kaukasus und auf der Krim für den Nazi-Sieg gegen die Sowjetunion und geriet 1944 in Gefangenschaft. Gulan bemerkt, daß ich mitschreibe. Wir haben immer noch vierzehn Stunden Zugfahrt vor uns, Zeit, die Gulan nutzt, um seine politische Botschaft loszuwerden. Sein wichtigstes Anliegen ist, daß Rumänien »im Spiel bleiben müsse«, weshalb man sich um das Freimaurertum, die Rockefellers, Kissingers und Rothschilds kümmern müsse. Diese würden das »Spiel« kontrollieren. Es seien die Juden und Freimaurer, die sich in Brüsseler Hotels träfen und verabredeten, die Rumänen aus dem »Spiel« zu halten. Später, im Verlauf der Konferenz, habe ich mit Gulan ein formelles Interview gemacht.

Gulan verteidigt darin die faschistische »Eiserne Garde«: »Die ›Eiserne Garde‹ ist eine nationale Bewegung gewesen ... Sie hat für rumänische Rechte gekämpft. Das war keine rassistische Organisation, sondern einfach eine rumänische Nationalbewegung.« Ganz besonders schwärmt Gulan von Antonescu: »Marschall Antonescu war und ist ein Held. Einer der größten rumänischen Helden. ... Er hat gegen die Sowjetunion gekämpft ..., und man hat ihm vorgeworfen, daß er gemeinsam mit den Deutschen bis jenseits des Dnjestr weitermarschiert sei. Seine Antwort war klar: Ich bin den Deutschen ein ehrlicher Verbündeter, und wenn ich eine Sache begonnen habe, dann gehe ich bis zum Ende.«

Gulan hat gute Manieren und weiß, wem er für die Erstattung der Fahrtkosten von Bukarest nach Sighet und zurück zu danken hat: »Was die Hanns-Seidel-Stiftungfür unseren Verband tut, ist für uns einesehr große Hilfe.« Er weiß auch, was er

Deutschland schuldig ist: »Ich bin kein reicher Mann. Die einzige Erbschaft, die ich weiterzugeben habe, ist der Wille, daß mein Sohn meine Weltanschauungen und meine große Liebe zum deutschen Volk weitertragen möge.«

Im weiteren Verlauf der Zugfahrt spricht mich ein rumänischer Architekt names Dan C. an, der in München lebt und politisch in rumänischen Exilgruppen aktiv ist. Wir reden über Deutschland, über einen rassistischen Absatz in einem Berkeley-Reiseführer, über Bukarest und Politik. Später am Abend erzählt mir Dan C., daß er die Wiedereinführung der Monarchie in Rumänien befürworte.

Erster Tag des Symposiums

Die Konferenz beginnt nach Zeitplan: Nach der obligatorischen Predigt eröffnet Anna Blandiana das Symposium und begrüßt die Teilnehmer im Namen der »Bürgerallianz«; anschließend spricht Constantin Ticu-Dimitrescu für die Gefangenenvereinigung. Dan C. ist mir als Übersetzer behilflich, und ich erfahre von Ticu-Dimitrescu, daß die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens unrechtmäßig seien und ein zukünftiges Großrumänien sich die Region Bessarabien und den Staat Moldawien einverleiben müsse – ein Ansinnen, das vom Auditorium herzhaft begrüßt und im weiteren Verlauf der Tagung ständig wiederholt wird. Nach Informationen des »Radio Freies Europa«-Mitarbeiters William Totok ist Ticu-Dimitrescus Organisation für die Verbreitung der *Protokolle der Weisen von Zion* und anderer rechtsextremer Pamphlete verantwortlich. Jeder der ihm lauschenden Teilnehmer hat eine Konferenzmappe erhalten, die das Tagungsprogramm enthält, auf dessen Cover das Logo der Hanns-Seidel-Stiftung prangt.

Auf Einladung Anna Blandianas besuchen die Teilnehmer des Symposiums die Gedenkstätte Sighet, ein ehemaliges Gefängnis aus der Zeit des Stalinismus, in dem während der 50er Jahre oppositionelle Politiker inhaftiert waren und zu Tode kamen. Aber nicht nur Liberale saßen hier ein. Vor der Befreiung Rumäniens durch die Sowjetarmee hatte im Land die faschistische Diktatur des Ion Antonescu geherrscht. Viele Vertreter dieses Regimes wurden in diesem Gefängnis eingesperrt, das im Volksmund deshalb auch »Minister-Knast« genannt wurde. In der Gedenkstätte stößt man zunächst auf eine von der »Bürgerallianz« zusammengestellte Ausstellung. Sie wird mit einer Sektion eröffnet, die Antonescu ehrt und Zitate aus seiner Kriegserklärung an die Sowjetunion präsentiert, als handele es sich dabei um einen heiligen Text.

Antonescu war durch einen Putsch mit der fanatisch antisemitischen Faschistentruppe »Eiserne Garde«, deren Mitglieder auch als »Legionäre« (»Legion des Erzengels Michael«) bekannt waren, an die Macht gekommen. Ein Überlebender dieser Zeit erinnert sich: »Die ›Eiserne Garde‹ plünderte jüdische Wohnungen, brandschatzte jüdische Geschäfte und zündete Synagogen an oder schändete sie. Juden wurden zusammengetrieben und in die Wälder bei Bukarest gebracht, wo sie erschossen wurden ... Andere Juden brachte man zu städtischen Schlachthäusern. Man schnitt ihnen die Kehlen durch und hängte sie auf Haken, um ihren Hals ein Schild mit der Aufschrift ›Koscheres Fleisch‹. Als die ›Eiserne Garde‹ die Große Synagoge schändete, nahm sie die Schriftrolle mit den Gesetzen der Arche (Noah, J.G.) und schossen auf sie« (Moses Rosen: *Dangers, Tests and Miracles*). War es da nicht durchaus passend, daß während des mit Geldern deutscher Steuerzahler finanzierten Symposiums in Sighet Gedichte des Gardisten Radu Gyr verlesen wurden?

Aber die Gedenkstätten-Ausstellung ehrt nicht nur hochrangige und für die »Rassengesetze« verantwortliche Vertreter des Vorkriegsregimes, sondern namentlich auch neun Regierungsmitglieder der faschistischen Antonescu-Diktatur: Michael Manoilescu (Außenminister), Radu Portcala (Unterstaatssekretär im Innenministerium), Nikolei Paisi (Staatssekretär für Luftwaffe und Marine), Nikolei Marseh (Kulturminister), Ion Fintescu (Wirtschaftsminister), Ion Constantin Petrescu (Unterstaatssekretär für nationale Kultur), Nikolei Toinescu (Staatssekretär im Finanzministerium). Zwei weiteren hochrangigen Nazis bewahrt die Gedenkstätte ein ehrendes Angedenken: dem Staatssekretär für »Kolonisierung und Evakuierung«, Eugen Swiedeneck, der verantwortlich war für die Beschlagnahmung jüdischen Eigentums, und dem Chef der NSDAP-Parteiorganisation der deutsch-rumänischen »Volksgruppe«, Waldemar Gust.

Zweiter Tag

Bevor das Programm beginnt, mache ich einen Rundgang durch das schöne, unter der k.u.k. Monarchie erbaute Städtchen Sighet. Nicht weit von der Bukowina und der ungarischen Grenze entfernt, hatte Sighet einst einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 37 Prozent und galt als Zentrum des Hassidismus. Nachdem im Jahre 1940 das nördliche Transsilvanien annektiert worden war, stand Sighet bis 1944 unter ungarischer Kontrolle. Während dieser Zeit überlebten von den 10.000 Juden Sighets nur 2.000 den Terror der nazistischen Verfolgung. Einer von ihnen ist Elie Wiesel, der berühmteste Sohn der Stadt. Eine Tafel an seinem Geburtshaus weist auf ihn hin, und ein 1946 errichtetes Mahnmal soll an die Deportation der Juden erinnern. In der Gedenkstätte allerdings findet sich kein Hinweis darauf, ob dort Juden interniert waren, bevor sie in die Todeslager transportiert wurden.

Auf der Konferenz wird’s laut: Nachdem ein rumänischer Historiker Aussagen des ostdeutschen Schriftstellers Stefan Heym über die Schwierigkeiten der Geschichtsschreibung in repressiven Gesellschaften zitiert hat, beendet Dr. Florin Matrescu, der Präsident des »Rumänischen Weltkongresses« (eine Organisation von Exilrumänen, die sich auch an der

Durchführung der Konferenz beteiligte) seine nachfolgende Rede mit einer heftigen Attacke auf Heym, den er als üblen Kriminellen beschimpft. Weil Matrescu bereits für seine Beiträge während der Eröffnungsveranstaltung viel Applaus bekommen hat – auch er rief in der Grußbotschaft seiner Organisation dazu auf, Rumänien seine »natürlichen« Grenzen zurückzugewinnen – , bitte ich ihn um ein Interview. Matrescu, ein in Essen wohnender Emigrant, der die Konferenz auch als Beobachter im Auftrag der rechtsextremen Organisation »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte« besucht, erzählt bereitwillig: »Antonescu war ein Patriot, ein besonderer Mensch, der bei Hitler nicht aus ideologischen Gründen mitgemacht hat.« Matrescu behauptet, die Zahl der in Rumänien ermordeten Juden werde überschätzt. Obwohl historische Quellen darin übereinstimmen, daß mindestens zwei- bis dreihunderttausend Juden unter Antonescu umgebracht worden sind, meint Matrescu: »Es gibt Schätzungen, die von bestimmten jüdischen Kreisen formuliert werden, aber das ist eine Übertreibung. Sicher sind in Rumänien von bestimmten extremistischen Gruppierungen Verschleppungen und so weiter durchgeführt worden, bei denen mehr als zehn-, zwölf-, vielleicht bis fünfzehntausend Menschen das Leben verloren haben. Die sind nicht unbedingt erschossen worden, sondern vielleicht sonstwie gestorben usw. Gegen Antonescus Willen, das hatte nichts mit Antonescu zu tun.« »Warum reden alle vom ›Schwarzen Holocaust‹«, fragt Matrescu, »und nicht vom ›roten Holocaust‹, in dem zweihundert Millionen umkamen? Warum wissen wir nichts darüber? Wegen bestimmter Lügen der Freimaurer ... Es gibt überhaupt keinen Unterschied zwischen den politischen Kreisen und den freimaurerischen Kreisen ... Theo Waigel oder Helmut Kohl gehören auch zu diesen Organisationen ... Bestimmte Logen, bestimmte Fraktionen der Freimaurerei haben mit dem Kommunismus experimentiert und sich nicht zufällig die Sowjetunion und andere Länder als Experimentlabor ausgesucht ...«

Ein Großteil des Wochenendes war Berichten über den Partisanenkampf der Rumänen gegen das kommunistische Regime in den fünfziger Jahren gewidmet. In Christopher Simpsons Buch *Blowback* ist nachzulesen, daß einer der führenden Verantwortlichen für die Pogrome der »Eisernen Garde« im Jahre 1941 der deutsche Offizier Otto von Bolschwing war. Bolschwing arbeitete nach der Zerschlagung des Nazismus mit alten Garde-Kameraden zusammen, die den bewaffneten Widerstand gegen die kommunistische rumänische Regierung organisierten, der im übrigen von der CIA geleitet wurde. Von einem Journalisten und Historiker dieser Zeitperiode, der ebenfalls das Sigheter Symposium besuchte, erfuhr ich, daß viele der Teilnehmer früher unter dem Kommando der CIA gegen die Kommunisten gekämpft haben.

Dritter Tag

Teil des Sonntagsprogramms ist ein Besuch des lokalen Friedhofs, wo Geistliche der Toten gedenken sollen. Dabei gibt's ein Problem: Weil die griechisch-katholische und die orthodoxe Kirche sich aufs heftigste befehden, weigern sich ihre Vertreter, gemeinsam zu beten. Der Grund des Streits? Die griechisch-katholische Kirche behauptet, die Orthodoxen hätten offen mit den Kommunisten kollaboriert und diese Gelegenheit genutzt, griechisch-katholisches Eigentum zu stehlen; sie weigerten sich zudem, dieses zurückzugeben. Was als gemeinsame Feier geplant war, spaltet sich so in zwei Konkurrenzveranstaltungen.

Die unbestrittene Chefin der gesamten Tagung ist Anna Blandiana; sie eröffnet und beendet sie, ein Vorrecht, das sie sich durch die Einrichtung der Gedenkstätte Sighet wohl verdient hat. An diesem Tag habe ich Gelegenheit, mit ihr zu reden und sie auf die Hanns-Seidel-Stiftung anzusprechen. Sie antwortet: »Die Hanns-Seidel-Stiftung z.B. hat uns unterstützt; ohne die Hanns-Seidel-Stiftung könnte ich mir unsere Tätigkeit der letzten Jahre gar nicht vorstellen.« Auch über Antonescu und die Repräsentanten seines Regimes, die in der Gedenkstätte geehrt werden, hat sich Frau Blandiana Gedanken gemacht: »Meiner Meinung nach ist die vergangene Zeit zu kurz, um Antonescu wirklich beurteilen zu können. Er war eine sehr starke Persönlichkeit und hatte viele Widersprüche ... Manche seiner Taten müssen als nicht positiv eingeschätzt werden, andererseits hat er das Land in einer sehr schwierigen Zeit geführt.«

Es ist eben dieser »widersprüchliche« Antonescu gewesen, dessen Militär in der rumänischen Stadt Iasi ein Ereignis zu verantworten hatte, das der oberste Rabbiner von Rumänien so beschrieb: »Das Morden wurde von rumänischen Soldaten und Polizisten zusammen mit einigen deutschen Offizieren veranstaltet, angeführt durch Antonescu, der damit Hitler eine Freude machen wollte. Als russische Flugzeuge Iasi bombardierten, das nah der russischen Grenze liegt, beschuldigten rumänische Soldaten die örtlichen Juden, den sowjetischen Piloten Signale gegeben zu haben ... Am Sonntag, den 29. Juni 1944, wurden dann die nichtsahnenden Juden Iasis aufgefordert, zur Polizeistation zu kommen ... Als sich über 6.000 Juden, darunter Mütter mit Babys im Arm, dort versammelt hatten, wurden sie plötzlich von Soldaten und Polizisten überfallen und auf die schrecklichste Art zu Tode geprügelt; Soldaten schlugen mit Gewehrkolben auf die Köpfe von Männern, Frauen und Kindern ein, bis diese platzten. Nachdem alle Juden abgeschlachtet waren, füllten Berge von Leichen die Straßen. Dies alles ereignete sich an einem Morgen im Zentrum einer europäischen Stadt, und die christliche Bevölkerung schaute zu. Rumänische Armeegeneräle, die dem Massaker mit einem einzigen Wort ein Ende hätten bereiten können, wurden dabei gehört, wie sie Ratschläge zur besseren Durchführung dieses Massenmordens erteilten. Ein städtischer Angestellter, der drei Tage später kam, um den Hof und die davorliegende Straße zu säubern, mußte durch Lachen von Blut gehen, die mehrere Zentimeter tief waren« (Moses Rosen, *Dangers, Tests and Miracles*).

Zurück in Bukarest

Es ist Juni, die Menschen sitzen draußen und genießen das warme Wetter. Dank der »Bürgerallianz« wohne ich im früheren Haus des Sohnes von Ceaucescu, das heute dem Theaterverband gehört. Im Büro der »Allianz« ziehe ich Kopien des Materials aus der Gedenkstätten-Ausstellung, das die Organisatoren mitgenommen hatten, als wir nach Bukarest abreisten. Später treffe ich einen deutschen Journalisten, der mir erzählt, daß kurz vor meiner Ankunft Nationalisten ein von Roma und Sinti bewohntes Dorf niedergebrannt hätten, daß es eine antisemitische Kampagne gegen den US-Botschafter Alfred H. Moses gegeben habe und daß Anna Blandiana, die zur »demokratischen Opposition« gerechnet wird, den Diktator Antonescu im rumänischen Fernsehen verteidigt habe.

Nach all dem bleiben ein paar Fragen: Was hat es zu bedeuten, wenn eine anerkannte Führerin der »demokratischen« Opposition Rumäniens der Meinung ist, ein Gericht sei außerstande, über einen Faschisten zu urteilen? Warum werden aus Mitgliedern einer faschistischen Mörderbande erst CIA-bezahlte Partisanen, die unter dem Kommando eines SS-Henkers arbeiten, und anschließend geschätzte »Überlebende«? Was bedeutet die Idealisierung Antonescus? Wird sie die Zukunft der Rumänen prägen, oder handelt es sich bloß um eine vorübergehende Verirrung? Und warum fließen deutsche Steuergelder ausgerechnet in die Kassen derjenigen, die sich positiv auf diese Tradition beziehen?

Aus dem Englischen von Eckhard Voß

John Goetz schrieb in KONKRET 6/95 über die Milizbewegung in den USA

Konkret 11/95, S. 34

Werner Pirker

Das Ende einer Fiktion

Warum der bosnische Staat auch den Frieden nicht überleben würde

Aus dem Klagelied der Muezzine von Sarajevo ist ein Schlachtgesang geworden, und Deutschlands spätberufene Prediger summen mit: »Osman Aga, schenk mir deine Tochter für eine Flasche Raki.« Raki ist Schnaps, und deshalb vergaß der »Taz«-Korrespondent Rathfelder, von den Siegen seiner Bürgerkriegspartei zusätzlich benebelt, das Klagelied anzustimmen vom Genozid an den Balkan-Muslimen. Statt dessen triumphierte er, daß nicht die Nato-Bombardements entscheidend für die Kriegswende gewesen seien, sondern »die militärische und moralische Überlegenheit der bosnisch-kroatischen Truppen«.

Um zum wiederholten Male einen »neuen serbischen Opfermythos« bloßzustellen, demzufolge die Nato die Serben sturmreif gebombt habe, demontierte der deutsch-alternative Balkankriegsberichterstatter kurzerhand den vom ihm selbst über Jahre propagierten Mythos vom bedrohten Volk der bosnischen Moslems. Allein die Herkunft des Geräts, mit dem die bosnischen Regierungstruppen seit einigen Wochen auf dem Vormarsch sind, beläßt der »Taz«-Schreiber im Dunkeln. Eben daher kommt es: aus der kriminellen Halbwelt, die sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ungeniert als stiller Teilhaber am westlichen Machtkartell zu etablieren begann.

Als vor zwei Jahren auf dem Flughafen im slowenischen Maribor ein riesiges, für den Weitertransport nach Sarajevo eingerichtetes Waffenlager entdeckt wurde, mußte Sloweniens Verteidigungsminister Janez Jansa seinen Hut nehmen. Dieser Unabhängigkeitsheld, der mit seinem Geheimnisverrat gegenüber der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) maßgeblich an der Destabilisierung des Vielvölkerstaates beteiligt war und 1991 die Sezession Sloweniens militärisch leitete, hatte offenbar die bosnische Unabhängigkeit zur Sache seines Bankkontos gemacht. Und wo Ljubljana im Spiel ist, findet sich beinahe selbstverständlich auch eine Wiener Adresse: Prinz Eugen Straße Nr. 36 im Wiener Diplomatenviertel, in der eine »Third World Association«, repräsentiert vom sudanesischen Diplomaten Dr. El Fathi El Hassanein, die islamische Waffenbrüderschaft mit den Balkan-Islamisten koordinierte.

Dieter Hofmann, eine jener schillernden Wiener-Szene-Figuren, die ewig hinter *dem* geschichtsträchtigen Großen Deal her sind, nannte seine Gesellschaft für bedrohte Völker »Flying Tiger«. Der Tiger flog nach China, wo er für die Third World Kriegsgerät, das dem Bewaffnungstyp der Jugoslawischen Volksarmee entsprach, besorgte und via Karthum nach Maribor transportierte. Dort wurde so die Spitze eines Waffenberges sichtbar, aus dem die bosnischen Regierungstruppen ihre »moralische und militärische Überlegenheit« schöpften.

Nüchtern betrachtet waren die muslimischen Truppen allerdings nur dort überlegen, wo die kroatische Infanterie bereits vorstellig geworden war und Sarajevos Verbände aufs freigeschossene Terrain bloß nachzurücken brauchten. Schweigen Zagrebs Waffen, ist es mit der muslimischen Feuerkraft und Moral vorbei – dann treten die Serben zur Gegenoffensive an. Zeit für den »Taz«-Korrespondenten, den muslimischen Opfermythos zu strapazieren? Doch Zynismus à la Rathfelder ist nicht angebracht. Denn daß die Völker des ehemaligen Jugoslawiens allesamt Opfer dieses Krieges sind, ist alles andere als ein Mythos. Und es scheint, daß unter allen ex-jugoslawischen Volksgruppen dem Opfergang der muslimischen Massen der geringste Erfolg beschieden sein wird. Sie waren von Anfang an die Hauptopfer der sezessionistischen Aggression gegen Jugoslawien, denn ihre Existenz als »moslemische Nation« ergab, wenn überhaupt, nur im gesamtjugoslawischen Zusammenhang einen Sinn.

Nachdem dieser Kontext zerstört war, waren die jugoslawischen Muslime, von Tito unter anderem auch deshalb zur »Nation« erhoben, um die serbisch-kroatischen Animositäten in Bosnien zu neutralisieren, zu Jugoslawen ohne Jugoslawien geworden. Das ließ ihnen nur die Wahl, entweder in einem nach dem Austritt Sloweniens und Kroatiens zwangsläufig »serbischer« gewordenen Jugoslawien zu verbleiben oder die separate Staatlichkeit anzustreben. Nach dem Zerfall Jugoslawiens in seine ethnischen Bestandteile mußte sich jedoch jeder Versuch, ein multinationales Bosnien zu erhalten, als Quadratur des Kreises erweisen. Die Serben wollten nicht aus Jugoslawien austreten, und die Kroaten sahen in Bosnien nur einen Selbstbedienungsladen für Großkroatien. Für Zagreb war die bosnische Eigenständigkeit vor allem deshalb zur bevorzugten Option geworden, weil nur so die Zerstörung Jugoslawiens als Vielvölkerstaat vollendet werden konnte. Als Träger der bosnischen Staatsidee kamen somit von Anfang an nur die Muslime in Frage.

Es waren die vielgeschmähten Serben, die – obwohl sie doch angeblich immer nur das eine, nämlich Großserbien im Sinn hatten – 1991 für das Überleben Bosniens durchaus realistische, der komplizierten Bevölkerungsstruktur angemessene Vorstellungen entwickelten. Karadzic' Serbische Partei drängte auf eine Regionalisierung der Republik nach »nationalen« Kriterien. Da in den einzelnen Regionen aber wiederum Minderheiten entstanden wären, sollten die Verwaltungsbefugnisse weiter an die Gemeinden oder Bezirke abgegeben werden, wo dann der »nationale« Proporz zum Zuge gekommen wäre. Im Ergebnis, so die serbische Vorstellung, wäre ein dreistufiges Bosnien – Republik, Region, Gemeinde – entstanden.

Das aber widersprach den Ambitionen der muslimischen Nomenklatura, die bis heute an ihrem Dogma vom einheitlichen Bosnien, in dem alle Staatsmacht von Sarajevo auszugehen habe, festhält. Davon wiederum halten die Kroaten gar nichts. Ausgerechnet in Mostar und der westlichen Herzegowina, von der es einst hieß, daß es dort nur Steine, Schlangen und Ustaschen gebe, ist laut Tudjman das »authentischste Kroatentum« beheimatet. Dieses aber hat die Einheit Bosnien-Herzegowinas durch die Gründung Herceg-Bosnas, in dem allein kroatische Währung und kroatische Hoheitszeichen gelten, längst einseitig aufgelöst.

Die doppelläufige Politik, unter der bosnischen Fahne eine antiserbische Front aufzubauen und gleichzeitig eine großkroatische Lösung vozubereiten, führte zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Muslimen, die in ihrer Intensität und Grausamkeit die serbisch-muslimischen Kämpfe bei weitem übertrafen, von der Weltöffentlichkeit aber gerade deshalb weitgehend ignoriert wurden. Statt dessen ließen die friedenstiftenden Mächte keinen Zweifel daran, daß sie an einer Bündelung des kroatisch-muslimischen Aggressionspotentials gegen den »gemeinsamen serbischen Feind« interessiert seien. Unter dem Patronat der USA entstand im Oktober 1994 die Muslimisch-Kroatische Föderation, welche die Vorstellung eines Bosnien der drei Volksgruppen endgültig obsolet machte.

Die Formel »Zwei gegen einen« konstituierte das bosnische Staatsgebilde. Gegen den Willen der serbischen Bevölkerungsgruppe, die das Referendum vom 1. März 1992, in dem sich 62 Prozent der Bosnier für die Unabhängigkeit aussprachen, boykottiert hatte, wurde die bosnische Separatstaatlichkeit durchgesetzt. Die Entscheidung zur Volksabstimmung war vom Parlament in Sarajevo gefällt worden, wo freilich keine Parteien im bürgerlichen Sinn, sondern ausschließlich Volksgruppenvertretungen versammelt waren, wobei zwei Ethnien die dritte schlicht überstimmt hatten. Der bosnische Einheitsstaat war somit von Beginn an eine Fiktion, da er sich nicht auf alle drei Volksgruppen als Staatsvölker stützte.

Da die internationale Wertegemeinschaft aber nun einmal auf einen Kampf zwischen Gut und Böse programmiert war, wobei die Sezessionisten die Guten und die Serben die Bösen zu sein hatten, konnte die ausländische Intervention nur das vom deutschen Außenminister formulierte Ziel verfolgen: die Serben in die Knie zu zwingen. Ihre formale Begründung fand diese Politik in der serbischen Nichtanerkennung des Bosnien-Kontaktgruppenplanes von 1993, der eine Kantonisierung Bosniens nach dem Schlüssel von 49:51 zuungunsten der Serben, zugleich aber auch die Herstellung einer – zumindest auf dem Papier – starken Zentralmacht vorsah. Heute fragt sich, ob das Parlament von Pale gut beraten war, einen Friedensplan abzulehnen, der den ursprünglichen serbischen Vorstellungen einer Regionalisierung des Landes eher entgegenkam als dem Alleinvertretungsanspruch der Sarajevo-Nomenklatura. Izetbegovic hatte zwar unterschrieben, zugleich aber aus seinem inneren Widerwillen gegen die geplante Kantonisierung nie ein Geheimnis gemacht.

Zu diesem Zeitpunkt orientierte die Pale-Führung ganz eindeutig auf die Vereinigung der serbischen Länder: der serbischen Krajina, Serbo-Bosniens und Rest-Jugoslawiens (Serbien und Montenegro). Mit der militärischen Okkupation der Krajina durch Zagreb ist diesem Konzept aber die Grundlage entzogen worden. Im Grunde offenbarte sich hier eine fatale Schwäche der serbischen Gesamtstrategie. So wie Belgrad im Krieg um Titos staatliches Erbe lange zwischen der Verteidigung Jugoslawiens und der Stärkung des serbischen Faktors hin und her schwankte und schließlich die strategische Initiative an Zagreb abgeben mußte, lavierten auch die bosnischen Serben zwischen der bosnischen und der großserbischen Option.

Die Muslime aber befinden sich in einem noch größeren strategischen Dilemma. Ihr bosnischer Gesamtstaat erwies sich als Chimäre, weil er gegen die zweitgrößte Ethnie, die Serben, definiert war, was seinen Ausdruck schließlich in der muslimisch-kroatischen Föderation fand. Die Pläne, die Zagreb, das auf eine Vereinigung der Föderation mit Kroatien drängt, mit Bosnien hat, sind mit den in Sarajevo gehegten Wunschvorstellungen ebenfalls nicht zu vereinbaren. Zudem findet die bosnische Frage auch auf moslemischer Seite unterschiedliche Interpreten. Während Ministerpräsident Silajdzic immer noch an einem multinationalen Staat nach quasi-jugoslawischem Vorbild festhält, hat Izetbegovic als Verkünder der Islamischen Deklaration stets ein Bosnien muslimischer Identität im Sinn gehabt.

Um diesen Widerspruch aufzuheben, wurde die nationale Kategorie des »Bosnjakentums« neu belebt. In der Tito-Ära bot dieser Begriff nicht religiös gebundenen Muslimen die Möglichkeit, sich über den Republiknamen national zu definieren und damit auch ein Bekenntnis zur »Einheit und Brüderlichkeit der jugoslawischen Völker« abzulegen. Erfinder dieser Kategorie waren die Habsburger, die damit natürlich einen anderen Zweck verfolgten: die Spaltung der bosnischen Bevölkerung in Serben und der Krone treu ergebene Muslime – in der Wiener Diktion: Bosnjaken.

Auf der Allbosnjakischen Versammlung im September 1993 unternahm die bosnische Nomenklatura den Versuch, dem bosnischen Staat ein überkonfessionelles Staatsvolk – auch Orthodoxe und Katholiken waren herzlich eingeladen – nachzuliefern. Allein die Serben und Kroaten konnten diesem Manöver der Muslime, ihre eigene Identität zu nationalisieren und sich auf diese Weise als einziges bosnisches Staatsvolk zu konstituieren, nichts abgewinnen.

Wie auch immer die Endfassung eines Friedensplans für Bosnien aussehen wird – der am 6. April von der westlichen Gemeinschaft anerkannte Staat wird diesen nicht überleben. Die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

folgt ihrer eigenen zynischen Logik. Selbst wenn die bosnischen Muslime den Krieg gewinnen sollten, den Frieden haben sie bereits verloren. Die New Yorker Vereinbarung zwischen den bosnischen Bürgerkriegsparteien, die von Sarajevo nur widerwillig akzeptiert wurde, hat von der Illusion eines existenzfähigen bosnischen Staatswesens bereits Abschied genommen. Zwar behielte die »Republik Bosnien« laut Plan die formalen Attribute ihrer Staatlichkeit – einen Präsidentschaftsrat, ein Parlament und ein einheitliches Rechtssystem – , de facto aber würde sie nur mehr die Klammer zwischen zwei Staatsgebilden auf ihrem Territorium bilden: der Moslemisch-Kroatischen Föderation und der Serbischen Republik (Republika Srpska). Da das Parlament in Sarajevo nun zu zwei Dritteln in der Föderation und zu einem Drittel von den Serben gewählt werden soll, allerdings nur dann mehrheitsfähig wäre, wenn mindestens ein Drittel der Abgeordneten auf jeder Seite für den Beschluß stimmt, wäre auch die Majorisierung der Serben durch den kroatisch-muslimischen Block nicht mehr möglich. Damit würde über kurz oder lang dann aber auch die durch die Überstimmung der serbischen Bevölkerung zustande gekommene bosnische Unabhängigkeitserklärung als das bloßgestellt werden, was sie immer war: als illegal.

Um zu dieser Einsicht zu kommen, hätte die westliche Allianz die Serben nicht in die Knie zu zwingen brauchen. Nichts zeigt deutlicher die Sinnwidrigkeit des Balkan-Krieges und die fatalen Folgen seiner Aufmischung durch die westlichen Interventen als die nun auf den Tisch gezauberten Pläne, die deren Kriegsabsichten eigentlich widersprechen. Einen Sinn erhält das Ganze erst, wenn man sich das wichtigste Ergebnis des jugoslawischen Bürgerkrieges, der seinen Ursprung ja im serbisch-kroatischen Antagonismus hat, vergegenwärtigt: die Entstehung Großkroatiens. Es waren sicher nicht die Visionen Izetbegovic', auf dem Balkan einen islamisch-fundamentalistischen Staat zu gründen, welche die westliche Intervention gegen die Serben auslöste. Umgekehrt wird eher ein Schuh draus: Das christliche Abendland und sein kroatischer Vorposten bedienten sich muslimischer Hilfstruppen. Ist der katholische Großstaat auf dem Balkan unter Einbeziehung der bosnischen Föderation aber erst Realität geworden,werden die Muslime sogar um ihre Anerkennung als Religionsgemeinschaft zittern müssen.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 9/95 über Stalins sozialdemokratische Nachfolger

Konkret 11/95, S. 35

Andreas Spannbauer

»Voller Erfolg«

Unvollständige Chronologie der Nato-Intervention in Bosnien

28.8.1995: Bei einem Granatenangriff auf den Marktplatz von Sarajevo werden mindestens 33 Menschen getötet und 84 verletzt. Die bosnische Armeeführung macht die bosnischen Serben verantwortlich. Die bosnisch-serbische Informationsminister Toholj nennt das Bombardement einen »erneuten Versuch der Moslems, eine politische Beilegung des Konflikts zu verhindern«. Die bosnische Regierung fordert Luftschläge der Nato gegen die Serben.

29.8.1995: Vertreter von Uno und Nato beraten in Neapel über Militärschläge gegen die Serben, denen der Anschlag zur Last gelegt wird. Auch Bundeskriegsminister Rühe fordert eine Reaktion »mit militärischen Mitteln«. Die bosnischen Serben weisen die Vorwürfe zurück. Außerdem erklären sie ihr Einverständnis mit dem kurz vor dem Anschlag veröffentlichten US-amerikanischen Friedensplan. Der bosnische Präsident Izetbegovic droht hingegen mit einem Abbruch der Friedensgespräche.

30.8.1995: Die Nato beginnt mit massiven Luft- und Granatenangriffen auf die bosnischen Serben. Als Grund wird die »an Sicherheit grenzende Wahrscheinkeit« einer serbischen Urheberschaft des Sarajevo-Attentats genannt.

31.8.1995: Die Nato-Bombenangriffe, nach Ansicht des Nato-Generals Smith ein »voller Erfolg«, werden fortgesetzt. Mit den Operationen soll die Stadt Sarajevo »befreit« (Nato) werden. Rußland zweifelt an der Verantwortung der Serben für den Granatenanschlag auf den Marktplatz.

1.9.1995: Der russische Oberst Andrej Demurenko, Stabschef der Unprofor-Blauhelme in Sarajevo, erklärt die Untersuchungsergebnisse bezüglich des Anschlags für »gefälscht«. Auch US-Abgeordnete der republikanischen Partei zweifeln an der Authentizität der UN-Untersuchungen.

4.9.1995: Die Nato stellt den Serben ein Ultimatum: Alle schweren Waffen sollen aus einer 20km-Zone um Sarajevo abgezogen werden, ansonsten würden die Luftangriffe fortgesetzt.

5.9.1995: Die Angriffe der Nato gehen – unter Beteiligung deutscher Tornados – weiter. Daß die bosnischen Serben nach Informationen des britischen Außenministers Malcom Rifkind schriftlich erklären, die Bedingungen der Nato ohne Gegenforderungen zu akzeptieren, bleibt unbeachtet.

6.9.1995: Die Nato hat 1.500 Einsätze geflogen. Vertreter der Tschechischen Republik erklären unterdessen, es sei »unmöglich«, den Abschußort der tödlichen Geschosse auf Sarajevo exakt zu bestimmen.

8.9.1995: In Genf einigen sich die Außenminister der muslimisch-bosnischen Föderation, Kroatiens und Jugoslawiens unter Vorsitz des US-Sondergesandten Holbrooke auf die Anerkennung der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Serbischen Republik. Die Ländergrenzen werden im Verhältnis 51:49 gezogen. Dennoch kündigt Izetbegovic an, die bosnische Armee werde »nicht einen Schritt von einer Stellung weichen, die sie derzeit hält«. Nato-Flugzeuge setzen ihre Angriffe auf die Serben fort.

11.9.1995: Der kroatische Präsident Tudjman kündigt auf der internationalen Herbstmesse in Zagreb die »baldige Befreiung« des bislang serbisch kontrollierten und mehrheitlich serbisch besiedelten Ostslawoniens an.

12.9.1995: Die Nato bombt trotz des in Gang gekommenen Abzugs der Serben aus der Sperrzone um Sarajevo weiter. Inzwischen werden auch Marschflugkörper eingesetzt.

13.9.1995: Moskau bezeichnet das Vorgehen der Nato als »Völkermord«. Außerdem erklärt die russische Regierung, daß die Angriffe gegen die Serben bereits am 10. August, also 18 Tage vor dem Anschlag von Sarajevo, beschlossen worden seien.

14.9.1995: Die Nato setzt ihre Luft-angriffe aus. Bosnische Regierungstruppen erzielen in einer neuen Offensive große Geländegewinne und vereinigen sich in Westbosnien mit den kroatischen Regierungstruppen.

19.9.1995: Die moslemisch-bosnische Armee kontrolliert mittlerweile 60 Prozent des Gebiets von Bosnien-Herzegowina. Bosniens Premier erklärt, er wolle »100 Prozent Bosniens« erobern.

20.9.1995: Die bosnischen Serben ziehen alle schweren Waffen aus der 20-Kilometer-Zone um Sarajevo ab. Der Weltsicherheitsrat in New York fordert die Einstellung der andauernden moslemischen und kroatischen Offensiven.

22.9.1995: Izetbegovic erklärt das Ende der bosnischen Offensive.

27.9.1995: Treffen der Außenminister von Bosnien und Rest-Jugoslawien in New York. Der bosnische Außenminister Sacirbey stellt den vereinbarten Verfassungsgrundsatz für Bosnien – drei Staatsvölker – in Frage.

29.9.1995: Die Nato beschließt in Brüssel die Zusammenstellung eines neuen Truppenkontingents für Bosnien-Herzegowina.

2.10.1995: Ein EU-Bericht bezeichnet die kroatische Krajina-Politik als »bewußt feindselig«. Amnesty International wirft den Kroaten schwere Menschenrechtsverletzungen vor, der US-Unterstaatssekretär droht mit Einstellung der US-Unterstützung. Britische Experten bezweifeln erneut die serbische Verantwortung für den Granatenangriff auf Sarajevo.

3.10.1995: Die bosnische Armee greift trotz der Bemühungen um Waffenstillstand weiter an.

5.10.1995: US-Vermittler Holbrooke gelingt es in Belgrad und Sarajevo, einen Waffenstillstand für den 10.10. zu vereinbaren. Ab 25.10. sollen in den USA die Friedensverhandlungen beginnen.

7.10.1995: Trotz bevorstehender Waffenruhe: Die Kämpfe gehen weiter. Beide Kriegsparteien versuchen, ihre Positionen auszubauen, um eine möglichst günstige Verhandlungsbasis zu erreichen.

8.10.1995: Bosnische und kroatische Regierungstruppen starten eine Offensive westlich von Banja Luka.

9.10.1995: Nach einem Angriff bosnischer Serben auf ein Flüchtlingslager bei Tuzla kommt es zu erneuten Nato-Bombardements.

10.10.1995: Der vereinbarte Waffenstillstand wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

Andreas Spannbauer schrieb in KONKRET 9/95 eine Chronik der SPD-Kriegspolitik

Konkret 11/95, S. 37

Oliver Tolmein

Rühe gegen Restrußland

Die Nato-Osterweiterung soll die russische Föderation auf den Status einer Regionalmacht zurückstutzen. Treibende Kraft dabei ist der deutsche Außenminister

Die Nato führt in Europa Krieg – und der Fraktionschef der Grünen im Bundestag ist glücklich. Das erste Mal seit dem 2. Weltkrieg beteiligen sich deutsche Truppen an Kampfeinsätzen – und von einer Friedensbewegung ist weit und breit keine Spur. Der russische Präsident erklärt, eine Osterweiterung der Nato werde »die Flamme des Krieges« entfachen – aber niemand stellt die Uhren auf 5 vor 12. Statt dessen bemühen sich auch die Oppositionspolitiker um Übereinstimmung mit der Regierung, räsonieren die Kommentatoren, Boris Jelzin mache »in Wahlkampf«, und die Karikaturisten zeichnen in vielen Variationen Bärenfelle, denen ein verzweifelter Trunkenbold die Sporen gibt. Die »FAZ« ist über die »grotesken Äußerungen« *not amused*, aber auch nicht besorgt: »Man muß sie ernst nehmen, darf sich durch sie aber nicht erschrecken lassen. Denn das Rußland von heute ist nicht die frühere Sowjetunion.«

In der Tat nicht: Schon die Sowjetunion befand sich, wie sich beizeiten analysieren ließ und wie die Geschichte gezeigt hat, strategisch in der Defensive. Immerhin funktionierten Blockbildung und Abschreckung leidlich, so daß die Möglichkeiten, durch militärische Feldzüge politisches Terrain zu gewinnen, begrenzt blieben. Der Kalte Krieg forderte weitaus weniger Opfer als der Heiße Frieden. Die gegenseitige Abschreckung funktioniert nicht mehr, Kriege werden bei wachsender innerimperialistischer Konkurrenz und weltweit aggressiver werdendem Nationalismus wieder zum probaten Mittel, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die Russische Föderation ist auch in den neuen Verhältnissen Akteur und nicht bloß Opfer, wie zuletzt die Offensive gegen Tschetschenien drastisch vor Augen geführt hat. Die Situation für die eurasische Großmacht ist aber prekär geworden. Zwar hat es Rußland nach dem Scheitern der GUS als Militärbündnis geschafft, mit dem Vertrag von Taschkent (15. Mai 1992) ein kollektives Sicherheitssystem zu organisieren, das sofortige militärische Hilfeleistung im Verteidigungsfall vorsieht – mehr als regionale Bedeutung kann dieser zwischen neun Nachfolgestaaten der UdSSR geschlossene Vertrag, dem vor allem die Ukraine nicht beigetreten ist, aber kaum haben. Die wichtigsten Kennzeichen der Lage:

· Die Westgrenzen, an denen Rußland sich zu verteidigen hat, sind durch die Auflösung des Warschauer Vertrages um 600 bis 1.300 Kilometer nach Osten verschoben.

· 25 Millionen Menschen russischer Nationalität, ehemals sowjetische Staatsbürger, leben plötzlich und oft unter sehr diskriminierenden Bedingungen im »nahen Ausland«.

· Die Ostseeflotte hat die meisten ihrer Stützpunkte verloren; um die Aufteilung der Schwarzmeerflotte gibt es heftige Auseinandersetzungen mit der Ukraine.

· Im Süden, in der ökonomisch vernachlässigten Grenzregion Kaukasus, destabilisieren nationalistisch und traditionalistisch-religiös gefärbte Bürgerkriege um die knappen materiellen Ressourcen die Lage.

· In Fernost droht Rußland der Verlust der Kurilen, womit der ungehinderte Zugang der U-Bootflotte zum Pazifik versperrt wäre.

· Gleichzeitig gewinnt die Volksrepublik China, mit der Rußland eine 7.000 Kilometer lange Grenze teilt, politisch und ökonomisch an Gewicht und droht damit zur beherrschenden Macht im asiatisch-pazifischen Raum zu werden.

Die Russische Föderation ist aber nicht nur in Gefahr geraten, ihre Weltgeltung zu verlieren. Die veränderte internationale Konstellation beeinträchtigt ganz erheblich ihre vitalen Sicherheitsinteressen. Die geplante Nato-Osterweiterung würde die Lage der Russischen Föderation zusätzlich destabilisieren und die Gefahr weiterer regionaler bewaffneter Konflikte erhöhen. Ehemalige Verbündete sollen »umgedreht« werden – was früher ein Schutzgürtel war, droht sich Rußland künftig als Schlinge um den Hals zu legen. In einer Ende November 1993 veröffentlichten Studie des russischen Dienstes für Auswärtige Aufklärung wird besonders betont, daß die Nato, »die größte militärische Gruppierung der Welt, die über ein kolossales Angiffspotential verfügt«, mit der Osterweiterung ihren Einfluß auf »jenen Teil des europäischen Kontinents ausdehnt, in dem die zwischenstaatlichen Grenzen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges verändert worden sind«.

Die Studie weist darauf hin, daß die derzeit existierenden Grenzen keineswegs allgemein und zuverlässig anerkannt werden. Besonders brisant dabei ist, daß die ersten Kandidaten für eine Aufnahme in die Nato – Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei – alle, wie die »International Herald Tribune« vermerkt, »mehr oder weniger zur deutschen Einflußsphäre gehören«. Die Nato-Osterweiterung stellt sich so als außenpolitische Fortsetzung von Vertragswerken wie »Schengen Ost« und bilateralen Abschiebeabkommen dar, die vor allem die Bundesrepublik in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat und die ihr heute schon erheblichen Einfluß auf die Politik der Inneren Sicherheit dieser Staaten sichern.

Dabei hatte Rußland bzw. die damalige sowjetische Führung, selbst als sie die Zustimmung zur Wiedervereinigung längst signalisiert hatte, in den geheimen Verhandlungen mit der Bundesrepublik und den USA noch monatelang darauf beharrt, daß Deutschland nicht Mitglied der Nato sein dürfte. Damit sollte der absehbaren dramatischen Verschiebung des Kräftegleichgewichts zuungunsten Moskaus vorgebaut werden. Gorbatschow selbst hat – gegen den Willen seiner Delegation – schließlich die-se Bedingung aufgegeben. Auch Gorba-tschows Nachfolger Jelzin reagierte konziliant auf die frühen Überlegungen zur Osterweiterung des ehemaligen Feindbündnisses. Am 25. August 1993 gestand er seinem polnischen Amtskollegen Walesa auf dessen Drängen offiziell zu, daß sich sein Land um einen Nato-Beitritt bemühen könnte, ohne damit in Widerspruch zu »den Interessen anderer Staaten, darunter den Interessen Rußlands zu geraten«.

Dieser Konzilianz lag offensichtlich eine äußerst optimistische Einschätzung der weltweiten politischen Entwicklung zugrunde, die Jelzin sogar dazu brachte, die russische Föderation selbst als potentiellen Beitrittskandidaten für das westliche Militärbündnis ins Gespräch zu bringen. Sein Außenminister Kosyrew, der die Nato-Option zwar ebenfalls erhalten wissen wollte, warnte dagegen in den folgenden Monaten vor jedem Schritt, der »Rußland ins Abseits drängt«.

Genau das ist seitdem geschehen. Die mit Rußland nicht abgestimmte Bombardierung serbischer Stellungen im April 1994 war der erste schwere Affront, mit dem die Nato signalisierte, wie wenig Bedeutung sie der militärpolitischen Kooperation mit Rußland beimißt. Zumal das ehemalige Jugoslawien zuvor zweifellos zur russischen Interessensphäre zählte. »Die Bombenangriffe der Nato waren unter einer Voraussetzung nicht völlig sinnlos: Als Demonstration der Stärke, mit der das Bündnis zeigen will, wer in Europa das Sagen hat«, kommentierte die Armeezeitung »Krasnaja Swesda«.

Trotzdem entschloß sich Rußland nach mehrmaliger Verzögerung, Mitglied der von der Nato initiierten »Partnerschaft für den Frieden« zu werden – wohl in der Hoffnung, durch Mitwirkung Einfluß auf die weitere Entwicklung dieses Vertragswerkes zu bekommen. Am 22. Juni 1994 unterzeichnete Außenminister Kosyrew ein Rahmenabkommen – drei Wochen später erklärte Präsident Clinton vor dem polnischen Parlament: »Es ist keine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann und Wie, daß die Nato neue Mitglieder aufnimmt.« Rußlands Einwände offen als irrelevant zu behandeln, wurde auf der Nato-Tagung am 1. Dezember 1994 in Brüssel zum Prinzip einer Arbeitsgruppe, die die Aufnahme neuer Mitglieder vorbereiten und untersuchen sollte, inwieweit die »Partnerschaft für den Frieden« zur Beschleunigung dieser Beitritte beitragen kann. Das Timing war bemerkenswert: Am 2. Dezember sollte das individuelle Partnerschaftsabkommen zwischen Rußland und der Nato unterzeichnet werden. Dazu kam es nicht. Kosyrew reiste aus Brüssel ab, die Nato-Staaten gaben sich überrascht über die russische Unberechenbarkeit.

Kurz darauf marschierte Rußland in Tschetschenien ein. Was als »kleiner siegbringender Krieg« auch Rußlands Bedeutung als Militärmacht demonstrieren sollte, endete im Desaster. Tschetschenien konnte nicht im Handstreich genommen werden, statt ihrer Schlagkraft führte die Russische Armee ihren desolaten Zustand vor. Die osteuropäischen Staaten und die Nato nutzten den Krieg als Beweis dafür, wie notwendig eine Osterweiterung der Nato sei, um dem »unberechenbaren Rußland« Grenzen zu setzen.

Den dritten Eklat provozierte die Nato wiederum mit ihrem Einsatz auf dem Balkan: Das Flächenbombardement bosnisch-serbischer Stellungen, das die Voraussetzungen für die Offensive der kroatischen Armee und der bosnischen Regierungstruppen schuf, war nicht mit Rußland abgestimmt. Statt dessen hatte es eine geheime Vereinbarung zwischen der Nato und der Uno gegeben. »Die Nato zeigt hier, wozu sie in der Lage ist – sie bombt und zählt dann die Trophäen, wieviel Zivilisten getötet worden sind«, resümierte Jelzin den tagelangen Luftkrieg gegen die bosnischen Serben in seiner 85minütigen Pressekonferenz am 8. September, auf der er auch feststellte, die Nato-Osterweiterung bedeute Krieg in Europa. Wenig später feuerte die Nato »Tomahawk«-Marschflugkörper auf serbische Stellungen ab.

Während das Interesse Rußlands, die Nato-Osterweiterung zu verhindern, deutlich ist und genauso offensichtlich nur geringen Einfluß darauf hat, wie und in welchem Zeitraum dieses Projekt umgesetzt wird, sind die Interessen in der Nato selber durchaus widersprüchlich. Frankreich setzt auf den Ausbau der WEU, und England scheint angesichts der amerikanischen Bemühungen, Deutschland zum »partner in leadership« aufzubauen, im Unklaren darüber zu sein, wie das vereinigte Deutschland am besten eingebunden und in Schranken gehalten werden kann. Die südeuropäischen Staaten aber werden erst gar nicht gefragt.

Treibende Kraft der Osterweiterung ist zweifelsohne Deutschland und hier vor allem Verteidigungsminister Rühe, der immer wieder davor gewarnt hat, Rußland ein faktisches Vetorecht für die Aufnahme neuer Mitgliedsländer zuzugestehen. Das außerordentliche deutsche Engagement für die Nato-Osterweiterung läßt die Versuche Rußlands, eine deutsch-russische Achse zu konstruieren, um damit den US-amerikanischen Einfluß in Europa zurückzudrängen, hilflos erscheinen. Die Bundesregierung hat die russischen Bemühungen, die sich ansonsten vor allem auf Frankreich konzentrieren, bislang in erster Linie dazu genutzt, die ökonomische Zusammenarbeit zu intensivieren: Deutschland ist der weltweit größte Handelspartner Rußlands; Bundeskanzler Kohl hat sich erfolgreich für die Beteiligung Jelzins an den politischen Beratungen auf dem G7-Gipfel eingesetzt und engagiert sich für eine enge Kooperation zwischen EU und Rußland.

Parallel dazu sind die Deutschen aber weiterhin bestrebt, die sicherheitspolitische Position Rußlands zu schwächen: Die von Deutschland initiierte Kampagne gegen angeblichen Plutoniumschmuggel zielte darauf, die russische Atomindustrie unter internationale Kuratel zu stellen; das bundesdeutsche Engagement für eine autonome deutsche Wolgarepublik und für eine Internationalisierung, d.h. Separierung, des Kaliningrader Oblast aus der Russischen Föderation stellt deren staatliche Integrität in Frage.

»Deutschland hat sicherheitspolitisch mehr als jedes andere Land Gewinn aus dem Ende der bipolaren Konfrontation gezogen«, analysierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, in der Zeitschrift »Europäische Sicherheit«. »Unser Land hat damit die Möglichkeit, politisch zu agieren statt zu reagieren, und es kann auf fester Basis seiner eingegangenen Bindungen in Nato und EU mitgestalten.« Und mitgestalten, daran läßt der höchste Offizier der Bundeswehr keinen Zweifel, heißt auch: militärisch »gestalten«. Das Ziel ist klar: »Wir haben erstmals in diesem Jahrhundert die reale Chance, Krisen auf Distanz und Konflikte von Deutschland fernzuhalten, dies natürlich primär in dem noch zu definierenden Interessenbereich von Nato und EU.«

Und sekundär, wo es sonst eben gerade paßt. Dementsprechend vielseitig und aktiv, mal in enger Kooperation mit Frankreich, mal freundlich mit Rußland, mal in Abstimmung mit den USA, handelt Deutschland derzeit auch: In der Anfangsphase der Osterweiterungsdiskussion hat Verteidigungsminister Rühe der Clinton-Administration unverblümt damit gedroht, daß bei einer weiteren Weigerung, neue Mitgliedstaaten zu akzeptieren, diese eben in die Westeuropäische Union aufgenommen und die WEU damit militärisch gegenüber der Nato aufgewertet werden müßte(n). Ein Weg, der mit der im Mai 1994 garantierten Assoziierung Polens, Ungarns, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumäniens, Bulgariens und der baltischen Staaten auch beschritten wurde.

Die US-Politik ist den deutschen Forderungen seitdem nachgekommen. Und Deutschland hat weitere Hürden genommen. Dazu zählt vor allem der Nato-Großeinsatz in Bosnien, auf den Bonn so lange hingearbeitet hat. Vorbei sind die Zeiten, da der »FAZ«-Militärexperte Karl Feldmeyer – wie noch in der Januar-95-Ausgabe der »Europäischen Sicherheit« – klagen mußte, »daß mit Frankreich und England zwei große Nato-Staaten eine Politik betreiben, die faktisch auf die Unterstützung Serbiens hinausläuft ... Daß Serbien in der auf die Eindämmung Deutschlands ausgerichteten Politik Frankreichs und Englands bis 1945 als Verbündeter eine wichtige Größe war, wird nicht öffentlich hervorgehoben, ist aber Teil des politischen Bewußtseins geblieben.«

Die Nato-Osterweiterung wäre der zweite wichtige Schritt, die deutsche Position als Mittelmacht auszubauen und damit sowohl das eigene Gewicht innerhalb der Nato zu vergrößern als auch die militärpolitische Position gegenüber dem geschwächten Rußland zu stärken. Rußland selbst soll durch bilaterale Zusammenarbeit und ökonomische Unterstützung dazu gebracht werden, diesen Aufstieg Deutschlands von der westeuropäischen zur mitteleuropäischen Hegemonialmacht nicht zu behindern – eine Strategie, die aufgrund der stark antiamerikanischen Orientierung der Politik der Russischen Föderation aufzugehen scheint: Weder gegen die geplante Osterweiterung der EU noch gegen die Integration Polens in die WEU gab es von russischer Seite nennenswerte Proteste.

Noch beharrt die Bundesrepublik selbst allerdings auf der engen Kooperation mit den USA. Volker Rühe hat auf der internationalen sicherheitspolitischen Konferenz Anfang 1995 in München noch betont, Europa benötige die strategische Rückendeckung der USA, weil Rußlands Größe und Potential die kontinentalen Dimensionen in jeder Hinsicht sprengten. Gleichzeitig müht sich die Bundesregierung aber durch Stärkung der Rolle der WEU und den Griff nach der Atombombe (KONKRET 10/95), sich vom US-amerikanischen Big Brother zu emanzipieren. Charakteristisch für die deutsche Diskussion ist auch, daß die wenigen kritischen Stimmen zur Nato-Osterweiterung nicht etwa gegen die deutschen Großmachtambitionen argumentieren, sondern nur die Befürchtung ausdrücken, daß die Einbeziehung der Visegrad-Staaten oder des Baltikums in das Bündnis sich als kontraproduktiv erweisen könnten: »Das Bündnis würde einen erheblichen Zuwachs nicht verkraften«, mahnt z.B. Peter Glotz, der außerdem befürchtet, daß Rußland eher die baltischen Staaten angreifen würde als Polen, mithin die »falschen« Staaten auf der Liste der Beitrittskandidaten ganz oben stünden. In eine ähnliche Richtung zielen auch Josef Joffes Einwände in der »Süddeutschen Zeitung«, der die Nato als »ein echtes schlagkräftiges Bündnis« erhalten will, in dem »harte Disziplin« regiert und in dem nicht einfach »Sicherheitskonsumenten ... unterkriechen« können: »Bei den Ungarn und Tschechen zum Beispiel hat man den Eindruck, daß ihnen die schiere Zugehörigkeit zum Bündnis wichtiger ist als ein Beitrag zur Kampfkraft des Bündnisses.«

Es mögen u.a. diese militanten deutschen Töne sein, die in der US-amerikanischen Debatte zu einem Umdenken geführt haben. Die Nato-Osterweiterung wird von konservativen US-Sicherheitspolitikern befürwortet, aber stets unter zwei Gesichtspunkten, die Jimmy Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in einem Aufsatz für »Foreign Affairs« auf den Punkt gebracht hat: »Sowohl Rußland als auch Deutschland befinden sich in einer Phase weitreichender und komplexer nationaler Neubestimmung. Und das wiedervereinigte Deutschland hat die Wahl, entweder ein zunehmend europäisiertes Deutschland zu werden oder nach einem germanisierten Europa zu streben. Ersteres ist wahrscheinlicher im Rahmen einer erweiterten EU und vor allem im Rahmen einer schneller expandierenden Nato, in der sich die USA engagieren und großen Einfluß auf die Form der Erweiterung haben. Die zweite Lösung erscheint dagegen wahrscheinlich,

wenn die Bedeutung der Nato schrumpft und Mitteleuropa sich selbst überlassen bleibt und es damit zum Jagdgrund für seine mächtigen westlichen und östlichen Nachbarn wird.« Vieles deutet allerdings darauf hin, daß diese Politik der Integration, die gegenüber dem geteilten Deutschland noch leidlich funktioniert hat, in den neuen Verhältnissen das Gegenteil bewirkt.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 10/95 über das Verfahren gegen die Zeitschrift »radikal«

Kasten Seite 39

Oliver Tolmein

Nachgerechnet

In der gegenwärtigen Diskussion um die Nato-Osterweiterung kommt Rußlands Forderung, den »Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa« (KSE) abzuändern, große Bedeutung zu, weil die Nato-Staaten die Möglichkeit, den russischen Vorstellungen entgegenzukommen, eng mit der Forderung verknüpfen, im Gegenzug die Osterweiterung voranzutreiben. Umgekehrt werden drohende Verstöße Rußlands gegen den KSE-Vertrag, dessen Obergrenzen ab dem 17. November 1995 gelten sollen, als Vertragsuntreue ausgelegt, die dann begründen soll, warum eine Osterweiterung aus Sicherheitsgründen notwendig geworden ist. In der deutschen Debatte wird dabei so getan, als gehe es Rußland vor allem darum, für seine militärischen Abenteuer im Kaukasus und andere, wie es heißt: »neoimperiale«, Vorhaben ausreichend konventionelle Truppen zur Verfügung zu haben. Ausgeblendet wird dabei, daß der KSE-Vertrag abgeschlossen wurde, als es Nato und Warschauer Pakt noch gab. Die Truppengrenzen sind blockbezogen festgelegt worden. Am Beispiel der Panzerzahlen lassen sich die Konsequenzen zeigen: Laut KSE-Abkommen stehen der Nato im Vertragsgebiet 19.142 Kampfpanzer zu, dem Warschauer Pakt 20.000. Der Vertrag von Taschkent sieht vor, daß die Russische Föderation von diesen 20.000 Panzern 6.400 besitzen darf. Würden im Fall einer Nato-Erweiterung Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei der Nato beitreten, würde das Nato-Potential um 4.000 Panzer erhöht. Ohne daß die Nato gegen den KSE-Vertrag verstieße, gäbe es plötzlich eine drei- bis vierfache konventionelle Überlegenheit gegenüber der Russischen Föderation. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Kampfflugzeugen, Artillerie etc.

Konkret 11/95, S. 40

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Physiologische Stimulation

Ob Sleipnir, das achtfüßige Pferd, nein: Roß Odins, das wacker durch die altnordischen Mythen trabt, je tatsächlich einen seiner Doppelhufe auf den Boden bekommen hat oder lediglich den vom Dunst des Honigbiers sagenhaft durchwaberten Keltenköpfen entstiegen ist, soll erforschen, wer da mag. Zweimonatlich erscheint im Berliner Verlag der Freunde eine nach eben diesem ominösen Achtbeiner benannte, äußerst bizarre, kryptofaschistische und offen revisionistische Zeitschrift, in deren letzter Nummer (Heft 5, September/Oktober 1995) unter anderem Beiträge von Christian Worch und Sahra Wagenknecht zu finden sind. Dies dürfte wohl selbst dem auf solcherart Konstellationen wahnhaft versessenen Verfassungsschutz Veranlassung zum Heben der Augenbrauen gegeben haben, denn eher galoppiert ein achtbeiniges Pferd durchs Nadelöhr, als daß die beiden sich zusammentun. Ein kurzer Streifzug durch das Heft genügt indes, um festzustellen, daß hier mitnichten eine nationalbolschewistische Fraktion agiert, sondern Wagenknechts (und anderer) »Persönliche Erklärung« zum Stalinismusvorwurf nur zum fürwitzigen und demagogischen Erweis radikaler Offenheit und Diskussionsbereitschaft in die ansonsten durchweg braune Schlammpackung gemogelt wurde – wie in den Heften zuvor schon Ralph Giordano und Egon Krenz. Ein überaus durchsichtiger Schachzug, sich zu legitimieren und die eigene Gedankenpest mit jedweder anderen möglichen Gesinnung gleichzusetzen, wobei es überhaupt zur Strategie der einigermaßen belesenen Rechten zu gehören scheint, mit zusammengesuchtem Zitaten-Zierat egal welcher Autoritäten aufzuwarten.

Auf Anfrage erläuterte die Redaktion, daß sie das Prinzip der »Offenen Gesellschaft« scheuklappenfrei zur Anwendung bringen wolle, das, wie ihre Arbeit zeige, keineswegs zum Scheitern verurteilt sei, sondern in die Zukunft weise, und daß sie daher alles drucke, was irgend »Gehalt« habe. Darunter fällt das fürwahr »offene« und somit in »Sleipnir« veröffentlichte Bekenntnis von Roger Dommergue de Ménasce »Was bedeutet es, Faschist zu sein«, das hier einmal gegen die erheblichen Widerstände, die eine Anführung solchen Materials zu überwinden hat, dokumentiert sei – zum einen, auf daß deutlich werde, mit welcher Chuzpe bekennende Faschisten heutzutage auftreten und publizieren können; zum anderen, weil jene Melange von antimoderner Pose, paranoidem Aberglauben, kleinbürgerlicher Blut- und Bodenhaltung, völkischem Antikapitalismus, Rassenwahn, herbeigesehnter Zuchtmeisterei und natürlich Antisemitismus, Antikommunismus und Antiamerikanismus selten so irre und beängstigend akkurat durchgerührt worden ist wie hier.

Wenn es bedeutet, eine Religion zu haben, die einen das Gute und das Böse lehrt, die einem beibringt, nicht irgendwas zu essen, das kontrollierte Atmen, die Meditation und das wahre Beten lehrt;

wenn es bedeutet, die Familie zu achten, seine Kinder zu lieben, ihnen eine Erziehung zuteil werden zu lassen, die aus ihnen wahre Männer und Frauen macht;

wenn es bedeutet, seine Gattin zu Hause zu haben, damit sie als Königin des Heims sich um die Wohnung kümmert, um ihren Gatten, um ihre Kinder, die so nicht zu Missetätern, zu Rauschgiftsüchtigen, zu Arbeitslosen und nicht zu Selbstmördern werden;

wenn es bedeutet, die >Musik< wie Disco, Rock, Rap usw. abzulehnen, weil sie durch die übertriebene physiologische Stimulation von Adrenalin verbrechenserregend, durch die übertriebene physiologische Stimulation von Endorphinen vergiftend und tötend ist;

wenn es bedeutet, die Atomkraft von Einstein und Oppenheimer, diese nicht aufzuspeichernden und nicht zu neutralisierenden Abfälle, ihre Atombomben und ihre Tschernobyls abzulehnen;

wenn es bedeutet, denen das Recht auf das Wort zu gewähren, die etwas zu sagen haben (Faurisson, Roques, Zündel, Colonel Gaujac usw.), ohne sie durch orwell'sche, stalin'sche, antidemokratische und verfassungswidrige Gesetze zum Schweigen zu bringen;

wenn es bedeutet, die weltweite Zerstörung des Waldes zu verweigern, der so unentbehrlich für das ökologische Gleichgewicht ist;

wenn es bedeutet, das Sterben der Erde durch die synthetische Chemie zu verweigern;

wenn es bedeutet, die systematischen Impfungen abzulehnen, die das Immunsystem zerstören, was zu massiven Degenerationserscheinungen, Krebs, Kreislaufstörungen und Geisteskrankheiten führt;

wenn es bedeutet, die Chemie als Prinzip der Gesundheit abzulehnen, da sie den Menschen auf der Basis seiner Chromosomen angreift und schwere Krankheiten verursacht;

wenn es bedeutet, die demokratische Diktatur von Soros und aller am 8. Tage beschnittenen Finanzleute, die eine Macht besitzen, wie sie noch kein Herrscher in der Geschichte der Menschheit je besaß, abzulehnen;

wenn es bedeutet, den Marxismus ebenso wie den pornographierenden Freudianismus abzulehnen, der mindestens zweihundert Millionen Menschen umgebracht hat, der in Afrika, Asien und Südamerika fortfährt, die Völker zu massakrieren und sie in Hungersnöte zu stürzen;

wenn es bedeutet, sich der alles erfassenden monströsen Mafia zu verweigern;

wenn es bedeutet, den Vergewaltigern und Mördern kleiner Mädchen das Leben zu verweigern;

wenn es bedeutet, die normative Expansion der Homosexualität und der Pädophilie zu verweigern;

wenn es bedeutet, nein zu sagen zur institutionalisierten zwangsweisen Rassenmischung, die automatisch zur Libanisierung und zu blutigem Rassismus führt;

wenn es bedeutet, nein zu sagen zu Waschlappen-Politikern, die bedingungslos der Finanz ergeben sind, die mit ihren Weltverträgen ganz Europa in die Arbeitslosigkeit stürzen und jeglicher geistigen und sittlichen Disziplin entbehren;

wenn es bedeutet, jene Uniform der internationalen Verblödung, nämlich die des blue jeans-Löwen, abzulehnen, ja, dann bin ich Faschist und stolz, es zu sein!

»New Generation«

So heißt eine in Hamburg erscheinende neue »Zeitschrift für die >neue Generation<«, welche ausschließlich »Menschen ab Fünfzig« anspricht, die neue Generation der selbstbewußten »Fifties« oder »Fünfzig+« eben, deren Zeitalter justament, so steht's im Editorial, und praktisch mit dem erstmaligen Erscheinen von »New Generation« zusammenfallend angebrochen ist. Heidi Kabel schreibt in »New« über positive Energien, Uwe Seeler gibt seinen Hamburg-Tip ab, und Helge Adolphsen, Hauptpastor am Hamburger Michel und Präsidiumsmitglied von »New Generation«, alliteriert über den Wertewandel in Alphabet und Gesellschaft und behandelt die drängendsten Fragen. Dominieren derzeit sanfte oder harte Werte? Gelten für Frauen noch immer die drei »K«s: Küche, Kinder, Kirche, oder stehen heute die drei »S«s im Vordergrund: Sehnsucht, Sonne, Selbstverwirklichung? Und werden morgen nicht die drei »L«s entscheidend sein: Leben, Liebe, Lust? Adolphsen antwortet ohne Zögern: »>Sanfte Werte< dominieren statt der traditionellen >harten Werte<. Für die Frauen und Mütter galten früher die drei >K<s: Küche, Kinder, Kirche. Heute stehen dagegen die drei >S<s im Vordergrund: Sehnsucht, Sonne, Selbstverwirklichung. Morgen werden die drei >L<s entscheidend sein: Leben, Liebe, Lust. Diese drei >L<s bilden einen Dreiklang.« Wir hören ihn nur kurz, denn: »Zu den drei >L<s von Leben, Liebe und Lust gesellt sich die Sinnlichkeit. So wird aus dem Dreiklang ein Vierklang oder Kleeblatt, was bekanntlich Glück bringt« und hier unweigerlich in die drei »G«s mündet: Gelaber, Gewäsch und Geschwätz, zu denen sich überleitend das Übliche gesellt: der Überdruß, die Übelkeit und hoffentlich demnächst das Überfällige, nämlich die drei »A«s in Gestalt von Adolphsens alsbaldigem Abgang, den diese Buchstabentrompete der »New Generation« wahrlich verdient hat.

Indiskrete Fragen

»11 indiskrete Fragen« hat die »Wochenpost« zu einem jener Fragebögen zusammengestellt, wie sie, seitdem Marcel Proust einen solchen gleich zweimal ausfüllte, fatalerweise immer populärer und beliebter geworden sind. Sie lauten:

Was finden Sie an sich selbst am schönsten? Was ist Ihnen wichtiger: Ein gutes Essen oder ein gutes Buch? Würden Sie einen Ladendieb melden? Was läßt Ihr Herz schneller schlagen? Ihre stärkste Erinnerung? Was wäre Ihnen am peinlichsten? Woran glauben Sie? Geben Sie sich gebildeter als Sie sind? Was ist IhrLieblingswort? Was bleibt von Ihnen, wenn Sie tot sind? Wie lassen Sie die Sau raus?

Eine Frage darf unbeantwortet bleiben – »Nur eine!« – , vermutlich die indiskreteste Frage der umwerfend indiskreten Fragen, nur welche bitte? Wer es wissen will, der nehme »Wochenpost«, einmal wöchentlich, Risiken und Nebenwirkungen unbekannt. Wem dies aber zu indiskret sein sollte, der halte sich an den guten alten »FAZ«-Fragebogen, dessen Fragen alle umstandslos beantwortet werden müssen, was Reinhard Höppner unlängst bravourös bewerkstelligte. Sein Motto? »Jedes Ding hat seine Zeit.« Wirklich jedes Ding? Hier nehme man bitte Robert Gernhardts hilfreiche »Terzinen über die Vergeßlichkeit, nach Kuno von Hoffmannsthal« zur Hand: »Noch spür ich ihren Dingens auf den Wangen, / Wie kann das sein, daß diese nahen Tage / Dings sind, für immer fort und ganz vergangen? ... Dann: daß ich auch vor hundert Jahren war / Und meine Ahnen, die im roten Hemd / Mit mir verdingst sind wie mein eignes Haar.// So dings mit mir als wie mein eignes Dings.«

Demnächst in diesem Blatt: Ein Fragebogen, dessen Fragen alle nicht nur, wie es sich gehört, unbeantwortet bleiben, sondern auch selbst gestellt werden müssen – nennen wir ihn: »Selbst ertappt – 13 Fragen, die ich mir nicht beantworten

werde«. Prominente wenden sich an die Redaktion.

Konkret 11/95, S. 42

Lutz Wernicke

»Mit Rücksicht auf Volksstimmung«

Deutsche an der Leine, am Lido und über dem Balkan – Eine Reise durch Provinz und Zeit

Der schon ergraute Offizial-Verteidiger des durch sein Geständnis wie durch 200 Zeugenaussagen schwer belasteten Angeklagten hatte keine Mühe, dem Schwurgericht den wahren Schuldigen zu nennen: die Republik. Unter dem Kaiser hätte sein Mandant die ihm zur Last gelegten Taten nicht begangen, dessen war der Strafverteidiger und Vertrauensmann der Nationalliberalen, Benfey, sich sicher.

Ob Landgerichtsdirektor Dr. Bökelmann, seine Beisitzer, die sechs Geschworenen und Oberstaatsanwalt Dr. Wilde die Schuldzuweisung des Justizrates Benfey beifällig zur Kenntnis nahmen, ist nicht überliefert. Fest steht nur, daß sie den Angeklagten nach 14 Prozeßtagen, die in 60 Aktenbänden festgehalten sind, am 19. Dezember 1924 in 24 Fällen 24mal zum Tode verurteilten. Fest steht ferner, daß der Delinquent schon die Vollstreckung des ersten seiner 24 Todesurteile durch das Fallbeil am 15. April 1925 nicht überlebt hat und also seine übrigen 23 eingestandenen Verbrechen von der sich hart gebenden Republik nicht mehr an ihm gerächt werden konnten. Daß die Republik selbst acht Jahre später gründlich beseitigt war, war da nur konsequent und ganz im Sinne des Justizrates Benfey, wenn der auch nicht den Kaiser zurück-, sondern einen Führer vorgesetzt bekam.

Die Dinge hatten sich schnell entwickelt: Mai 1924 die ersten Leichenfunde, 22. Juni Verhaftung, tags darauf Einlieferung ins Gerichtsgefängnis, 18. August bis 25. September Untersuchung durch den Geheimen Medizinalrat Prof. Ernst Schultze in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Göttingen auf Unzurechnungsfähigkeit nach Paragraph 51 StGB, 4. bis 19. Dezember Verhandlung und Verurteilung vor dem Schwurgericht Hannover, 15. April 1925 um 6 Uhr früh Vollstreckung. Der Straftatbestand: 24 Sexualmorde an jungen Männern, begangen zwischen 1918-24, allein 12 im ersten Halbjahr 1924.

Hast bis in die Einzelheiten: Psychiatrie-Ordinarius Schultze hatte seine Untersuchung von einem Stenographen protokollieren lassen und war eben dabei, die fast 1.000 Seiten Gesprächsaufzeichnungen zu einem Gutachten zusammenzufassen, als ihn am 18. November 1924 ein Telegramm von Oberstaatsanwalt Dr. Wilde erreichte und zur Eile mahnte, denn der Dezembertermin vor dem Schwurgericht sei »mit ruecksicht auf volksstimmung unbedingt notwendig«.

Der angetriebene Gutachter kam zu einem prägnant kurzen Ergebnis: Angeklagter abnorm und minderwertig, strafrechtlich aber voll zurechnungsfähig. So konnte ihn das Gericht am 19. Dezember 1924 zum Tode verurteilen, zwei Tage nach der Entlassung des künftigen Massenschlächters Hitler aus der Festungshaft, von der er gerade mal gut zehn Prozent verbüßt hatte.

Eile auch in ganz anderer Beziehung. Die Todesstrafe war kaum vollstreckt worden, als Oberstaatsanwalt Dr. Wilde in ihrer offiziellen Bekanntmachung vom 15. April 1925 den Schieber, Hehler, langjährigen Polizeispitzel und schließlichen Massenmörder im nachhinein zum »Kaufmann« erhob, um den Anschein zu erwecken, die Justiz der Weimarer Republik kenne im Gegensatz zur wilhelminischen Ära keine Standesunterschiede mehr und verfolge nicht nur arme Teufel mit unerbittlicher Härte.

Ein Zeitsprung. Venedig, 31. August 1995. Siebzig Jahre nach der Enthauptung des Friedrich Heinrich Karl Haarmann werden die von Mussolini ins Leben gerufenen Filmfestspiele von Venedig mit dem deutschen Beitrag »Der Totmacher« eröffnet. Der 110-Minuten-Streifen des 1965 in Wiesbaden geborenen Regisseurs Romuald Karmakar, von WDR und Südwestfunk co-produziert, bringt knapp ein Viertel der Untersuchungsprotokolle des Psychiaters Schultze (Jürgen Hensch) an seinem Probanden Haarmannn (Götz George) als authentisches Frage- und Antwortspiel vors Publikum. Die fast unvermeidbare Reaktion: Grauen vor den Taten, Abscheu vor dem Täter.

Der Dokumentarist Karmakar trägt mit dem »Totmacher« ein kleines Stückchen zur Neubelebung jener »Rübe ab!«-Volksstimmung bei, die zu berücksichtigen Oberstaatsanwalt Dr. Wilde den Gutachter Prof. Schultze am 18. November telegraphisch aufgefordert hatte. Die ausschließliche Verwendung der Originalprotokolle verdoppelt unter dem Vorwand der Authentizität deren wissenschaftliche Haltlosigkeit, die schon damals hätte vermieden werden können, wenn auch nur um den politisch unerwünschten Preis der Zubilligung strafrechtlicher Unzurechnungsfähigkeit nach Paragraph 51 StGB für Haarmann.

Der deutsche Biennale-Beitrag 1995 paßt daher bedenklich gut in eine Gegenwart, die über das Tucholsky-Zitat »Soldaten sind Mörder!« aufschreit und die führende Tageszeitung der Haarmann-Stadt Hannover am 2. September 1995 titeln läßt: »Deutsche erstmals seit 1945 im Krieg / Nato zieht nach 500 Einsätzen positive Bilanz in Bosnien«. Wie die künftig zu berücksichtigende Volksstimmung an der Heimatfront hergestellt worden ist, zeigt der Blick zurück in einen deutschen Alltag.

Der Affe und das Eis

Zum Beispiel Hannover. Die Stadt besitzt einen Zoo. Der Zoo besitzt einen Pfleger. Der Pfleger besitzt ein Schimpansenbaby. Er hat es adoptiert. Im Juli 1992 feiern Pfleger und Adoptivtier dessen ersten Geburtstag. Auf einer Wiese des Zoos wird ein großer runder Holztisch aufgestellt. Darauf jede Menge Törtchen mit Erdbeeren und Kirschen. Ein Fotograf der »Hannoverschen Allgemeinen Zeitung« (»HAZ«) erscheint und schießt ein Bild fürs Stadtfeuilleton. Es zeigt den Adoptivvater beim löffelweisen Verfüttern von Törtchen an sein Adoptivtier, wobei ihm zahlreiche Zoobesucher schmunzelnd zusehen.

Zwei Tage vor der Schimpansen-Party veröffentlicht die »HAZ« eine dreiteilige Bildsequenz über ein Geschehnis im Stadtzentrum. Die (vermutlich gestellte) Fotofolge zeigt ein dunkelhaariges junges Mädchen mit dem Rücken zur Kamera, das seine rechte Hand in die Höhe reckt. Vor dieser aufgereckten Hand versucht eine hellhaarige Frau mittleren Alters, die frontal zur Kamera steht, eine gefüllte Eiswaffel dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie die Erfrischung mit angewinkeltem rechten Arm zunächst zu der ausgereckten Hand des Mädchens führt, gleich darauf aber den Arm wieder in die Höhe reißt. Die Bildunterschrift verrät: »Das Eis bleibt für das Roma-Mädchen unerreichbar, trotz Drängelns und Hochreckens.« Man braucht sich aber weder mit den Fotos noch mit ihrer Untertextung zu befassen, um die Stoßrichtung der Pseudodokumentation mitzubekommen, verkündet sie doch bereits ein über die ganze Zeitungsseite laufender Obertitel mit den Worten: »Ausländische Familien bedrängen Passanten in Restaurants und Geschäften«. Und die Überschrift des fünfspaltigen Artikels setzt nach: »Die Kinder betteln immer aggressiver«.

Ein deutscher Alltag. Fast gleichzeitig wird im Juli 1992 ein Affenkind öffentlich mit Törtchen gefüttert, während ein Menschenkind vergeblich nach einer Portion Speiseeis in fremder Hand greift, wie behauptet wird. Was geschieht nun, zum Beispiel in Hannover?

Ein Unwetter braut sich zusammen. Während seines Vorspiels kommt die »HAZ« auf den Hund. Sie veröffentlicht ein Foto, das in der Mitte einen großen, gefüllten Eiskegel zeigt, der von zwei Wesen gleichzeitig beleckt wird: rechts von einem blonden Steppke mit gebundenem Kinderhütchen, links von einem deutschen Schäferhund. Das Bild ist untertextet mit: »Manche teilen sich die Erfrischung brüderlich.« Jetzt ist heraus, mit wem allenfalls man sein Eis zu teilen hat: eher noch mit einem Tier als mit einem Roma-Mädchen. Das Unwetter kann einsetzen und tut es auch.

Das Affenbaby hat kaum seine Törtchen verdaut und der »HAZ«-Fotograf sein Honorar noch nicht kassiert, da veröffentlicht die »Allgemeine« in einer einzigen Ausgabe zehn Leserbriefe im Gesamtumfang von 160 Zeilen zum Thema: »Bettelnde Roma aus Rumänien«. Sieben der Zuschriften stammen von Frauen. Wüste Beschimpfungen auf »Zigeunerkinder« werden ebenso anstandslos abgedruckt wie der Vorschlag zur Gründung einer Bürgerwehr und der Hinweis, nicht ohne Stock in die Stadt zu gehen. Nur eine Schreiberin fragt unter Anspielung auf die dreiteilige Bildsequenz vom vermutlich gestellten, jedenfalls vergeblichen Mundraub: »Wäre es so abwegig gewesen, ein weiteres Eis zu kaufen?« Die drei von Männern stammenden Zuschriften geben sich eher politisch als praktisch, indem sie nach Gesetzen verlangen oder wenigstens einer Verordnung, die Betteln und Hausieren in der gesamten Innenstadt verbieten soll.

Die Breitseite an veröffentlichter Meinung schließt die »HAZ«-Redaktion mit dem obligaten Hinweis, daß Leserbriefe gelegentlich gekürzt würden, um eine möglichst große Anzahl veröffentlichen zu können. Den durch Kürzungen gewonnenen Platz stellt die Zeitung freilich nicht kritischen Stimmen zur Verfügung, sondern benutzt ihn zur eigenen Hetze durch ein in die Leserbriefe montiertes Foto im Umfang von knapp 120 Zeilen. Es zeigt eine von rückwärts aufgenommene Frau, die durch eine halb geöffnete Flügeltür einen in völliger Dunkelheit liegenden Raum betritt. Unter dem quellenlos abgedruckten Foto der ebenfalls quellenlose Text: »Selbst Gottesdienstbesucher werden angeschnorrt.« Was er behauptet, ist nicht zu sehen, was aber zu sehen ist, rechtfertigt die Behauptung nicht. Gleichwohl wird sie aufgestellt und damit weiteres Öl ins Feuer gegossen.

Bis in die letzten Tage des schwülen Juli 1992 berichtet die »HAZ« nun täglich über weitere Helfer im Kampf gegen Kinder, die keine Affenbabys sind und angeblichEis rauben, gar noch zum Eigenverzehr statt zum brüderlichen Teilen mit einem deut-schen Schäferhund. Es ist zu erfahren, daß die Polizei 17 Roma wegen Bettelei zur Kri-po karrt, wo ihnen neben einer Reihe von Urkunden auch Fingerabdrücke abgenommen und dem BKA zur Überpüfung zugeleitet werden. Zehn der Festgenommenen sind Kinder.

Tags darauf ein Bildbericht. Ein Foto zeigt einen Zwölfjährigen mit einem umgehängten Akkordeon. Vor sich hat der Junge einen Notenständer auf die Straße gestellt. Davor sieht man in der Bildmitte einen sommerlich gekleideten Polizisten. Die Linke in der Hosentasche, die Recht am Lenker eines Fahrrades, hat er sich vor dem jugendlichen Straßenmusikanten postiert. Der Untertext verrät, um was es geht: Hannovers Fußgängerzonen werden ab sofort von Polizei durchradelt, um »die starke Zunahme des aggressiven Bettelns besonders durch ausländische Gruppen« einzudämmen.

Wieder einen Tag später erfährt die Leserschaft der »HAZ« in einem weiteren Bildbericht von einer 22jährigen Rumänin, die sich mit drei flugunfähig gemachten Wellensittichen in der Innenstadt als Wahrsagerin ein Zubrot verdienen will. Wer ihr eine Mark gibt, darf sich dafür ein zusammengerolltes Zettelchen überreichen lassen, das eines der Tierchen aus einem

Karton pickt. Wer das Zettelchen entrollt, erfährt über seine Zukunft: »Es wird auch Trauriges geben, aber immer folgt darauf Sonnenschein.« Bald erscheint eine Polizeistreife und stellt die Wellensittiche sicher. Sie werden später in ein Tierheim gebracht, während gegen die Rumänin ein Verfahren wegen Tierquälerei eingeleitet wird. Das Vorgehen der Polizei, so hebt der Bildbericht hervor, wird von den umstehenden Passanten beklatscht.

Auch der folgende Tag steht für die »HAZ«-Redaktion wieder ganz im Zeichen der völkischen Beobachtung des hannoverschen Innenstadtlebens. Gleich eine halbe Seite widmet sie dem Thema. Und da sie eine »Allgemeine« ist, packt sie die Sache allgemein an unter der fünfspaltigen Oberzeile: »1.300 Zuwanderer kamen allein in diesem Monat direkt nach Hannover – die meisten aus Rumänien.« Zu berichten weiß sie unter Überschriften wie »Bettler kriegen keine Sozialhilfe«, »Hilfe zur Rückkehr als Lösung« und »Lustig war das Zigeunerleben noch nie« (warum also heute?) auch von einem Vorschlag des seinerzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, die »unerträglichen Übergriffe durch bettelnde Roma« durch Entzug des Sorgerechts zu unterbinden, die Roma-Kinder also ihren Eltern kurzerhand wegzunehmen.

In den Artikel eingebaut ist ein Foto. Es zeigt den Ausschnitt eines Schaufensters, hinter dem ein handgeschriebenes Plakat gebietet: »Zigeunern ist der Zutritt verboten!« Dazu die Bildunterschrift: »Ob diese Botschaft an einem Schaufenster in der Innenstadt den Adressaten erreicht, ist fraglich.« Die Dritte-Reich-Ähnlichkeit der Plakatparole sowie die moralische Verkommenheit der Bildunterschrift fallen der »HAZ«-Redaktion entweder nicht auf oder werden von ihr bewußt eingesetzt.

Zwei Tage später reiht sich auch die FDP in den sich formierenden Kreuzzug gegen Roma-Kinder ein. Im Rat der Stadt beantragt sie eine Änderung der Straßenordnung. In diese soll ein neuer Paragraph aufgenommen werden mit dem Wortlaut: »Es ist untersagt, zum Zwecke der Bettelei Personen zu bedrängen, insbesondere sie anzuhalten, anzusprechen oder zu berühren.« Dies soll auch für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre gelten, die bisher wegen Ordnungswidrigkeiten nicht belangt werden können.

Ein evangelischer Kirchenmann meldet sich an diesem Tag ebenfalls öffentlich zu Wort. Er kündigt ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten an und ermahnt die Hannoveraner, das »Betteln an sich« ertragen zu lernen. So hatte einst Immanuel Kant den Philosophen seiner Zeit und ihren Nachfolgern »das Ding« an sich gespendet, ohne sie dadurch von ihrem Zorn auf die tatsächlichen Dinge abzubringen.

Am gleichen Tag veröffentlicht die »HAZ« erneut sechs Zuschriften im Gesamtumfang von 150 Zeilen zum Thema, vier aus weiblicher, zwei aus männlicher Hand. Eine Schreiberin bemüht deutsche Arme als Vorbild, weil die ihre Not schweigend ertrügen. Ein weibliches Mitglied des Ausländerbeirates bezeichnet sich als »hannoversche Bürgerin ausländischer Nationalität« und gibt sich assimiliert durch die Bemerkung, aufdringliches Betteln störe auch sie – »egal ob von deutschen oder ausländischen Bettlern«. Hingegen stellen sich zwei Schreiberinnen eindeutig hinter die bettelnden Roma-Kinder und weisen warnend auf die Ähnlichkeit des heutigen Verhaltens ihnen gegenüber mit dem Vorgehen der Nazis hin. Die beiden argumentieren auf der gleichen Linie. Eine bescheinigt der »HAZ«, ihre Berichterstattung sei »hochgradig verantwortungslos, gefährlich und ekelerregend!« Die andere trifft die Feststellung: »Die Frage: ›Wie konnte es zu Auschwitz kommen?‹ dürfte durch das Studium der Leserbriefe geklärt sein. Die nächste Stufe des Großteils dieser Leserbriefe ist die Billigung der physischen Vernichtung sozial ›unwerten Lebens‹.«

Hier bricht die Behandlung des Themas durch die »HAZ« schlagartig ab. Die Redaktion mag glauben, ihrem Selbstverständnis von »Ausgewogenheit« durch die Veröffentlichung von insgesamt fünf kritischen Zuschriften gegenüber elf schäumenden Polemiken sowie etlichen eigenen einschlägigen Wort- und Bildbeiträgen gerecht geworden zu sein. Die Berechtigung einer solchen Annahme kann unerörtert bleiben. Von Bedeutung ist jedoch der Umstand, daß die »Allgemeine« das allgemeine Lebensgefühl der deutschen Bevölkerung einer deutschen Großstadt im Juli 1992 zwischen Tierliebe, Mitleidlosigkeit und Gewaltbereitschaft (weitgehend zustimmend) deutlich gemacht hat.

Theodor Lessing und Alfred

Dies hat – allerdings aus anderer Sicht – in der nämlichen Stadt zuvor auch der Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka versucht. Das niedersächsische Kultusministerium erklärte im August 1991 seine Bereitschaft zum Ankauf einer Arbeit des Künstlers. Schon zu dieser Zeit ahnen Ministerin Helga Schuchardt und andere Kulturoffizielle den Sturm, den ihre Kaufentscheidung auslösen wird. Tatsächlich bricht er los, nachdem das Werk seit Anfang 1992 im hannoverschen Sprengel-Museum öffentlich zugänglich ist. Auch damals stellte die »HAZ« ihre Leserbriefspalten für Breitseiten der Entrüstung zur Verfügung. Die Schreiberinnen und Schreiber stänkern hauptsächlich unter dem Vorwand der Gewaltverherrlichung gegen Hrdlickas Arbeit. Gerade dieser Vorbehalt liegt so weit neben der Intention des Werkes, daß selbst der damalige BVG-Vizepräsident Mahrenholz ihn in einer Zuschrift vom März 1992 zurückweist.

Das Werk, um das es geht, ist eine Bronzeskulptur, die aus zwei verbundenen Teilstücken besteht. Das rechte Teilstück bildet eine nackte, vierschrötige feiste Männerfigur, auf deren leicht emporblickendem Gesicht ein dumpf-freudiges

Grinsen liegt. Das linke Teilstück wird von einem schmalen, rechteckigen Tisch gebildet. Auf ihm ruht rücklings eine männliche Gestalt, in deren Brustkorb mit ausgerecktem Arm eine weitere, am Fußende des Tisches kniende Gestalt hineingreift in der Art, wie man etwa ein Huhn ausnimmt. Am Kopfende des Tisches befinden sich menschliche Schädel sowie die ihnen frontal zugewendete, stehende Männerfigur mit dem dumpf-freudigen Grinsen.

Die beiden Teilstücke von Hrdlickas Bronzeskulptur stehen augenscheinlich im Verhältnis von Geschehensschilderung (Ausweiden eines Menschen durch einen Menschen) und Kommentierung (dumpf-freudiges Grinsen der stehenden Männerfigur) zueinander. Die Geschehensschilderung hat keinerlei Gewalt zum Inhalt, wenngleich die dargestellte Handlung (das Ausweiden) einen Gewaltakt zur Voraussetzung hat, der jedoch nicht gezeigt wird. Die Kommentierung (das Grinsen) gilt somit nicht der vorausgegangenen Gewaltanwendung, sondern dem durch sie ermöglichten Ergebnis, der Ausweidung. Der Gesamtsinn der Skulptur, die vor jeder Organbank postiert sein könnte, läßt sich also in die Aussage kleiden: Der Mensch nimmt den Menschen aus wie ein Stück Vieh und hat daran sein Vergnügen.

Freilich hat Alfred Hrdlicka sein Werk nicht als Vergegenständlichung einer bloß abstrakten Vorstellung von der Wolfsmoral der bürgerlichen Gesellschaft erarbeitet, sondern anhand einer realen Person der hannoverschen Lokalgeschichte aus der Zeit der Weimarer Republik: des Schiebers, Polizeispitzels und Massenmörders Fritz Haarmann. Seine Skulptur bezeichnet er daher als »Haarmann-Fries«.

Im März 1992, vier Monate vor der Kampagne gegen Roma-Kinder, veröffentlicht die »HAZ« in ihren Leserbriefspalten erste Reaktionen von Besichtigern des Werkes. Überschriften: »Geschmacklosigkeit«, »Empörend und taktlos«, »Machwerk«, »Beschämend«, »Pervers« usw. Diese Beurteilungen veranlassen Hrdlicka zu einer umfangreichen Stellungnahme, die die »HAZ« am 26. März 1992 publiziert. In ihr entwickelt der Wiener Künstler an zwei Themenbeispielen die Intention, die er mit seinem Werk verbindet: an den »unglaublich sadistisch-perversen, ans Kannibalische grenzenden Szenerien« des Wilhelm Busch sowie an den Massenmorden der Nazis, vollbracht von Mördern, die »Haarmann sicher an Sadismus und Perversion übertrafen«. Auch eine »politische Dimension der Thematik um Haarmann« spricht Hrdlicka an und verweist auf die Arbeiten des Hannoveraners Theodor Lessing. Wieder kontert die »HAZ« mit einer Leserbriefseite, die den doppelten Umfang von Hrdlickas Stellungnahme besitzt. Sieben ausschließlich von Männern verfaßte Zuschriften werden veröffentlicht. Unter ihnen ist nicht eine, die auch nur den Versuch zu verstehen wagt.

Daß man den Verweis auf Wilhelm Busch gerade in Hannover, dem Sitz des Wilhelm-Busch-Museums, nicht gelten lassen will, ist noch am ehesten verständlich, wenn es auch Theodor Heuss war, der schon 1959 auf namentlich ungenannte »Leute von hohem geistigen Rang« verwiesen hatte, die behaupteten, Busch »sei ein heimlicher Sadist, seine Geschichten seien nur voll Roheit, es komme kaum ein edler Zug in ihnen vor, die Anständigen seien immer nur die Dummen und ihr Schicksal werde von einem billigen Hohn begleitet«. Es überrascht auch nicht, daß Hrdlickas These von den »Haarmännern ohne Zahl« als den eigentlichen Vollstreckern der NS-Herrschaft weggewischt wird. Ärgerlich ist nur die Methode, mit der das geschieht: Nicht Haarmann erscheint als Extremfall allgegenwärtiger Gewaltbereitschaft, sondern Hrdlicka als Psychopath, der sich in Haarmann wiederfindet. Über diesen reimt ein Leserbriefschreiber gar: »Nun wird er geehrt im nachhinein/Vom rotgrünen Klüngel mit dem Heiligenschein«. Damit wird die drei Jahre später von Henryk Broder in die Welt gesetzte Denunzierung Alfred Hrdlickas als linker Nazi vorweggenommen (s. KONKRET 2/95). Ein Schreiber fordert die Verschrottung der Skulptur und will dies womöglich als Eintreten gegen Rechtsextremismus gewertet wissen.

Ein anderer Schreiber und Zeichner präsentiert sich als Flachkopf, indem er Hrdlicka der Oberflächlichkeit bezichtigt. Er fertigt drei Zeichnungen von Männerköpfen mit Hut an, eine Fritz Haarmann, eine Alfred Hrdlicka und eine Adolf Hitler darstellend. Er untertitelt sie kurzerhand mit »Fritz Haarmann, Alfred und Adolf Haarmann« und feixt, daß »so ein Haarmann in manchem stecken kann, der da als unser Mitbürger frei herumläuft – so ganz unauffällig«. Damit mag er zwar Hrdlickas Intention getroffen haben, verkaspert seinen Treffer aber mangels fundierter Kritik als Fehlschuß des Wiener Künstlers.

Für die »HAZ« ist das Thema »Haarmann-Fries« damit beendet. Lediglich am 22. April 1992 kommt sie anläßlich einer CDU-Anfrage im Landtag noch einmal darauf zurück mit dem Hinweis, Ministerin Schuchardt habe zu Hrdlickas Werk geäußert: »Die Kunst leistet hier einen wesentlichen Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung mit Unrecht und Gewalt.« Damit beweist die Politikerin immerhin Rückgrat, wenn auch nicht gerade Einsicht, denn um eine derartige Auseinandersetzung geht es Hrdlicka gar nicht. Dies zeigt sein Hinweis auf den 1933 von SA-Schlägern ermordeten Theodor Lessing, dessen prozeßkritisches Buch *Haarmann, Geschichte eines Werwolfs* 1925 in Berlin erschienen ist, nur wenige Monate nach Haarmanns Hinrichtung durch das Fallbeil. Es ist 1989 neu in der Sammlung Luchterhand erschienen, während sich gegenwärtig der Bremer Donat-Verlag um eine Gesamtausgabe der Werke Lessings bemüht.

Als Prozeßbeobachter, in dieser Funktion vom Schwurgericht hinausgeworfen und später vom preußischen Kultusminister mit einem Disziplinarverfahren überzogen, setzt sich Lessing vor allem dafür ein, Haarmann für nicht zurechnungsfähig zu erklären, was das Gericht jedoch strikt ablehnt. Lessings Parteinahme für die Person des Angeklagten (nicht für die ihm

vorgeworfenen Taten!) geht schließlich so weit, daß er ihn als eine Art menschliches Urgestein abfeiert. »Er ist ein Stück Natur; ohne Logik und ohne Moral. Aber auch ohne logische und moralische Heuchelei«, urteilt er. An anderer Stelle schreibt Lessing: »So frevelhaft und paradox es klingt: ein Geschöpf wie dieser Haarmann inmitten eines Gerichts wie dem hannoverschen wirkte zuweilen wie ein Stück Saurierzeitalter inmitten eines Saales voll Berufsautomaten und Zivilisationspuppen, welche ja oft unmenschlicher sind als jeder ›Unmensch‹.« Lessings Zivilisationskritik, bei der er sich oft auf Nietzsche stützt, läßt ihn sogar befinden: »Wir haben somit an Wesen wie diesem Haarmann Gelegenheit, uns selber in primitivster Rohnatur zu studieren.«

Es sind wohl Behauptungen wie diese gewesen, die Hrdlicka darauf haben verfallen lassen, der Gegenwartsgesellschaft den »Haarmann-Fries« vorzuhalten und in der Thematik eine »politische Dimension« zu vermuten. Frau Schuchardts »geistige Auseinandersetzung mit Unrecht und Gewalt« ist daher nur ein Hrdlicka untergeschobenes Motiv. Dessen eigene Absicht ist nicht die Auseinandersetzung mit der menschlichen Gewalt, sondern ihre Konstatierung als naturgegeben und im Vollzug als lustvoll erlebt.

Dieses weit verbreitete Klischee hat nun aber in Haarmann gerade nicht sein beweisendes Vorbild! Nach seiner Hinrichtung wurde Haarmanns Gehirn im Hirnforschungsinstitut München untersucht, wie Reichsgerichtsrat Fritz Hartung in seinen 1971 erschienenen Erinnerungen berichtet. Danach war das Gehirn »an mehreren Stellen mit der inneren Schädelhaut verwachsen, was auf eine früher erlittene Gehirnhautentzündung hindeutet, die zu epatanten Veränderungen der Charaktereigenschaften führen kann.« Diese Entdeckung setzt Lessing mit seiner damals vehement vertretenen Forderung ins Recht, für Haarmann nach Paragraph 51 StGB fehlende oder eingeschränkte Strafmündigkeit zu fordern. Zugleich setzt sie aber ihn und mit ihm auch Hrdlicka ins Unrecht, denn natürlich kann es nicht angehen, die Taten eines womöglich schwer hirngeschädigten Menschen als solche hinzustellen, nach denen es im Grunde jeden Menschen verlangt. Weder steht uns in Haarmann der Mensch »in primitivster Rohnatur« (Lessing) gegenüber noch lassen sich die NS-Verbrechen auf »Haarmänner ohne Zahl« (Hrdlicka) versimpeln.

Gefährlich ist ein derartiges Klischee insofern, als es den Einfluß gesellschaftlicher Gegebenheiten auf das menschliche Verhalten verdunkelt und umgekehrt das Hervorgehen gesellschaftlicher Gegebenheiten aus dem Verhalten von Menschen als Ausdruck ihrer angeblichen Natur vorstellt. Lessing schreibt 1931 sehr richtig: »Und wenn in einem großen Volke vier Millionen Menschen arbeitslos sind, ohne daß die Regierung dem abhelfen kann, dann ist die Regierung verantwortlich für die Morde und Mordprozesse, die im Land erlitten werden.«

Und wenn – zum Beispiel in Hannover – ein Affenbaby an seinem Geburtstag mit Obsttörtchen gefüttert und dem deutschen Schäferhund das Eis gereicht wird, das man einem Roma-Kind nicht gönnt, dann kommt darin nicht die »primitivste Rohnatur« des Menschen zum Vorschein, sondern eine gesellschaftliche Krankheit, die durch Änderung der sie erzeugenden Verhältnisse statt durch kritisch gedachte Rückbesinnung auf Haarmann zu heilen wäre.

Lutz Wernicke schrieb in KONKRET 10/94 über Friedrich Nietzsche

Konkret 11/95, S. 47

Jürgen Roth

Tote Philosophie

Hat die Gesellschaftsanalyse abgedankt? – Die »Neue Rundschau« hat darüber nachdenken lassen

Nach den noch vor wenigen Jahren in der BRD dominanten neokonservativ-postmodernen Debatten über die »Kulturgesellschaft« und ihre kompensierenden Angebote an die gebeutelten Kapitalismusmenschen von heute ist es still geworden in der Philosophie. Eigentlich kräht kein Hahn mehr nach theoretischer Selbstverständigung – auf seiten der Linken am allerwenigsten. Diese günstige Situation hat die »Neue Rundschau«, Periodikum des S. Fischer Verlags, zum Anlaß genommen, der Kritischen Theorie ein letztes Geleit zu geben. Es wird angeführt von einer Schar einst treuer Schüler Horkheimers und Adornos.

Dabei hätte die Sache doch schon mit der *Deutschen Ideologie* ihr Bewenden haben können. Philosophie, als ein neben anderen ideologisches, die theoretische Selbstverständigung der bürgerlichen Gesellschaft aber besonders prägnant prolongierendes Ausdrucksverhältnis dingfest gemacht, wäre, so das Industrieproletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe erfüllt hätte, im strengen Sinne aufgehoben worden. An ihre Stelle sollte die positive Wissenschaft der Geschichte treten, in der Planbarkeit und soziologische Genauigkeit den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung ohne metaphysisches Subjekt begleitet und angeleitet hätten.

Doch wo die Versprechen von Gleichheit und Freiheit im Moment ihrer materiellen Einlösbarkeit zur Phrase herunterkamen und der Weltlauf die Zeichen des ewigen Verhängnisses annahm, wo die – vornehmlich deutsche – Arbeiterbewegung vor dem Faschismus kapitulierte, erhielt sich »Philosophie« »am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward« (Th.W. Adorno). Adornos Gestus der Negation unmittelbarer revolutionärer Praxis nimmt den Gedanken an sie noch dort in die theoretische Selbstreflexion auf, wo die zur terroristischen Zuspitzung der Klassenherrschaft tendierende gesellschaftliche Entwicklung ihn endgültig zu versperren scheint. Sein sich an den nationalsozialistischen Todeslagern brechendes Denken insistiert auf der Krisenerfahrung des Intellektuellen im Exil, der als Antwort auf den deutschen Faschismus eine Geschichte der negativen Vernunft, der irregewordenen, auf blanke Selbsterhaltung abgestellten Rationalität entwarf. In Zusammenarbeit mit Max Horkheimer entstand die *Dialektik der Aufklärung*, jenes Buch, in dem daran erinnert wird, was hätte verhindert werden können, wäre es im 19. Jahrhundert zur praktischen Aufhebung der Klassengesellschaft gekommen.

Die »Neue Rundschau« hält mit der Nummer 3/95 Rückschau auf die klassisch gewordenen Bestände der Kritischen Theorie. Sie hat westdeutsche Verwalter des Erbes geladen, die allesamt im Sog der 68er-Revolte akademische Lehrstühle besetzten, um sich schließlich ihren ganz eigenen Reim auf das Vermächtnis Horkheimers und Adornos zu machen. Als Anfang der 70er Jahre etwa der Bremer Literaturwissenschaftler Peter Bürger Adornos Avantgardekritik mit Brechts Vorstellungen über operative Kunst und den surrealistischen Parodien auf den klassischen Werkbegriff zu verbinden trachtete, war ein didaktisch verdünntes, von aller begrifflichen Sperrigkeit gereinigtes Bändchen namens *Theorie der Avantgarde* entstanden, in dem die Habermasianische Wende von der »Arbeit« zur »Interaktion« bereits brav nachvollzogen wurde. Seither schmeißt sich der fleißige Zünftler schon mal sympathetisch an den sterbenden Adorno heran, greint den »Tränen des Odysseus« hinterher und wartet nun mit einer Relektüre des Hegelschen Herr-Knecht-Kapitels auf, die beansprucht, diesen »heiligen Text« der marxistischen Theoriebildung auf die gegenwärtige Verfassung »unserer« Gesellschaft abzubilden. Sein an die allereinfältigsten Auslegungen der Kulturindustriethese gemahnender Befund: »Der Konsumismus« ist eine »Antwort auf den Beginn des Reichs der Freiheit ... Das konsumistische Subjekt schließt sich mit den Gegenständen des Konsums kurz und findet darin sein Selbst.«

Weniger kunstgewerblich-adornitisch, dafür um so radikaler »selbstreflexiv« hantiert Helmut Dubiel, der derzeitige »Mitdirektor« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Er attackiert vom Chefsessel herab einmal mehr das »marginal-elitäre Selbstverständnis der klassischen kritischen Theorie«, nörgelt wider den »soziologischen Antagonismus von Großgruppen« (vulgo Klassen), hält »das symbolische Arsenal des Klassenkampfes« für untauglich und fordert deshalb aber keine ansonsten radikale Politik. Sondern »als die ihr (der heutigen kritischen Theorie, J.R.) angemessene Praxis ... die der intelligenten Intervention in den öffentlichen Streit.«

Von solchen zivilgesellschaftlichen Avancen weiß sich der Historisierungsversuch Christoph Türckes immerhin frei. Seine Intellektuellenbiographie Horkheimers unterstreicht nicht nur die Widerständigkeit eines Habitus, der oft als Alterspessimismus gedeutet wurde, dennoch aber an der sprachlichen Sensibilität für das Leiden festhält, sondern erinnert überdies daran, daß, »solange die moderne Gesellschaft so umwälzungsbedürftig bleibt, wie sie ist, ... ein Denken, das sich darüber nicht dumm machen läßt, etwas vom Dringlichsten« bleibt.

Warum sich zu Oskar Negt, dessen Plädoyer für dialektisches Denken seine Grenze an der »ideologiekritischen« Bearbeitung der Marktbewegungen findet, schließlich auch noch der mittlerweile zum Internetkoordinator aufgerückte Pierre Bourdieu hinzugesellen mußte, ist mehr als verständlich. Denn wenn sich die »Neue Rundschau« zum Ziel gesetzt

hatte, Sozialphilosophie als »hilflose Wissenschaft« abzukanzeln, dann ist ihr das bestens mit der Bourdieuschen Litanei darüber gelungen, daß Soziologie einmal mehr »selbstreflexiv« zu sein habe, denn »die Soziologie (ist) dazu da, um die anderen Wissenschaften ... an das Prinzip ... ihrer Fehlbarkeit zu erinnern«. So viel falsche Bescheidenheitswissenschaft kommt allerdings nicht ohne die Forderung aus, Soziologie – die Bourdieusche – sollten in Zukunft gefälligst auch Juristen und Mediziner studieren.

Zu spät kommt bei all den Abdankungs- und Modernisierungsposen Detlev Claussens wohltuend unaufgeregte, noch am ehesten gegenstandsangemessene Bemerkung, es gehe »jetzt um die Verteilung von Jobs und Geld«. Zwischen der protofaschistischen ›Überfremdungssoziologie‹ eines Karl Otto Hondrich, der von Zeit zu Zeit als Schüler Adornos auftritt, und zivilgesellschaftlichem Geseier hat sich nämlich eine Begrifflichkeit eingerichtet, die jede noch so schmale Erinnerung an die großen Methodendebatten endgültig verblassen läßt. »An der Konjunktur eines Begriffs wie ›Identität‹«, so Claussen, »läßt sich das ablesen. Adornos Kritik des Identitätsdenkens gilt als gestelzt, ›bewußtseinsphilosophisch‹ und damit überholt. Noch vor zehn Jahren hätte nahezu jeder Zeitungsredakteur einem das Wort ›Identität‹ als unverständlich aus dem Text gestrichen.«

Eine andere, sich dem feuilletonistisch kompatiblen Geschwafel oder aber der zivilgesellschaftlichen Politikberatung verweigernde Antwort auf das Theorie-Praxis-Dilemma gab Louis Althusser. Sein wie zufällig in den Band gerutschter Text aus dem Nachlaß, »Die Veränderung der Welt hat kein Subjekt«, hält, darin durchaus der Kritischen Theorie verwandt, an der Unvereinbarkeit beider Sphären fest. Doch setzt er dem im Hegelmarxismus leitenden Differenzgedanken, der Begriff gesellschaftlicher Totalität habe sich als Figur der Aufhebung inmitten der gesellschaftlichen Widersprüche zu behaupten, jene Ergebnisse der Marx-Lektüre entgegen, nach der das als »humanistisch« reklamierte Frühwerk vor den ökonomischen Hauptschriften zurückzutreten habe – weil erst dort, nach der Tilgung aller subjektphilosophischen Emanzipationsvorstellungen, über die radikale Kritik der bürgerlichen Philosophie der Weg zu einer wissenschaftlich autochthonen Praxis der Philosophie gebahnt worden sei. In diesem Beharren auf der epistemologischen Strenge des Hauptwerks zeichne sich erst das materielle Außen der Philosophie ab. Es ist damit eine Stelle bezeichnet, die von keiner begrifflichen und spekulativen Anstrengung mehr zu okkupieren ist. Wo die Philosophie von den Strategien der Bevormundung befreit und ganz auf die strukturale Beschreibung der ökonomischen Determination beschränkt wurde, beginnt der politische Kampf. Über dessen Ausgang, ungewiß, wie er bleiben muß, entscheiden nicht die Intellektuellen.

So aber, wie sich die hauptamtlichen und quicklebendigen Verwalter der Kritischen Theorie als Verkünder des postmaterialistischen Materialismus (und ähnlicher Großtheoreme) präsentieren, scheint Philosophie, sofern sie noch vorgibt, den Anspruch auf sozialphilosophische Erkenntnis zu vertreten, tatsächlich – bei aller modischen Aufgeregtheit und Vitalität – zum toten Ding geworden zu sein. Noch der unnachgiebigste Diskurs über die Selbstreflexivität und das historische Bewußtsein der Disziplin täuscht nicht darüber hinweg, daß es selbst in einer halbwegs seriösen Zeitschrift wie der »Neuen Rundschau« meist die Medienmöpse sind, die was zu sagen haben.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 9/95 über den Alkoholismus in der Literaturgeschichte

Konkret 11/95, S. 48

Katia Davis

Camp O.J.

Die Simpsons gehen in Serie: Rück- und Ausblick auf ein Spektakel

Was nun? Keine dramatischen Erkennungsmelodien mehr auf den Fernsehkanälen der USA? Kein Bildschirm über mir während der Zahnarztbehandlung und vor mir während des Kraftradelns im Fitness Center? Aber noch einmal waren alle Medien live für uns da – beim Spruch der zwölf Geschworenen: Nicht schuldig. Vor dem Gerichtsgebäude in Los Angeles tanzten und jauchzten showtrunkene Massen um Würstchenbuden und Polizeipferde, im Gebäude schluchzten und schrien die Familien von zwei Mordopfern. Ahnten sie überhaupt den wahren Verlust? Das Happy-End im Jahrhundertspektakel der Medien und das Siegeslächeln des Hauptdarstellers O.J. brachten uns an den Abgrund einer Gewohnheit.

Aber der Entzug wird nicht abrupt sein. Reporterbestückte Hubschrauber folgten einer weißen Limousine. Dann schwenkten Kameras auf ein Gartenfest. Freiheitsparty von O.J. Simpson. Journalisten begaben sich auf die Suche nach den Geschworenen. CNNs Talkshowmeister Larry King lud sofort für die künftigen Abende Simpsons Verteidiger ein, die sich inzwischen bereits öffentlich zerstritten haben. Verteidiger Robert Shapiro schämte sich öffentlich für die Rassen-Taktik seines Teams. Und King rief auch die Geschworenen auf, sich bei ihm zu melden. Die Welt warte. Dann wurde seine Telefonnummer eingeblendet.

Vor einem Jahr saß Amerika noch nichtsahnend mit Bierdosen und Popcorn bewaffnet vor den Fernsehschirmen, um Basketball zu sehen. Plötzlich Unterbrechung. Auf allen Kanälen. Das hatte es bis dato nur bei Kennedys Tod gegeben. Aber anstelle eines toten Präsidenten bekamen wir diesmal schmackhaftere Kost geboten. Eine moderne Tragödie. Und der Pilotfilm zeigte den Mordverdächtigen O.J. Simpson in seinem weißen Ford Bronco auf dem Highway von Los Angeles mit einer ihm beständig folgenden Polizeikolonne. Über ihm Hubschrauber mit Kameras und entlang der Freeways Fernsehcrews. Stunden vergingen – doch es wurde nicht geschossen. Lebendig wollte man O.J. Und 95 Millionen Amerikaner schauten zu.

Es schien, als hätten Hollywood und die Medien nur auf diesen Moment gewartet. Denn kein Drehbuchautor konnte solch eine Story liefern. Endlich durfte die Wahrheit über das Düstere des menschlichen Alltags ihren Siegeszug im Fernsehen antreten und uns teilnehmen lassen an einem privaten Drama. Erstaunt blickten wir alle auf das sich zur endlosen Serie entwickelnde Schauspiel und konnten die Möglichkeiten steil ansteigender Karrieren und Verdienste nur ahnen. Am Ende stand keiner abseits – nicht mal KONKRET (s. Heft 4/95).

Mord goes Hollywood

Am 12. Juni 1994 fand man Nicole Brown Simpson und Ronald Goldman tot in ihrem Haus. In einer nahe gelegenen idyllischen Straße wohnen Stars wie Meryl Streep, Michelle Pfeiffer und Roseanne. Und O.J. Simpson. Er ist der geschiedene Mann von Nicole und einer der wenigen Schwarzen in dieser Gegend. Aber wenn man über Geld und Ruhm verfügt, spielt die Hautfarbe keine Rolle mehr. Der Football-Star hatte es zum Vorbild gebracht.

O.J. war jedoch nicht nur bekannt durch seine Sportkarriere, sondern auch durch die schöne blonde Ehefrau, zahlreiche Geliebte, zunehmenden Drogenkonsum und Gewalttätigkeiten in der Ehe. 1992 verließ Nicole mit den zwei gemeinsamen Kindern ihren Mann. Die Trennung bedeutete für Simpson mehr als nur den Verlust der Frau – sie war für ihn ein Symbol von Macht und Eigentum. Sein Stern war am Verglühen. 1991 hatte er noch 1,1 Millionen Dollar verdient, 1992 nur noch 700.000 Dollar. 1994 plante er gar, Armbanduhren aus Rußland zu importieren. Kumpel Kaelin riet: »Ja, Kamerad, ich glaube, die sind gut und werden sich hervorragend verkaufen.«

Für die Medien und die wachsende Zahl der Neugierigen waren die plötzlich möglichen Blicke hinter die Sicherheitszäune des Berühmten nur Appetithäppchen. Man machte es sich bequem fürs große Fressen. Die Medien hatten »Camp O.J.« errichtet und ihre Informationsplattformen fest installiert – die etwa fünfzig Kameras stets auf das Gerichtsgebäude gerichtet. Anwälte mußten sich täglich durch den Pulk von Reportern kämpfen – ein lebensgefährlich anmutendes Unternehmen. Aber selbst ernsthafte Journalisten und Fernsehsender konnten sich dem Zirkus bald nicht mehr entziehen. Nicht sie, sondern Verkaufszahlen und Einschaltquoten trafen die Entscheidung.

Bald kamen auch die Touristen. Und die Tourismusjäger – rührige Händler mit T-Shirts, Buttons und anderen Erinnerungen an den Helden im Angebot. Dann fanden sich die Meinungsverkünder ein. Schuldig oder nicht schuldig? Wer schrie lauter, wer trug die schrillsten Klamotten? Die von der Sucht nach Geld regierte Sensationslust verselbständigte sich und ließ alte Wertvorstellungen hoffnungslos idealistisch erscheinen. Zynismus wurde zum gesellschaftsfähigen Spiel. Besonders Eifrige tippten die Trikotnummer des Football-Stars als Glücksbringer in der Lotterie. Der Verkauf von weißen Ford Broncos zog an, und Pilger wallfahrten mit leichter Gänsehaut zu Simpsons Haus. Allabendlich fand man der Mordwaffe ähnliche Messer in den umliegenden Büschen. Der Täter als Idol? Eine neue Art von Fans? »Er hatte den Traum, jetzt hat

er den Alptraum«, sagte trocken ein Besucher.

Männer mit Bärten machen Revolution

In die Supermärkte kamen Zeitungen, die echt aussehende Fotos mit Darstellungen von Nicoles aufgeschlitzter Kehle zeigten. Computerkreationen. Weiterreichende Informationen brachte die anspruchsvolle kulturpolitische Zeitschrift »The New Yorker«. Ihr Thema war das nicht unbedingt allgemein bekannte Auswahlprinzip von Geschworenen: Jeder Staatsbürger, auffindbar durch Führerschein und Social Security Number, kann zu Jurydiensten verpflichtet werden. Hauptsache, er ist nicht anerkannt geisteskrank oder Gefängnisinsasse. »Männer mit Bärten sind unabhängig und revolutionär. Sie lehnen Autorität ab. Ungeeignet«, erzählte freimütig ein bekannter Ankläger. »Sie sollten stabil und dem Staat verbunden sein, klug genug, um das Beweismaterial zu verstehen, jedoch nicht zu intelligent, so daß sie es überanalysieren würden. Bildung – ja, aber nicht zu hoch. Keine Lehrer, Sozialarbeiter, Psychologen – die haben Mitleid mit den Unterprivilegierten«, erklärte er. Simpsons Jury bestand am Ende überwiegend aus schwarzen weiblichen Geschworenen. Vom 11. Januar 1995 an wurden sie von ihren Familien und der Welt isoliert – und blieben medienlos.

Court-TV – ein rund um die Uhr das Geschehen in den Gerichtssälen verarbeitender Sender – bestimmte die Gangart des Prozesses seit Verfahrensbeginn. In der »New York Times« hatte er eine ganzseitige Anzeige geschaltet. Über einem riesigen Foto von O.J. Simpson prangte die Frage: »Kann ein abendlicher 90-Sekunden-Report seinem Fall genug Gerechtigkeit widerfahren lassen?« Der Sender stellte die einzige Kamera im Saal und verteilte das Material aus dem Prozeß an andere Sender. Court-TV wurde zum Renner. Das erste Mal konnte die Bevölkerung einen Prozeß vollständig verfolgen. CNN konnte durch die Übertragungen seine Einschaltquoten verfünffachen und erreichte an Wochentagen zwischen 12 und 20 Uhr 2,2 Millionen Haushalte. Nur 438.000 von 66,5 Millionen amerikanischen Haushalten hatten dagegen vor dem Prozeß in diesem Zeitraum ihr TV-Gerät eingeschaltet. Durch die Live-Übertragungen aus dem Gerichtssaal, den neuesten Klatsch vom Vorplatz des Gerichtsgebäudes und Berichte über die Geheimnisse aus dem Leben aller Beteiligten vervierfachte auch der Entertainment-Sender »E!« seine Zuschauerzahlen. Im Verlauf des Verfahrens konnte sich kein Fernseh- oder Rundfunksender und keine Zeitung oder Zeitschrift mehr erlauben, das Geschehen zu ignorieren. Da halfen auch keine Umfragen, die feststellten, daß 60 Prozent der Amerikaner die Berichterstattung satt hatten. »O.J. ist jetzt das Wetter der Nation, und es regnet die ganze Zeit«, schrieb Frank Rich kürzlich in der »New York Times«.

Nie zuvor in der Gerichtsgeschichte haben die Medien einen solchen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung und eine solche geballte Macht ausüben können. Reporter und Anwälte übertrafen sich wechselseitig in finanziellen Angeboten für Zeugen. Viele dieser Zeugen sind für die Staatsanwaltschaft durch die sensationell aufgemachten Berichte und die dafür erhaltenen Honorare unbrauchbar geworden. Der »Enquirer« – die führende Tabloid-Zeitschrift mit einem wöchentlichen Leserkreis von zwanzig Millionen – ist jederzeit bereit, für eine Exklusivstory dieses Kalibers einem Zeugen mehrere hunderttausend Dollar zu zahlen. Die Fernsehsendung »A Current Affair« bietet ähnliche Summen. Für die Medien ist das immer noch weit billiger als die Zahlung von sonst notwendigen Millionenbeträgen für Eigenwerbung, die durch eine Story wie diese leicht ersetzt werden kann. Sie verteidigen ihre Praktiken mit Hinweisen auf die öffentliche Kontrolle über Gerichtsverfahren und die mögliche Wahrung der Chance eines Angeklagten, ohne Diskriminierung von Rasse oder Geschlecht Gerechtigkeit zu erfahren. Dieses Freiheitsverständnis mit seinem Tanz um Macht, Geld und Show behindert jedoch die polizeiliche Ermittlung und verhindert die Wahrheitsfindung.

Advokaten des Teufels

Oft lenkte uns auch ein nicht hochbezahlter Star ab – die Anklägerin Marcia Clark war fast so zickig wie Joan Collins als Alexis. Nur so schöne Klamotten durfte sie nicht tragen. Aber ihr auf O.J. gerichteter Jagdinstinkt war dafür nicht ohne. Ihre Gegner waren in der Mehrzahl. Und die waren reich. Denn ihr Leben ist die Show.

Verteidiger F. Lee Bailey kämpfte in den 60er Jahren den berüchtigten Dr. Sam Sheppard frei, der seine Ehefrau umgebracht haben soll. Daraufhin erhielt die Welt die Fernsehserie »Auf der Flucht«. Bailey war ein Star – und verteidigte bald nur noch lukrative Kunden wie die Tochter des Zeitungsmillionärs William Randolph Hearst. In O.J.s Fall muß er sich die Beute allerdings mit anderen Anwälten teilen. Robert Shapiro wird von Michael Jackson für seine Künste geliebt, und Gerald F. Uelmen von Marlon Brandos des Totschlags angeklagtem Sohn. Uelmen ist dafür berüchtigt, nichtsahnenden Gegnern üble Wunden zuzufügen und wird deshalb »Kobra« genannt. Schillernd großmäulig ist Alan M. Dershowitz, der den Evangelisten Jim Bakker, den Boxer Mike Tyson und Claus von Bülow verteidigte. Sein Buch *Advokat des Teufels* wurde ein Bestseller. Nachdem sich das Traumteam vor laufenden Kameras in die Haare geraten war, nahm Johnnie L. Cochran Jr. die Führerrolle auf sich und hatte nun das Rampenlicht ganz für sich. Der Schwarze verteidigte zwar auch Michael Jackson und den Rapper Snoop Doggy Dogg, doch konzentriert er sich seit vielen Jahren auf Opfer von Polizeibrutalität wie den Farbigen Rodney G. King, den weiße Polizisten fast zu Tode geprügelt hatten. Cochran führt eine Firma von zehn schwarzen Anwälten und gewann in der letzten Dekade über 45 Millionen Dollar bei Prozessen gegen die

Polizei seiner Stadt. In seiner Freizeit beriet er den Schauspieler Denzel Washington während der Dreharbeiten für den Film »Philadelphia«. Sah man während der letzten neun Monate auf die ständig wechselnden extravaganten Seidenkrawatten dieser Staranwälte, konnte man fast vergessen, daß man einem Mordprozeß zuschaute.

Der Prozeß ist in vielerlei Hinsicht eine unerschöpfliche Geldquelle. Cochrans geschiedene Frau bringt ein Buch unter dem Titel *Leben nach Johnnie* heraus. Gordon Clark, geschiedener Ehemann von Marcia Clark, schreibt ebenfalls ein Buch. Michael Knox, einer der vorzeitig entlassenen Geschworenen, wartet auf die Veröffentlichung seiner Erinnerungen. Faye Resnick, drogensüchtige Freundin der ermordeten Nicole Brown Simpson, hatte bereits Anfang des Jahres einen Bestseller vorzuweisen – und war damit als Zeugin nicht mehr verwendbar. Auch Cora Fischman, ebenfalls eine Freundin von Nicole, hat sich kurz entschlossen an die Schreibmaschine gesetzt. Grant Kramer, ein Freund von Simpsons Hausgast Kato Kaelin, schreibt ebenfalls. Der Möchtegern-Schauspieler Kato setzte bereits 800.000 Bücher ab – mit 16 Millionen Dollar Gewinn. Er hat inzwischen eine eigene Radioshow und diverse Filmangebote. Simpsons Mutter kündigte ein Buch an. Internet bietet O.J.-Witze, und über eine spezielle Telefonnummer konnten Interessenten die täglichen Gerichtsprotokolle für 9 Cent beziehen. Ein Buch des rassistischen Polizisten Mark Fuhrman erschien bereits. Die Einnahmen gibt er allerdings an einen Polizei-Fonds weiter. Nun soll auch noch ein Buch mit Briefen an den Detective in die Läden kommen. *Mordprozeß-Gedichte*, ein O.J. Simpson-Prozeß-Astrologie-Buch, noch mehr O.J. Simpson-Witze und eine Sammlung von »verlorenen« und in einer Mülltonne nahe dem Gerichtsgebäude gefundenen Verhandlungsmitschriften warten darauf, gekauft zu werden.

Und natürlich ist da O.J.s Bestseller aus dem Gefängnis, der genau zum Eröffnungstag der Verhandlung erschien. *I Want To Tell You* ist die Antwort des berühmten Gefangenen auf die 300.000 Briefe, die er im Gefängnis erhalten hat. Mit dem Buch erschien eine Kassette, auf der O.J. selbst die ersten 25 Minuten liest. Der Verkauf wird Simpsons Kosten für die Anwälte decken helfen, denn die fordern 150.000 Dollar pro Gerichtstag von ihm. Und sicher erhielt Simpson Tantiemen für die verfilmte Story seines Lebens, die bereits Ende Januar im Fernsehen zu sehen war. Auf jeden Fall forderte er kürzlich einen Vorschuß von mehreren Millionen Dollar für ein Nachfolgewerk seines Buches. Seine Agenten dagegen verhandeln mit Talkshowkönig Larry King über eine Gebührensendung, die ein Interview mit ihm nach dem Prozeß bringen soll. Die würde zweistellige Millionensummen einspielen. CNN rechnet schon jetzt mit 45 Millionen Dollar Gewinn allein durch die bisherigen Prozeßübertragungen.

Spaghetti und Kakerlaken

Während der oft dramatischen Fernsehübertragungen durfte man nicht nur die mehrfach operierten und häßlich vernarbten Knie unter den hochgezogenen Hosenbeinen des Angeklagten bewundern, die als Beweis für seine Gehbehinderung dienen sollten. Man sah die arthritischen Hände – noch ein Zeichen für die schrecklichen Auswirkungen des Sportlerdaseins und Simpsons Unschuld. Die Mordfotos durfte das Fernsehen gemäß Richter Itos Anweisungen nicht zeigen. Während der Schau im Gerichtssaal konnten wir aber wenigstens die erschreckten Gesichter der dort Anwesenden beobachten, die zum Teil in Tränen ausbrachen und die Augen verdeckten. Etwas später lockerte der DNA-Experte D. Lee die Atmosphäre auf. Während seiner Zeugenvernehmung meinte er zum allgemeinen Vergnügen, daß er keine weiteren Fotos von einer blutigen Socke mehr zu sehen brauche, denn es gebe ja auch keinen Grund, einen Teller Spaghetti nach weiteren Kakerlaken abzusuchen, wenn man bereits eine gefunden habe. Der Chinese lächelte schließlich unschuldig in die Runde, während er eine Bemerkung über Nichtasiaten machte: »Ich weiß nicht, mit wem ich gesprochen habe. Sie sehen alle gleich aus.«

Der schwarze Ankläger Darden und der schwarze Verteidiger Cochran entschlossen sich endlich zu einer dramati-schen Beschleunigung des Fortgangs der Serie und beschimpften sich gegenseitig als Rassisten. Rassismus wurde denn auch immer mehr zum Hauptthema der Verhandlung – forciert durch die Bloßstellung von Detective Fuhrman und des pathologisch rassistischen Police Departments. Diese Offenlegung hat in diesem Fall jedoch zwei Seiten: objektive Entlarvung von Mißständen und eventuellen Verschwörungspraktiken einer- und das gefährliche Aufputschen einer unzufriedenen Minderheit andererseits. Die wieder aufgebrochenen Trennlinien zwischen den »Rassen« werden den Medien vermutlich neue sensationelle Nachrichten zur Weiterführung ihrer gewinnbringenden Serie bieten.

Doch der Prozeß ist zu Ende. Man wird nicht mehr die aus aller Welt gesendeten Blumen im Gerichtssaal sehen können, wird Richter Itos Sammlung von Sanduhren vermissen, ohne Aufregung über einen Streik der Geschworenen oder ihre mitunter demonstrativ schwarze Kleidung leben und sich kein Lächeln abzwingen müssen über die wegen Rückenbeschwerden angeschafften neuen, bequemeren Ledersessel für Ito und Cochran. Den Steuerzahler hat das ganze Spektakel bisher knapp neun Millionen Dollar gekostet. Während einer der Verhandlungen erzählte Richter Ito dem Verteidiger Cochran einen Witz: »Einer von Simpsons Anwälten kommt zu seinem Clienten. ›Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht‹, sagt er. ›Welche wollen Sie zuerst hören?‹ ›Die schlechte‹, sagt Simpson. ›Die schlechte Nachricht ist, daß Ihr Blut überall am Tatort zu finden ist. DNA beweist es.‹ ›So, und was ist die gute Nachricht?‹, fragt Simpson. ›Die gute Nachricht ist, daß Ihr Cholesterinwert nur 130 beträgt.‹«

Dieser Wert ist nach dem Freispruch sicher in die Höhe geschnellt. Simpsons erlöstes Gesicht erschien weltweit in Großaufnahme. Dann blickte man mitleidig auf die schwarzen Ränder unter den Augen in Marcias schmal gewordenem Gesicht. Ganz nah im Bild auch der schwarze Ankläger Christopher Darden, während er auf der Pressekonferenz weinend zusammenbrach. Er hatte bereits vor einigen Wochen erklärt: »Ich schäme mich, Teil dieses Falles zu sein. Mein Glaube an das Justizsystem ist erschüttert.« Im Radio erklang der REM-Song »It's the end of the world« mit neuer Titelzeile: »It's the end of the trial«. But the show must go on.

Katia Davis ist freie Journalistin und lebt in New York

Konkret 11/95, S. 54

Erwin Riess

Das zweite Gesicht der Geschichte

Elfriede Jelineks Roman »Die Kinder der Toten« – Ein deutsch-österreichisches Totenlied

»Wo sind alle? Keiner, keine weniger als alle darf es sein.«

Vor einigen Monaten erschien im Chronikteil eines österreichischen Boulevardblatts eine unscheinbare Notiz. Zwischen der Ankündigung einer Hundeausstellung und der Verlautbarung eines Tags der Offenen Tür im erzbischöflichen Ordinariat wurde gemeldet, daß die Schriftstellerin Elfriede Jelinek, eine Halbjüdin, im Begriff sei, die Arbeit an einem österreichkritischen Roman zu beenden. Die im Nazijargon gehaltene Notiz wurde mit Schweigen übergangen, kein Aufschrei der Schriftstellerorganisationen störte den innenpolitischen Frieden, kein Staatsanwalt ermittelte wegen antisemitischer Hetze, kein Publizist erhob seine Stimme.

Der Prosatext, dessen Erscheinen auf diese seit 1945 einmalige Weise avisiert wurde, heißt *Die Kinder der Toten**, ist ein 667 starker Romanessay mit traktatähnlichen Einschüben. Es handelt sich bei diesem Text um ein großartiges und verblüffendes Werk, das in seinem unerbittlichen historischen Gestus, seinem Materialgehalt und seiner Sprachmächtigkeit keine Parallele kennt. Künftige Generationen von Germanisten und Literaturwissenschaftlern werden den Text seines überwältigenden Sprachreichtums wegen als inoffizielles (österreichisches) Wörterbuch studieren. Kein anderes Werk der erzählenden Prosa beinhaltet einen vergleichbaren syntaktischen und semantischen Reichtum; der Bogen reicht von der Umgangssprache bis zur Sprache der Trivialliteratur, von der Sprache der Naturwissenschaften bis zum k.u.k. Militärjargon, von der Kürzelsprache der Werbung und des Sports bis zur großen Naturprosa, von entlegenen Wortspielen bis zu erkenntnisblitzgleichen Kalauern. So wie erste und dritte Welt, Zentrum und Peripherie in den Straßen New Yorks übergangslos nebeneinander existieren, wechseln im Roman elegische, ruhige, erschütternde Sequenzen mit schrillen, frivolen, überbordenden Ausbrüchen oft im selben Absatz, ja im selben Satz ab; ein Hurrikan hat die Sprachwelten erfaßt, er wirbelt sie in neue, unerhörte Zusammenhänge, bei Jelinek vermengt sich die sprachliche Präzision der klinischen Pathologie mit der nestroyschen Situationskomik, die sperrige Sprache der Forstwirtschaft mit der Beschreibung sodomitischer Arrangements in der Tradition der Libertinage.

Elfriede Jelinek hat eine Totenklage, ein Totenlied auf die Opfer des Faschismus geschrieben, sie sieht in den im Holocaust Ermordeten Träger untergegangener Sprachwelten, kultureller und politischer Milieus, und sie hat erfahren, daß die schwärende Wunde offen zu halten das Geringste ist, was die Kinder der Toten für die Opfer tun können. Diese Erkenntnis in eine adäquate sprachliche Form umgesetzt zu haben, macht den Roman zu einem zentralen Text der Nachkriegsgeschichte. Es ist müßig, sich mit einer Inhaltsangabe aufzuhalten, erheiternde Beispiele ratloser Kritiker waren in den letzten Wochen ja mehrfach zu lesen, es geht Jelinek eben nicht um eine Geschichte, sondern um den Zerfall der Geschichte in Geschichts-und Geschichtensplitter. In den Todesfabriken der Nazis kam eine große kollektive Geschichte zu einem Ende, übrig blieben nur Splitter: Erinnerungen, Schmerz, Wut, Ohnmacht, Trauer, Haare. Jelinek hat diese Splitter gesammelt, nicht um sie zu einem kläglichen Mosaik des unwiederbringlich Verlorenen zusammenzufügen, sondern um sie nebeneinander zu stellen – ihre scharfen Kanten gegen den Betrachter gerichtet, arrangiert sie sie zu einer tausendgliedrigen Sprachskulptur. Wenn Eisenspäne in das Kraftfeld eines Magneten geraten, richten sich die Späne in einer Richtung aus. Das Kraftfeld der Jelinekschen Sprache wirkt konträr; in einer unerhörten Empörung, mit einer beispiellosen gedanklichen und künstlerischen Disziplin hört sie in die verlorenen Welten der einzelnen Splitter hinein, widersteht der in der Literatur naheliegenden Versuchung, die Einmaligkeit dieser Opfergeschichte auf einige Erzählstränge – auf ihren, Jelineks Willen – zu reduzieren. Nie weicht sie von ihrer Maxime *Keiner, keine weniger als alle darf es sein* ab. Diese gedankliche Strenge in der Lektüre nachzuvollziehen, bedeutet ein außergewöhnliches, ein packendes Leseereignis.

Wie zu befürchten, war die Literaturkritik nicht gewillt, sich mit dem Text als ganzem auseinanderzusetzen; sie durchkämmte ihn wie ein Waldstück, in dem man eine Leiche, den Skandal, zu finden hofft. Die Leiche wurde nicht gefunden, dennoch näherte sich die Kritik dem Text (als wäre sie im Leichenschauhaus) mit Knochenhacke und Beinmesser, hackte hier ein Stück heraus und trennte dort einen Muskel vom Bein: »Jelinek, die im Grunde immer schon Horror-Romane schrieb, ist nunmehr auch in puncto Genre am Ziel angekommen« (Ulrich Weinzierl, »FAZ«). »Trostlos ist dieser Roman, quälend und öd« (Christian Seiler, »Profil«). Der Lohn der Arbeit, ein Brocken vom Feinsten, wurde im geselligen Beisammensein mit dem skandalgierigen Leser verzehrt. Jetzt wurde auch klar, warum sich vor einigen Monaten, als die erwähnte Nazi-Notiz erschienen war, kein Protest erhoben hatte.

Der Roman wird, so steht zu erwarten, seinen Platz im Regal der halbgelesenen und unverstandenen großen Bücher dieses Jahrhunderts finden. Zumindest läßt der Unsinn, der über ihn in der kurzen Zeit nach seinem Erscheinen geschrieben wurde, dieses befürchten. Der Schwall von Genre- und Gattungsbegriffen, Titeln und Etiketten, der über den Text augegossen wurde, könnte Bibliotheken zur Ehre gereichen. Es mag daher nützlich sein, den gängigsten Mißverständnissen, die über den Text in Umlauf gebracht wurden, nachzugehen.

Die Kinder der Toten ist kein Gruselroman, obwohl Jelinek formale Elemente auch dieses Genres verwendet. Auch in H.P. Lovecrafts *Ctulhu-Stories*, einem Klassiker dieser Gattung, kehren vor langer Zeit Ermordete ins Leben zurück; in einer Kleinstadt erobern sie zuerst die Kanäle und dringen dann in die Wohnungen vor. Die Bewohner, von Grauen erfüllt, fliehen. Jelinek geht über Lovecraft aber hinaus, sie zelebriert den Horror nicht um seiner selbst willen, ihre Toten gehorchen einer grausamen Obsession, sie sind mit dem Leben, mit den (Über-)Lebenden noch nicht fertig, sie sind wiedergekehrt, um endlich sterben zu können: *Der Mann klopft gegen die Scheibe, es klingt, als klopften viele hinter ihm mit. Nur noch die Enden der Schicksalsfäden vernähen!*

Der Roman ist auch keine Horrorgroteske, obwohl der Versuch verstümmelter Körper, in anderen, noch unversehrten fleischlichen Hüllen Platz zu nehmen, bei Jelinek gnadenlos komisch sein kann. Die Verpuppung der aus den Nebeln der Zeit hochsteigenden Untoten zitiert ein Thema aus dem Horrorfilm »Die Körperfresser kommen«; im Gegensatz zum linear erzählenden Film besteht der Text aber aus vielgliedrigen, sich zeitlich und räumlich überlagernden Erzählsplittern. Manche von ihnen sind der Kriminalchronik der letzten Jahre entnommen (der Sexualmord am Ziegelteich, die Reihenmorde im Pflegeheim). Der Roman geht auch deswegen über die Horrorgroteske hinaus, weil sein eigentlicher Held ein Landstrich, dessen Bevölkerung und der beiden gemeinsame historische Alb sind. Die Figuren – die depressive Philosophiestudentin, der freiheitliche Skirennläufer und die leitende Sekretärin samt Mutter – sind Emanationen der österreichischen Verhältnisse, die nicht grotesk, sondern grauenvoll sind: *Einen fliegenden Lindwurm würden wir uns eher noch vorstellen können als die Wahrheit: Hirn im Glas. Hunderte Kindergehirne in unversiegelten Einmachgläsern! Das ist für uns so normal wie das völlige Verschwinden von Menschen.* (Primarius Gross, jahrzehntelang meistbeschäftigter Gerichtspsychiater Wiens, war maßgeblich an Euthanasieverbrechen während der Nazizeit beteiligt. Aus dieser Zeit stammt seine Sammlung von eingeweckten Gehirnen behinderter Kinder.)

Das Schattenhafte der Taten ihrer Vorläufer hält die Lebenden bis heute gefangen: *Wer immer all diese Hekatomben von Leuten vernichtet haben mag, er hat nicht bedacht, konnte vielleicht auch nicht wissen, daß sie mit ihrem Durchgang durchs Feuer eine dauernde Kraft erhalten haben, die jetzt mit uns, die wir noch da sind, zusammenwächst und uns ... in einen heulenden Wirbelsturm hinausreißt, wo uns keine Gedenkfeiern mehr finden werden, zu denen die Präsidenten und Kanzler sprechen, singen, trinken und lachen.*

Die Kinder der Toten ist auch kein pornographischer Roman, obwohl einzelne Sequenzen de Sadesche Eindringlichkeit entfalten, so als die Philosophiestudentin, deren Körper von einer Untoten übernommen wird, den verunglückten Skirennläufer fellationiert und sich durch den Umstand, daß Edgars Schwanz bereits madig ist, keineswegs gestört fühlt. Auch die blutschänderischen Förstersöhne, die sich, nicht ohne vorher den Lauf mit Weihwasser zu füllen, mit der Flinte des Vaters erschießen und daher ihren sexuellen Unternehmungen mit weggerissenem Gesicht nachgehen müssen, oder die Pfählung eines siebzehnjährigen Mädchens, dem ein enthusiasmierter Jüngling einen, je nach Quelle mal 64 cm, mal 66 cm langen Ast in den After treibt, gehören hierher, entsetzliche Bilder, die immer mit dem zentralen Motiv des Romans verknüpft bleiben. Zeigt de Sade anhand der physischen Zerstörung der Personen, daß die Revolution, die für die politische Befreiung des Individuums focht, ins Gegenteil umgeschlagen ist, beschreibt Jelinek eine deutschösterreichische Kontinuität von Rassismus, Xenophobie und alltäglicher Bestialität. Die dünne Decke, die dieses Land zwischen sich und seine Vergangenheit geschoben hat, erweist sich nur als Abfallprodukt der Präsentation auf dem touristischen Weltmarkt. Auf der Alm, da gibts ka Sünd, weil die Österreicher müde sind. In den Städten aber, dort, wo nicht auf den skifahrenden Gast Rücksicht genommen werden muß, ereignen sich täglich neue Massaker, die kollektive historische Gewalt bedient sich zerbrechender Individuen, der barocke Terrorengel schlägt sich im Land mit dem strengsten Denkmalschutz der Welt in sogenannten Familientragödien oder »unerklärlichen« Wut- und Haßausbrüchen Bahn.

Allein im Bundesland Oberösterreich kursieren 250.000 Pump Guns, bei einer Bevölkerung von rund einer Million ergibt das eine Waffendichte, die jeden amerikanischen Bürgermeister zur Verzweiflung treiben würde. Nach einer Reihe von Morden im Familienkreis wurde der Besitz von Pump Guns an eine Meldepflicht gebunden. Von den 50.000 Pump Gun-Trägern Wiens ließen sich einige Dutzend registrieren, und der Polizeipräsident zuckte, darauf angesprochen, die Achseln. Der Staat weiß, warum die Gewaltventile offen bleiben müssen: Die Taten der Mordväter dürfen nicht dadurch entehrt werden, daß den niederen Gewalttaten der Söhne zuviel Ehre zuteil wird. Folgerichtig enthält sich Elfriede Jelinek jeglicher Psychologisierung, sie führt individuelle Gewalt und ihre staatliche Organisation als feste Einheit vor. *Wir implodieren in unsere Schuld hinein und können nicht mehr getötet werden, weil wir längst schon tot sind. Da hilft kein Heimischwerden in dem, was wir getan haben, mit wem, und was der Kanzler aus seiner Abkanzelei den Mitbürgern verkündet ... denn es war Fleisch von seinem eigenen Fleisch, das es, das Land der Hämmer Zukunftsreich, geopfert hat.*

Die Kinder der Toten ist aber auch kein vordergründig politischer Schlüsselroman, wie er in letzter Zeit als Ausdruck einer sich immer inniger gestaltenden Allianz verschiedener Schriftsteller mit der Staatsmacht in Mode gekommen ist, die, aufgeschreckt von Haiders Geschwätz über eine »Dritte Republik« in der Beschwörung der Zweiten ihr Heil suchen. Haider, der junge Führer, der große Lausbub, der seine Jünglinge auswechselt, sobald sie zu riechen beginnen, ist Jelinek nur beiläufigen Spott wert, das Bedrohliche an ihm ist nicht seine »Dritte Republik«, sondern die Tatsache, daß in Haider die Zweite Republik zu sich selbst gekommen ist. Dieser Mann kann schon deshalb keine neue Republik aufrichten, weil er

die Fleischwerdung der alten darstellt. Und da er kein Untoter ist, der über mehrere Gestalten gebietet, bleibt er in seiner Haut gefangen, die die Haut der Zweiten Republik ist. *In unseren Menschenledersesseln bangen wir vor dem Unbekannten.*

Die Kinder der Toten ist natürlich auch kein feministischer Vampirroman, obwohl Motive aus früheren Arbeiten der Autorin erscheinen (der Mutter-Tochter-Krieg). Doch auch dieses Motiv bezieht seine Spannung aus dem Hauptmotiv, der Beschreibung Österreichs: *Heilige Mutterschaft: Jedes Volk muß schauen, daß es sich vermehrt, sonst ist es am Schluß nur mehr eine einzige Person, und diese kann keine Subventionsanträge an die Europäische Union, die wir alle so nicht gewollt haben, stellen.* Der Vampirismus – die Toten brauchen die Lebenden, um sterben zu können – bildet nur die Folie, auf der die einzelnen Geschichtssplitter sich zutragen.

Schließlich handelt es sich bei dem Roman auch um keinen Science Fiction-Text, obwohl er mit jenem eine Eigenschaft teilt: die Spannung zwischen naturwissenschaftlicher Genauigkeit und Elementen der Trivialsprache, wie sie beispielsweise in der Beschreibung der verheerenden Auswirkungen von Hangrutschungen und der medizinischen Befundung bei Verstümmelungen erscheint. *Haben gewußt, daß die Gebärmutter am längsten, bis zu eineinhalb Jahren der Verwesung sich widersetzen kann?*

Daß die Untoten eine fremde Natur annehmen, weil man ihnen ihre eigene nicht beließ, hat weitreichende Konsequenzen. Auch wenn die Nachgeborenen sich mit Schaudern von der Vergangenheit der Eltern abwenden, ihre Schicksalsfäden sind mit den Taten der Vorfahren verknüpft, hunderttausend Wurzeln halten sie in einem Zustand fest, der sie zu Nutznießern der vergangenen Verbrechen macht. Und weil der Osten, *dieser unserer geographischen Behäbigkeit und Breite ewig drohende Schicksalsschlag des Unzivilisierten* den auf den Schlachtfeldern errungenen Sieg im Frieden verspielte und jetzt die Rolle, die ihm einst zugedacht war, nämlich Hilfsvölker der Deutschösterreicher zu stellen, einnimmt, avancieren die Kinder der Toten nachträglich zu Siegern der Geschichte. Mit der Ernte, die sie jetzt in die Scheune fahren, lagern sie aber gleichzeitig ihre und die Schuld der Eltern ein. Das ist der tiefere Grund, warum Vergangenheitsbewältigung nur als verlogene Veranstaltung zum höheren Ruhm des heimischen Fremdenverkehrs denkbar ist, dies erklärt zudem, warum auch die metaphysische Rettung durch »Trauerarbeit« mißlingen muß. Der einzige Weg, von der nicht gesühnten Schuld nicht erdrückt zu werden, ist das beständige laute Aussprechen des Vergangenen und die Rebellion gegen das Erbe dieser Vergangenheit in der Gegenwart. Und so sollte dieser Roman auch gelesen werden: als Text über einen nicht endenwollenden (Kriegs-)Alltag, der friedliche Verhältnisse bestenfalls in der Sphäre des Staates annimmt, und auch das nur, weil der Krieg längst in die Gesellschaft sich eingegraben hat und ihren Alltag prägt.

Zum Beispiel den Alltag in den steirischen Alpen: Holländische Touristen, wanderfreudige Senioren und schwermütige Förster treten einander in den Schluchten und Steigen des Hochschwabmassivs auf die Zehen. In Liegestühle hingestreckt begaffen die Flachlandbewohner schroffe Felswände und stoßen sich nicht an der überhöhten Zeche für den Jausenkaffee. Der geschröpfte Stadtmensch erkennt darin nur die gerechte Strafe für sein vorwitziges Verhalten im abschüssigen Gelände. *Ohne daß wir die Gegend gangbar machen, wird sie nicht tragbar bzw. kann sie uns nicht ins Fernsehgerät nachgetragen, um auch den Gehbehinderten gezeigt zu werden und deren Ehrgeiz zu wecken, was bei diesen Menschen nicht sinnvoll sein kann.* Heftige Unwetter steigern den Erlebniswert. Ganze Straßenteile stürzen in die Tiefe. Vollbesetzte Kleinbusse, gesteuert von tollkühnen Einheimischen, folgen. Muren lösen sich und verschütten abgelegene Ausflugsgasthäuser. Die Tourismusmaschine läuft auf Hochtouren, wie jedes Jahr schickt sich auch die Natur mit ihren Katastrophen in die Sensation des Ewiggleichen. *Die Natur verabscheut alles Neue, weil sie selber schon so alt ist. Jedes Jahr, wenn es grün wird, beneidet sie die Leute, die zu ihr kommen, weil sie wieder wegfahren dürfen.*

Die Aufräumungsarbeiten an der von einem verheerenden Erdrutsch begrabenen »Pension Alpenrose« gestalten sich merkwürdig. Jungsoldaten werden abgezogen und durch erfahrenere ältere Männer ersetzt. Der Grund: Es wurden hunderte Leichen gefunden, viel mehr als in der kleinen Pension überhaupt Platz hatten. Noch seltsamer allerdings ist die Tatsache, daß ein Großteil der Leichen nach übereinstimmender Aussage von Pathologen schon wesentlich länger, fünfzig Jahre mindestens, tot gewesen sein mußte. Außerdem finden sich Berge von Haaren, denen keine Leichen zugeordnet werden können. Etwas Ungeheuerliches hat sich in der Pension zugetragen, durch eine *Falte der Zeit* haben Untote ihren Aufenthaltsort im Zwischenreich durchstoßen, eine *Sollbruchstelle, von der bisher niemand Kenntnis hatte*, ist aufgegangen.

Der Riß in der Gegenwart erscheint als politischer Alltag. Fünfzig Jahre nach der militärischen Niederlage des Faschismus glaubt Österreich – zum wievielten Mal? – , den Notausgang aus der eigenen Geschichte gefunden zu haben. Die Vertriebenen, Gedemütigten und Geschlagenen des Faschismus sterben dahin, zum Abschied werden sie vom offiziellen Österreich aber noch ein letztes Mal erkennungsdienstlich behandelt, man steckt jedem Überlebenden ein Kuvert zu, auf dem nur deswegen nicht der Titel »Wiedergutmachung« glänzt, weil dadurch die Schmach der Almosenannahme noch vergrößert werden soll. Einmal noch sollen die Ergrauten vor Österreich buckeln, dann dürfen sie am Wiener Judenplatz ein Denkmal samt Vorwort bewohnen, und vielleicht wird ihnen dann so mancher Sohn verzeihen, was der Vater ihnen antat, denn die Täter sterben in diesem Land in Frieden, heimattrunken und nach vollbrachter Fortpflanzung. Auf der

politischen Ersatzbank, in der Mitte des Parlaments, hat sich auch schon die Blüte der heimischen Jugend breitgemacht, der junge Führer und seine Domestiken. *Er wird sich uns einmal auf sein Brot legen, wenn wir ihm nicht schon vorher eine schmieren.*

Im größeren Europa dürfen seit dem Vorjahr auch österreichische Binnenkähne ihre Ladung löschen: stinkende Haufen von brauner Geschichte. Und während der Bundeskanzler *von seiner Bundeskanzel über Millionen Tote seine gelenkige Rede hält*, klingen die Reden, die nicht ins Weltmikrophon gesprochen werden, anders: *Am besten, man weicht allen Opfern des Wütenden Reichs grundsätzlich (in einem so hohen Bogen, wie man ihn pissen kann) aus, wenn sie mit ihren Seelen singen, denn die wollen immer und überall, auch im nach Grillrauch stinkenden Freizeitzelt, ihre internationale Geschichtsstunde abhalten, die längst allgemein bekannt ist, schließlich ist sie mit Bier in den Sand geschrieben. Diese unbelehrbar Beladenen wollen uns dauernd den Schorf abkratzen, damit jeder sieht, daß unser Fleisch drunter Heil! geblieben ist.*

Auch der deutsche Alltag strömt durch den tektonischen Riß wie die Deutschen, die in der österreichischen Volkshochschule gefälligst ihr Deutsch aufpolieren sollen. *Die Deutschen suchen ja auch unaufhörlich nach einem neuen Herrn, weil sie das Maß nicht kennen, in das sie sich alle gemeinsam drängen wollen. Nicht einmal durch Bothos, Martins, Kurts, Hänschens und Herberts vollendetes Klar- oder Klospülen werden sie sie wieder los, die Toten.*

An einer Stelle beschwert sich ein jüdischer Mann im Jahr 1938 über die Behandlung seines Vaters. Dies ist die einzige Sequenz des Buches, in der die Sprache ihre assoziative Breite reduziert und dokumentarischen Charakter annimmt. Unschwer ist in ihr das Auge des über den Leser hereinstürzenden Bilder- und Sprachhurrikans zu erkennen. *In der Nacht vom 14. auf den 15. November d. J. wurden meine alten Eltern und ich aus den Betten geholt und in ein Sammelquartier gebracht. Mein 75jähriger Vater wurde auf die bloße Bitte um Legitimation der in Zivil erschienenen Organe geschlagen. Er sollte am nächsten Tage bei Ihnen, Herr Reichskommissar, vorsprechen, wurde aber nicht vorgelassen. Dadurch sich vollkommen recht- und schutzlos fühlend, beging er am gleichen Tag im Garten seines kleinen Landhauses Selbstmord. Mein Vater, der gebürtiger Wiener war, hat in seinem 75jährigen Leben sich weder politisch noch sonstwie gegen die bestehenden Gesetze vergangen. Er war vollkommen unbescholten und in seiner Rechtschaffenheit immer angesehen.*

Im Kontrast dazu beginnt das Gesuch eines Parteigenossen um Arisierung eines Fahrrades im gebrochenen Beamtendeutsch: *Hochgeehrter! Gestatten Sie mir, in diese Angelegenheit kräftig zu treten! Um Unterstützung bitten, denn bewerbe mich auf dem Arisierungsweg, daß jetzt dorten Fahrrad bereitgestellt, damit schneller geht*, schlägt dann in frechen Protest um: *es lauft das Gesuch seit Wochen und lauft und lauft und lauft und hat sich noch keiner gemeldet. Also bin ich jetzt dran!* und fällt dann wieder in die k. u. k. Untertanensprache zurück: *Sie, Verehrter, kennen meine Lauterkeit, meine Selbstlosigkeit durch 25 Jahre für das österr. Bekleidungs- und Verkleinerungsgewerbe und würden einige Worte von Ihnen förderlich sein.*

Immer wieder spricht die Autorin den Leser direkt an, nicht weil sie ihn zum Komplizen einer Entdeckung machen will, sondern weil sie selber vor der Furie ihrer Sprache erschrickt. In einer Sequenz verbindet sie Gudruns Oralverkehr mit der Erinnerung an den Gastod: *Die Bubenhäuteln, die sie im Mund hin- und herwälzt, kostet, aussaugt, einen Moment bitte, jetzt entsteht Leben, wird aber nicht gebraucht, es schmilzt, geht in Rauch auf, in diesem Fall in Schall. In Gudruns Mund geht jeder dieser prallen weißen Äste mit einem Schrei zugrunde, da liegen sie nun in ihrer Milch und in ihrem Samen, noch mehr Worte entstehen mir unter den Fingern. Hilfe! Ja, in Ordnung, schreiben Sie hier jetzt lieber die Ihren hin! –* eine ungeheuerliche Assoziation, für deren Auflösung Jelinek sich unzuständig erklärt, erklären muß, denn: *Das Haus aus Sprache ist mir leider zusammengekracht.* Das Fundament, auf dem es ruhte, war ein Massengrab.

Der Versuch der Opfer, wieder zurückzukehren ins Land der Schande, kann als eine Art von Rache begriffen werden, eine sanfte, jammervolle Rache zwar – die Opfer tragen ja alle noch die Spuren der Missetaten, die an ihnen verübt wurden (*an dem jungen Toten klebt noch etwas Kot, der an seinen Oberschenkeln hinuntergeronnen ist*) – , aber dennoch ist es zumindest ein Versuch des Widerstands, den zu leisten die Opfer seinerzeit nicht in der Lage waren und den nachzuholen sie brennen. In diesem Sinne ist der Roman eine Art negatives Geschichtswerk, er beschreibt eine komplementäre Wirklichkeit, das zweite Gesicht der Geschichte. Die auftretenden Dioskuren und Demiurgen, die zweigesichtigen Schattenwesen, melden sich zurück, sie beanspruchen ihren Teil an der Welt, wollen in die Orte zurück, aus denen sie vertrieben wurden, ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Körper. In *Die Kinder der Toten* erobern die Opfer (für kurze Zeit nur, denn die Natur, der Erdrutsch, vereitelt ihr Vorhaben) den Alltag zurück. Die Nachgeborenen sind schließlich *nur die Entwürfe der Toten, und erst wenn wir selbst tot sind, sind wir fertig, und andre können sich von uns ein Bild machen.*

Die geschlagenen Wunden werden sich nie schließen, immer wieder wird das darunterliegende Fleisch aufbrechen und neu vernarben. Die Bitte der untoten Opfer – *Nur noch die Schicksalsfäden vernähen!* – bleibt unerfüllt.

* Die kursiven Passagen sind Zitate aus Jelineks Roman

Elfriede Jelinek: *Die Kinder der Toten.* Roman. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1995, 667 Seiten, 48 Mark

Erwin Riess schrieb in KONKRET 5/95 über Josef Haslingers Roman »Opernball«

Konkret 11/95, S. 58

Jürgen Kiontke

Die Kraft der Kunst

Totalitarismustheorie, gehängt: die Ausstellung Berlin-Moskau/Moskau-Berlin

»Unsere Stadt ist stark und fruchtbar, und ihre Flügel wissen, wohin sie wollen. Darum kehrt der Künstler doch immer wieder zurück nach Berlin, hier ist die Uhr der Kunst«, zitiert die Daimler-Benz AG in ihrer Unterstützererklärung zur Ausstellung »Berlin-Moskau/Moskau-Berlin 1900-1950« (bis 7. Januar 96 in Berlin zu sehen) Else Lasker-Schüler selig. Nicht ohne hinzuzudichten: »Nichts kann wiederholt werden. Aber wie immer, dort, wo etwas aufhört, entsteht auch die Möglichkeit für einen Neubeginn: anders als vorher, vielleicht sogar besser – vor allem jedoch bewußter.«

Um bewußte Neuanfänge geht es auch in der Berliner Ausstellung, dem ultimativen Ereignis dieses Jahres, ja des »ausgehenden 20. Jahrhunderts«, wie Jörn Merkert, Direktor der Berlinischen Galerie, zur Eröffnung formulierte. Im Rahmen der 45. Berliner Festwochen möchte er die Avantgarde der zwanziger Jahre und die äußerst komplizierten Beziehungen von Deutschen und Russen im Mittelpunkt sehen und darüber hinaus historisch-politische Ereignisse dokumentieren: »Wir vertrauen darauf, daß alles, was wir sagen wollen, die Künste zehnmal besser erzählen können.« Erzählen von den beiden Diktaturen, der einen in Deutschland, der anderen in der Sowjetunion – in nicht unbekanntem, totalitarismustheoretischem Stil. Maxime sei die Rede Weizsäckers vom 8. Mai 1984: »Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schätzen, so sehr sie sich auch gegen uns richten mag.«

Damit dies deutlich wird, hat der Architekt Daniel Libeskind zwei gigantische Keile durch den Martin-Gropius-Bau an der Stresemannstraße getrieben, aus einer Höhe von 16 Metern nach unten spitz zulaufend. Der ästhetische Bezug: El Lissitzkys Plakat »Schlagt die Weißen mit dem roten Keil« von 1920, auf dem ein roter Keil in eine weiße, schwarz umrandete Kreisform einschlägt, Symbol des Sieges der Bolschewiki.

In über 30 Sälen sind 2.000 Exponate versammelt. Aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammen Werke von Otto Dix, John Heartfield und Naum Gabo – Zeichen eines bilateralen Kulturaustausches. Vom Krieg und seinen Nachwirkungen bis 1920 zeugen Bilder etwa von Ernst Ludwig Kirchner. Für die Jahre bis 1933 bildet das »russische Berlin« den Schwerpunkt; in dieser Zeit lebten bis zu 300.000 Russen in Berlin, darunter Ilja Ehrenburg. Für die Jahre bis 1941 konstatieren die Ausstellungsmacher das »Ende der Utopien«. Bis 1945 dominiert Kriegs- und Propagandakunst – Ölgemälde von Hitler finden sich mit Werken expressionistischer und kommunistischer Künstler vereint. Schlußpunkt: die Nachkriegszeit mit Wiederaufbau und den Visionen von der Normalisierung des Lebens in Moskau, zu sehen in den Bildern Deinekas.

Mit seiner Idee, die Räume farbsymbolisch zu spalten: »Hoffnung« = rot und »Terror« = schwarz, sei es Libeskind gelungen, grundlegende Klassifizierungsprobleme zu lösen, betonte Jörn Merkert. Eben einfach Diktatur hier, Diktatur da, ohne nach ihrem jeweiligen Zustandekommen zu fragen (war die eine nicht das Ergebnis demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse?). Damit soll vor allem die historische Achse Berlin-Moskau rekonstruiert werden. Bezugspunkte sind die »Erste russische Kunstausstellung« in der Berliner Galerie van Diemen von 1922 und die Ausstellungen »Paris-Moscou« und »Berlin-Paris« vor einigen Jahren, die natürlich nicht so imponierend waren, wie diese jetzt geredet wird. Ursprünglich ein BRD-DDR-Projekt, war die Koproduktion zunächst frühzeitig gescheitert – »dann wurde eben alles überrollt durch den Fall der Mauer« (Merkert).

Die Konzeption der Ausstellung droht nun ihre Objekte zu überschatten. Was nützt es, mit nie gezeigten Bildern aufzuwarten, wenn es dann heißt, auch mit nationalsozialistischer Kunst werde nun »bewußt provokant« umgegangen – ohne Tabus. Man müsse die Täter totalitärer Systeme zeigen können, also auch »ideologisch eindeutige« Bilder. Was soll man da nun dürfen – Geschichtsklitterung andersherum? Hitler im Kreise der Getreuen in Öl, umgeben von »entarteter Kunst« – wenn das der Führer wüßte.

Die Frage, ob da nicht Ungleiches gleichgemacht werde, hat Merkert abgebügelt. Da könne man sich ja gleich auch überlegen, warum heute noch Filme mit Marika Rökk und Heinz Rühmann gezeigt werden, die zum gleichen Zwecke wie die Bilder geschaffen wurden. Oder die Architektur: »Anscheinend ist es für uns nicht unerträglich, mit Naziarchitektur zu leben. Es sitzen ja immer die obersten Behörden drin. Die scheinen damit keine Probleme zu haben« (»ND«, 2.9.95). Schlußfolgerung: Geschichte will nicht kommentiert sein. Mit Texttafeln müsse man »heute nicht mehr belehren« – gängige Gesamtberliner Ausstellungspolitik.

Weniger liberal als der Umgang mit Nazi-Kunst war die Behandlung der russischen Ausstellungs-Kooperatorin Irina Antonowa, Leiterin des Puschkin-Museums. Wenn die riesenhafte Ausstellung überhaupt einen Sinn hat, dann liegt der womöglich in dem Aufsatz, den sie zum Katalog beisteuerte. »Der von den Nationalsozialisten entfesselte Zweite Weltkrieg fügte dem kulturellen Erbe Europas unabsehbaren Schaden zu«, schreibt sie, eine Banalität, aber eine, der sich

deutsche Kulturpolitiker erinnern sollten. Man hätte sie im Kontext der Ausstellung gerne unterschlagen, bezieht sie sich doch auf die Diskussion um die von der Roten Armee in die Sowjetunion verbrachten »Beute«-Objekte des Dritten Reiches. Antonowas Text, da wäre nicht viel Tafel nötig gewesen, hätte man ruhig aufhängen können.

Immerhin stand die Ausstellungseröffnung nicht nur deswegen unter dem Zeichen der »Beutekunst«-Debatte, weil Frau Antonowa sich der Frage erwehren mußte, wann sie die Stücke nun endlich zurückgebe. Der eigens angereiste Kulturminister der Russischen Föderation, Jewgeni Sidorow, sicherte Berlins Regierendem Bürgermeister Diepgen zu, die Rückgabe der nach 1945 »erbeuteten deutschen Kunstschätze« (ADN) solle bald geklärt werden. Mit einer schnellen gesetzlichen Regelung sei ja wohl nicht zu rechnen, gab Eberhard Diepgen zurück, nicht vor den russischen Wahlen am 17. Dezember. Der Hintergrund: Der Förderationsrat, die zweite Kammer des russischen Parlaments, hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Herausgabe der aus Deutschland verbrachten Kulturgüter verhindert werden soll. Man befürchtet, die russische Regierung könnte sich mit einem Ausverkauf deutsche Unterstützung gegen die Opposition sichern wollen. Das Gesetz sieht unter anderem vor, daß Kunstgegenstände nur »in Ausnahmefällen«, wie die »FAZ« schrieb, zurückgegeben werden sollen. Dann nämlich, wenn »die Kunstgegenstände religiösen oder wohltätigen Organisationen« gehörten, die nicht die Nazis unterstützt haben, oder wenn Einzelpersonen geschädigt worden seien. Schon sind auf Bundes- und Provinzebene Untersuchungen zu den Grundlagen der Berlin-Moskau-Ausstellung angestellt worden. Wann denn endlich die »Reihe schmerzlicher Lücken« geschlossen werden könne, jammerte die »Thüringer Allgemeine« bereits im letzten Jahr, und wann die Russen das von den »Beutekommissaren« in »die Hand der Eroberer« Gegebene zurückgeben werden, fragte der »Spiegel« einige Monate später. So empört gab man sich, daß der Leiter der Petersburger Eremitage, Michail Petrowskij, sich schon mit »Restitutionsverfahren« konfrontiert sieht, als sei es nur eine Frage der Zeit, bis der Bundeswehr die 1945 konfiszierten Waffen der Wehrmacht ausgeliefert werden.

Werner Knopp, Präsident des Preußischen Kulturbesitzes zu Berlin, setzte noch einen drauf und erklärte, die Russen würden sich schlimmer benehmen als die Nazis gegenüber der »entarteten Kunst«: »Die Raubzüge der Nazis betrafen einen fest umrissenen Bestand – schlimm genug. Aber sie stellten nicht die Eigentumsrechte zur Disposition.« Wolf-Dieter Dube, Direktor der Staatlichen Museen, bekannte gar, daß sich nach einigen Rückgaben an die Sowjetunion »allerdings Einzelstücke« des von den Nazis geraubten »russischen Kulturguts auf deutschem Boden befinden« (»jW«, 20.5.95). In geheimen Magazinen, vormals den Russen unterstellt? Als im Mai dieses Jahres die Kunsthistoriker Konstantin Akinsha und Grigori Koslow gemeinsam mit Clemens Toussaint ihren Forschungsbericht *Operation Beutekunst* vorlegten, berichtete die »Süddeutsche Zeitung« (29.5.95) gleich von aufsehenerregenden Erkenntnissen über »Stalins Plan eines Weltkunst-Museums, das Hitlers Linzer Museumsphantasmagorie noch übertreffen sollte«.

Unter solchen Sternen zieht man von Berlin nach Moskau und zurück, im Gepäck die Avantgarde und eine schrill revanchistische Presse. Ein weiteres Beispiel, das am Tag vor der Eröffnung in der »Taz« (2.9.95) zu lesen war: »Nicht auszudenken, wie die Ausstellung ausgesehen hätte, wenn sie zehn Jahre früher eröffnet worden wäre. Selbstgefällig, voller falscher Nostalgie, geprägt von taktischen, der Entspannungspolitik geschuldeten Rücksichten. Jetzt, sechs Jahre nach der Zeitenwende, ist die Welt der schönen Lügen zusammengebrochen, die Wirklichkeit zeigt die Zähne, auf beiden Seiten.« – »Es ist auch die Zeit für eine Abrechnung mit einer blutigen Jahrhunderthälfte. Für die rückhaltlose Aufklärung des Schreckens, mit dem zwei totalitäre Ideologien Europa überzogen. Für Ehrlichkeit«, weswegen es dann heißt: »Hitlers Zerstörungswerk vollendete Stalin.«

Russophilie und deutsche Rückforderungsansprüche, damit muß man 1995 leben. Auch an der Westfront. Ende Mai hatte der Mitteldeutsche Rundfunk »Erkenntnisse« vorliegen, denenzufolge auch die Amerikaner Tausende Waggonladungen Kunstobjekte »entführt« hätten. Nun, hier sind sie: Hitler im Feld, Hitler in Rüstung, Hitler im Wohnzimmer – Leihgaben des U.S. Army Center of Military History, Washington D.C. Nun ist es wieder in Berlin zu sehen, das lange vermißte deutsche Kulturgut. Und wollte man dem »Beutekunst«-Streit noch etwas Belustigendes hinzufügen, so lese man bei Antonowa nach: »Aus den Bibliotheken wurden lediglich 15 Millionen Bände nationalsozialistischer Literatur entfernt.«

Jürgen Kiontke ist Feuilletonredakteur der Tageszeitung □ junge Welt□

Konkret 11/95, S. 60

Layla Dawson

Schlachtfeld Kultur

Über Edward W. Said und seine Studie zur Rolle der westlichen Kultur bei der Eroberung der Welt

»Vielleicht war von solchen Geheimnissen, Geheimnissen, wie jeder sie hat, nur freizukommen, wenn man sie mit aller Anstrengung ans Licht der Welt zog, wenn man sie der Welt selbst auferlegte und sie damit zwang, zu einem Bestandteil der Welterfahrung selbst zu werden. Aber ohne diese Anstrengung blieb das Geheimnis nur ein Kerker, in dem der Mensch zugrunde ging; ja ohne diese Anstrengung wäre die ganze Welt eine unbewohnbare Stätte der Finsternis« (James Baldwin: *Another Country*).

Doch die Fähigkeit, den Kerker als solchen zu beschreiben, reicht nicht aus, wenn niemand zuhört. Camille Paglia hat in einer enthusiastischen Rezension von Edward W. Saids *Kultur und Imperialismus* gerade die Eigenschaften des Autors herausgestellt, die ihn einer gebildeten nordamerikanischen Leserschaft am ehesten schmackhaft machen könnten: »Edward W. Said ... ist das seltene Beispiel eines amerikanischen Gelehrten, der auch im europäischen Sinne Intellektueller ist.« Mit anderen Worten: einer von uns – wenn auch Palästinenser, ist er doch Professor für Englisch und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Columbia-Universität. Wir alle können ihn verstehen, weil er unsere Sprache spricht, und, wichtig für Amerikaner mit kulturellem Minderwertigkeitskomplex, er vermag sich im Stil eines europäischen Intellektuellen auszudrücken – gibt es ein besseres Beispiel für einen doppelt verzwirnten Kulturimperialismus?

»*Kultur und Imperialismus*... ist eine Darstellung der Wurzeln des Imperialismus in der europäischen Kultur.« Die öffentliche Rezeption des Buches streicht um die schwer verdauliche Analyse, die Said leistet, wie die Katze um den heißen Brei. Daß die europäische Kultur im Imperialismus wurzelt, wäre eine treffendere Beschreibung seiner Aussagen. Wieviele Goldmedaillen hätten die USA und die ehemaligen europäischen Kolonialmächte denn heute, ohne all die Abkömmlinge der Sklaven und kolonialen Immigranten? Von Blues bis Rap, wo stünde die euro-amerikanische Popmusik heute, ohne die Sklaverei? Wäre ein Elvis Presley, der europäische Volkslieder singt, ein Hit gewesen?

Dieses Buch ist das eines Exilierten. Zu Edward Saids Lebzeiten haben sich Teile der arabischen Welt, denen er einst verbunden war, radikal verändert oder aufgehört, zu existieren. New York, wo er den Großteil des Werks verfaßt hat, nennt er eine Exilantenstadt »par excellence«. Als Araber mit westlicher Ausbildung ist er weder »einer von uns« noch »einer von denen«, sondern eine Art Zwitter, der beide Seiten aus dem vergleichsweise sicheren Winkel des akademischen Lebens beobachtet. Er liebt die europäische Literatur, aber er kann ihre Defizite nicht übersehen. Er teilt uns nichts eigentlich Neues mit, aber seine Darlegung ist auch einem Mittelklassepublikum zugänglich, das nie James Baldwin oder Frantz Fanon gelesen hat.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß Edward Said mir zuerst durch meine Eltern nahegebracht wurde. Sie hatten seine 1993er Reith-Vorlesungen im BBC-Radio gehört, zu Hause in Südlondon. Jetzt, da sie beide im Ruhestand sind, haben sie mehr Zeit für Hochkultur. »Oh, er ist wunderbar«, sagte mir meine Mutter am Telefon und schickte mir prompt ein Exemplar von *Culture and Imperialism*. Meine christliche, aus Neuseeland stammende Mutter hat Londoner Kindern 40 Jahre lang Englisch und Französisch beigebracht. Mein moslemischer, Fidschi-geborener Vater, dessen Vater aus dem äußersten Nordwesten Indiens ausgewandert war, um auf den britischen Zuckerplantagen zu arbeiten, ist ein Mann von Gefühlen, Idealen und großer Begeisterungsfähigkeit, der gerne erzählt, wie er 1946 einmal beinahe der KP Neuseelands beigetreten wäre. Als Jurastudent verbrachte er viel Zeit im Kino und hat deswegen sein Studium nicht beendet. Meine Eltern haben nach außen nie eingestanden, daß sie alles andere als britisch sind, in mancherlei Hinsicht den »Pflanzen aus der Heimaterde« sogar überlegen, weil in den entlegeneren Winkeln des Empire akademische Strebsamkeit, Disziplin, gute Manieren und weiße Baumwollhandschuhe für Mädchen im Sommer, all die Werte, die britische Gouverneure pflegten und die aus sentimentaler Verbundenheit mit der »Heimat« genährt wurden, oft länger überdauerten als im Stammland. Das Gebaren meiner Eltern stellt sich heute als eine Art Tarnung dar. Jetzt, da ihre Kinder sicher auf eigenen Füßen stehen und ihre Hypotheken bezahlt sind, reden meine Eltern subversiv über sogenannte Rassenbeziehungen, die Rolle der Polizei, das Los der Bergarbeiter und Industrieproletarier, die genausosehr Minderheiten sind wie schwarze, gelbe und braune Menschen in der postindustriellen Dienstleistungs-GmbH Großbritannien. Sie loben Edward Said, weil er ihre Wunde benennt, und bewundern ihn für seine Versiertheit in der Herrensprache. Diese Versiertheit wird vom etablierten Amerika und England als »intellektuell« anerkannt. »Exil ist eines der schwersten Schicksale...«1, und es war das Schicksal vieler im Kielwasser des Imperialismus und der kolonialen Herrschaft. Was das angeht, ist der Imperialismus nicht vorüber. Der Postkolonialismus hat einen mächtigen Einfluß auf die Kultur gehabt, und neue Formen des Imperialismus, die die USA als »neue Formen der Verantwortlichkeit« bezeichnen, werden neuen Druck erzeugen.

Kultur ist sowohl Henne als auch Ei. Sie reflektiert das wirkliche Leben und bestimmt auch die Ordnung in einem geschlossenen Regelkreis. Von der andern Seite des Zauns aus betrachtet, für Immigranten, Minderheiten in Europa oder Bewohner europäischer Kolonien, die von außen schauen, stinkt die herrschende Kultur vor Heuchelei. Daher ist Kultur

keine harmlose Nebensache, in die wir nach der Arbeit oder an Wochenenden fliehen können. *Beim Gedanken an Carlyle oder Ruskin oder sogar an Dickens und Thackeray haben manche Kritiker ... vor den Überlegungen dieser Schriftsteller zu kolonialer Expansion, ›minderwertigen Rassen‹ oder ›Niggern‹ die Augen verschlossen, um ein Vor-Urteil zu retten, das die Kultur zu einem exterritorialen Gehege erklärt, wo ›in Wahrheit‹ die ›wirklich‹ wichtige Arbeit ihren Ort habe. Eine auf diese Weise vorgestellte Kultur kann zur Schutzzone werden: Geben Sie Ihre Politik in Verwahrung, bevor Sie den Park betreten!**

Kultur dringt unmerklich durch die Poren. Als ich in den frühen Fünfzigern in meinem Londoner Kindergarten auf der Gummimatte lag, zum Ausruhen nach dem Essen gezwungen, las uns die Betreuerin Geschichten vom »kleinen schwarzen Sambo« und von Noddy vor, der ein rosa Elfenkind war, einen Hut mit einem Glöckchen trug, im Spielzeugland lebte und Angst vor den bösen schwarzen Golliwogs hatte. Ich brauchte ein paar Jahre, bis ich begriff, daß man mich für eine von diesen Golliwogs halten mochte. In den Vorstädten, deren Straßen die Namen von Generälen tragen, die Land gestohlen, ganze Nationen versklavt und die Zivilbevölkerung abgeschlachtet haben, damit das großartige englische Frühstück serviert werden kann, tropft Orangen-, Ingwer- und Limonenmarmelade von Zuckerstangen auf Porridge. Kultur ist das Schlachtfeld, auf dem Entscheidungen darüber fallen, wie wir denken, arbeiten und was wir konsumieren.

Kultur (bezeichnet) ... das Reservoir jeder Gesellschaft »an Bestem«. ... Kultur in diesem Sinne ist eine Quelle der Identität, übrigens eine ziemlich heftige. Dort, in der Kultur, soll die Gesamtheit dessen zusammengefaßt sein, worauf ein Volk stolz ist, eingeschlossen das Ideal, dem es folgen soll. Said subsumiert unter »Kultur« alle Praktiken, die relativ unabhängig von ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten funktionieren und die oft ästhetische Formen annehmen, deren Zweck es vor allem ist, Freude zu bereiten. Er konzentriert sich auf die Literatur der britischen, französischen und amerikanischen imperialen Erfahrungen, weil dies die drei Kulturen sind, in denen er als Außenseiter gelebt hat. Weil das Narrative eine wichtige Rolle bei der imperialen Eroberung und Inbesitznahme von immer mehr Land und immer mehr Ressourcen spielt, überrascht es ihn nicht, daß die Tradition der Romanschriftstellerei in Frankreich und besonders in England ungebrochen ist. *Im Zentrum dessen, was Entdecker und Erzähler über fremde Weltregionen mitteilen, (stehen) Geschichten; Geschichten sind auch ein Mittel kolonisierter Völker, um ihre Identität und ihre eigene Geschichte zu bekräftigen.* Es gibt noch ein Charakteristikum, das diese drei ehemaligen und gegenwärtigen Imperien eint: *eine Struktur von Einstellungen und Bezügen*, die mit überseeischer Herrschaft unauflöslich verbunden ist, die bestimmte Denkweisen und den kontinuierlichen Strom von Arbeitskräften, Profis und Technokraten aus der »Heimat« erfordern, welche in den Kolonien herrschen, die Expansion steuern, die Ordnung aufrechterhalten und die Fahne zum Flattern bringen sollen. Die Sonne ging im britischen Empire niemals un-ter.2

Wie können wir *Robinson Crusoe* lesen, ein Buch, das beschreibt, wie ein Europäer auf einer nichteuropäischen Insel eine Art Knechtschaft installiert, oder Dickens' *Große Erwartungen*, ohne über eine Kultur nachzudenken, die imperiale Vorrechte und die koloniale Ausbeutung »minderer« Völker für selbstverständlich hält? Pip, der englische Landjunge (und spätere -mann), Held in *Große Erwartungen*, wird mit Hilfe der Großzügigkeit eines anonymen Wohltäters seiner elenden Umgebung entrissen. Er wird, aufgeblasen vor lauter Einbildung, zum Snob. Später findet er heraus, daß sein geheimer Wohltäter ein ehemaliger Sträfling der Gefängniskolonie Australien ist, mit dem er als Kind kurze Zeit befreundet war und der inzwischen zu Reichtum gekommen ist. Dickens, der so sehr Imperialist war wie (eben deshalb) Anhänger der Menschenrechte, verwandelt Pip am Ende der Geschichte in einen Menschen, der imstande ist, den Ex-Sträfling als Ersatzvater anzunehmen. Als deportierter Gefangener kann sein »Vater« jedoch nie nach England zurückkehren. Bequemerweise, günstig für Romandramaturgie und viktorianische Empfindlichkeiten, ist der Alte krank und stirbt. So bleibt Pips großherzige Akzeptanz ohne Konsequenzen, und er selbst wird schließlich Kolonialist in China.

Es werden Ihnen andere Beispiele einfallen. Auf meinem Bücherregal steht E.H. Gombrichs *The Story of Art*, eine englische Ausgabe, vermutlich für ein weltweites Publikum. Vier Fünftel seines Umfangs widmet das Buch der Geschichte der europäischen Kunst und ein mickriges Fünftel dem ganzen Rest, inklusive der römischen und griechischen Kunst, deren Aufnahme als Quelle westlicher Kunst sich nicht vermeiden ließ. *Die Annäherung der italienischen, französischen und englischen Humanisten an die griechischen Klassiker geschah ohne die lästigen Zwischenrufe der lebenden Zeitgenossen.* Gegenwartskunst außerhalb Europas und Amerikas gibt es nicht. Ethnische – hier gebraucht im 1470er Sinn der englischen Originalbedeutung »heidnisch«, womit Völker bezeichnet wurden, die weder christlich noch jüdisch waren3 – Kulturen erscheinen nur als Schatzkammern, aus denen sich Europäer nach Belieben bedienen können. Was sie nicht verstehen, werfen sie weg. Die japanische Kunst wird in einem Satz als Quelle für Beardsley, Horta und Toulouse-Lautrec abgehakt. Die Fotografie einer Maske, die beim Stamm der Dan in Westafrika hergestellt wurde, wird in einem Kapitel über europäische Experimentalkunst abgebildet. Das ist es, *was im späten 20. Jahrhundert von den Kritikern Afrikanismus oder afrikanistischer Diskurs genannt worden ist, eine systematische Sprache zur Auseinandersetzung und zum Studium Afrikas für den Westen.*

In Tahiti »suchte Gauguin ... nach etwas viel Einfacherem und Direkterem und hoffte, es bei den Primitiven zu finden ... er war stolz darauf, ›barbarisch‹ genannt zu werden. Selbst seine Farben und Umrisse sollten ›barbarisch‹ sein, um den unverdorbenen Naturkindern, die er zu bewundern gelernt hatte, gerecht zu werden.«4 Die Vorstellung vom Nichteuropäer,

der erst ein kindliches Entwicklungsstadium erreicht hat, eine Unschuld, in der sich der komplexere, weltschmerzgeplagte, schuldzerquälte Europäer suhlen kann, läßt an einen ältlichen Geschäftsmann denken, der auf der Jungfräulichkeit einer Prostituierten besteht. Dieses Phantasma vom ›Eingeborenen‹, ein Wort, das ausschließlich Nichteuropäer bezeichnen soll, hat die europäische Vorstellungskraft angeregt und genährt, seit die Conquistadores Südamerika auf der Suche nach Gold verwüsteten, Jesuiten in Japan eintrafen und viktorianische Vikare in Neuseeland.

Aber was war denn so verkehrt an diesen Künstlern, die in ihrer Epoche gefangen waren, die bemerkten, wie das westliche Leben von Kapitalismus und Industrialisierung befleckt wurde, und die deshalb nach einem Lebensstil im Einklang mit der Natur suchten? Der Lebensstil der einen ist das Elend der andern. Der romantische Blick auf eine fremde Kultur hält den Westen ebenso davon ab, seine eigenen Probleme in Angriff zu nehmen, wie er die so betrachteten Völker daran hindert, sich eigenständig zu entwickeln.

Die Tugenden der Unschuld, die einerseits gepriesen werden, weil sie den unverdorbenen, gottgegebenen Eigenschaften eines vom Bösen unberührten Kindes entsprechen, müssen zugleich vom Europäer korrigiert werden, der’s besser weiß, oder von Asiaten mit europäischer Ausbildung, die als Ersatzeltern auftreten wie das Schulaufsichtspersonal anstelle der europäischen Herren. »Seit die Indonesier die Herrschaft in Irian Jaya 1963 übernahmen, ist es Ziel der Regierungspolitik gewesen, die Einwohner der entlegensten Provinz dazu anzuhalten, sich anständige Kleider anzuziehen. In den Siebzigern startete die Armee die ›Operation Penisverhüllung‹. Kurze Turnhosen und Kleider wurden per Flugzeug ins Baliemtal mitten in Irian Jaya transportiert ... Ein amerikanischer Missionar, der dabei war, erinnert sich, daß am nächsten Tag die Männer die Turnhosen auf dem Kopf trugen und die Frauen die Kleider als Taschen benutzten« (»The Economist«, 29.7.95). Der Kampf um Bekleidungsvorschriften ist typisch für den imperialen »Erwachsenenblick« auf eingeborene »Kinder«. Nacktheit ist sowohl schändlich wie allzu stimulierend für eine Kolonialmacht, die zu Hause gleichzeitig Pornographie zensiert und produziert. Für die Einwohner von Irian Jaya dagegen sind Sonnenschutz und Taschen von größerem Nutzen.

In diesem Fall scheint Indonesien, das das ehemalige Westneuguinea von Holland zurückgewonnen hat, seine Lektion gut gelernt zu haben. Ein typischer Fall von Neukonvertierten, die sich als weniger flexibel erweisen als ihre arroganten Lehrer. »Das Tragen von Kleidung wird von lokalen Regierungsbeamten noch immer als Meilenstein des Fortschritts betrachtet, wenn sie berichten, daß nur noch fünf Prozent der Leute im entlegenen Hochland es vorziehen, halbnackt herumzulaufen« (»The Economist«, s.o.). Ohne die einheimische Kollaboration bestimmter Klassen wäre es den Europäern nicht gelungen, ihre nichteuropäischen Feinde zu besiegen und zu beherrschen. Said untersucht dieses Thema unter Bezugnahme auf die Kollaboration der Paschas und Khediven in Ägypten vor 1882 mit den Briten sowie der von Franzosen ausgebildeten indochinesischen Intellektuellen, die zu entschlossenen Feinden ihrer ehemaligen kolonialistischen Lehrer wurden. »Westliche Berater« und selbst wohlmeinende westliche Verteidiger der Unterdrückten, etwa T.E. Lawrence, die ihre eigene Version der Eingeboreneninteressen durchsetzen wollten, haben damals den Imperialisten in die Hände gespielt und tun dies noch heute.

Unterworfene Völker, ein paarmal geohrfeigt, deren kulturelle Artefakte man zerstört oder herabgewürdigt hat, können zur Camouflage in Herrenkleidern und -kultur verführt werden. Hongkong hat keine »eigene« (kantonesische) Architektur. Die Funktionen, denen Gebäude in Hongkong gehorchen müssen, sind von einem Kapitalismus westlichen Stils diktiert. Die Chinesen haben sich den europäischen Spielregeln angepaßt, werden englisch erzogen, errichten Firmen und gehen an die Börse. Das Regelwerk des Kapitalismus stülpt sich über die Kultur der chinesischen Familienloyalität, die aus europäischer Sicht »Korruption« darstellt, für die in Hongkong eine eigene Regierungsinstitution zuständig ist, die Haussuchungen, Verhaftungen und Ermittlungen durchführen kann, welche oft auf anonymer telefonischer Denunziation beruhen. Öffentliche Entschuldigungen bei Leuten, deren Unschuld sich später herausstellt, gibt es nicht. Die europäische Vorstellung von Korruption ist chinesischen Studenten, die ihre Karrieren als Bauingenieure starten, nicht zu erklären, wie ich in den 80ern als Dozentin am Hongkong Polytechnikum persönlich erfahren habe. Die häufigste Frage lautete: »Was ist denn falsch daran, mit jemandem einen Vertrag abzuschließen, den ich kenne und den ich deshalb besser kontrollieren kann, oder mit einem Familienmitglied?« Eine Kultur der Korruption blüht selbstverständlich auch in Europa, trotz der Gesetze, die hier gepredigt werden. Viele Chinesen sehen darin Heuchelei, und so lernen erfolgreiche chinesische Firmen, das Spiel nach europäischen Regeln zu spielen.

Eine eigenständige chinesische Entwicklung kam ebensowenig zustande wie eine spezifisch islamische, afrikanische, indische Version des Handels oder der Industrialisierung. Tsingtao, an der chinesischen Küste gelegen, wurde 1897 von den Deutschen erobert, die dort eine Marinebasis errichteten. 1913 gab es in Tsingtao kein chinesisches Gebäude mehr. Alles war von der deutschen Administration niedergerissen und ersetzt worden durch »ordentlich aufgezogene, saubere Häuser, die roten Dächer leuchteten vor frischem grünem Hintergrund. Ein kleines Stück Deutschland, das von zu Hause mitgenommen worden war und sich unterwegs noch verschönert hatte.«5 Wer die Vergangenheit vernichtet, beherrscht die Zukunft. Die heutigen Planungsgesetze Tsingtaos sind ein direktes Ergebnis dieser Verwüstungen. Seit 1985 müssen alle neuen Gebäude in Tsingtao dem »deutschen« Baustil entsprechen, mitsamt den roten Satteldächern: die sogenannte »Tsingtao Renaissance«. Die Gebäude in Shanghai, die euopäische und amerikanische Touristen am meisten entzücken,

sind die Neo-Renaissance-Überbleibsel ihrer eigenen unternehmungslustigen Vorfahren: Bankgebäude, Grandhotels, Büros und Clubs entlang dem »Bund« am Fluß, mit Loggias, Rauchglasfenstern, Bögen und Portikos, wo die Geschäfte damals reibungslos liefen, geschmiert mit Opium.

»Die Europäer wollten sich schützen und siedelten daher nah beieinander, nur als geeinte Macht konnten sie der zahlenmäßig überlegenen eingeborenen Bevölkerung widerstehen. Die Chinesen andererseits wollten die Fremden zwingen, in bestimmten Gebieten zu leben, um sie sich so weit wie möglich vom Hals zu halten.«6 In *Orientalism* diskutiert Said die Trennung zwischen »uns« und »denen«, eine Eigenart imperialistischer Kulturen, die auf das zurückgeht, was die Griechen über die Barbaren dachten. Eine kulturell vererbte Einstellung? Chinesen und Japaner waren, wenigstens für kurze Zeitspannen, besonders erfolgreich bei der Eindämmung der europäischen kulturellen Expansion. Den ersten Jesuiten und Händlern, die nach Japan kamen, wurden, ebenso wie den europäischen Handelshäusern und ausländischen Fachleuten in China, eingegrenzte Gebiete zugewiesen – aus eigenständiger Arroganz: China hält sich als Reich der Mitte für das Zentrum der Welt. Die Japaner fanden die Europäer schlicht übelriechend, ungewaschen und unzivilisiert. Langfristig taugte eine Arroganz ohne materielle Macht jedoch nicht zur Verteidigung gegen Bomben, Drogen und Handel.

Warum widmete das Deutsche Architekturmuseum den Architekten oder architektonischen Entwicklungen aus Ländern, die außerhalb von Nordamerika und Europa liegen, nie auch nur eine einzige Ausstellung? Ausnahme war eine PR-Veranstaltung über Hongkong, die wenig zu tun hatte mit einer kritischen Sicht auf den Stand der Architektur und die zudem von der kolonialen Regierung Hongkongs gesponsert war – nur ein Beispiel dafür, wie Kultur dem Handel folgt und dient. Die Kultur ohne Marktwert findet sich in ethnologischen Museen, von Schulkindern angegafft und von Experten viviseziert. Stellen Sie sich vor, ein ägyptisches Museum würde eine Expedition nach England finanzieren, um Königin Victoria auszugraben, sie nach Kairo zu schaffen, und dann ihre Rückgabe ablehnen. Ägyptische Mumien aber liegen seit hundert Jahren in britischen Museen.

Kulturelle Dominanz kann effizienter sein als ein imperialistischer Eroberungskrieg. Im schlimmsten Fall dient sie der Selbstrechtfertigung, andere zu unterwerfen und auszuplündern. Der europäische Herrenstiefel war lange Zeit der stärkste und größte. Aber die Dritte Welt hat sein Leder gegerbt, und dort ist er zusammengenäht worden. »Europa ist buchstäblich das Produkt der Dritten Welt« (Frantz Fanon). Edward Said zitiert sowohl radikale Gegner wie Protagonisten des heutigen US-Imperialismus. In Amerika weiß man es am besten, und dort werden die Regeln aufgestellt für Menschenrechte, Filme, Ernährung und Popkultur. Aber ist es falsch, Tröstungen oder Unterhaltung amerikanischen Stils zu bevorzugen, solange der deutsche Film sein Celluloid nicht wert ist und der deutsche Rap eine schwächliche Imitation ohne soziale Erdung?

Das letzte Kapitel von Saids Buch – »Freedom from Domination in the Future« – befaßt sich mit der neuen Rolle, die die USA u.a. im Krieg gegen den Irak spielten. *Als Amerikaner* und *Araber fand ich das alles überaus beunruhigend, nicht zuletzt deshalb, weil die Konfrontation total und umfassend erschien ... Nie zuvor waren Namen, die die arabische Welt oder ihre Komponenten bezeichneten, so häufig zitiert worden, und nie zuvor in einer so merkwürdig abstrakten und herabsetzenden Bedeutung, obwohl die Vereinigten Staaten nicht mit allen Arabern im Kriegszustand waren.* Das amerikanische Selbstverständnis vom neuen Menschen, geformt in den langandauernden Kriegen gegen die indianischen Einwohner, hat in Melvilles Figur des Kapitän Ahab (*Moby Dick*) einen eigenen, allegorischen Ausdruck gefunden: Er ist besessen, bezwingend, unaufhaltsam und vollkommen eingesponnen in die Rhetorik der Selbstrechtfertigung.

Edward Said fordert keine Trennung der Kulturen, sondern einen Austausch zwischen Gleichwertigen, auch wenn er die Erfolgsaussichten eines solchen Austausches pessimistisch beurteilt. *Niemand ist heute nur ganz und rein eines ... Der Imperialismus konsolidierte die Mischung von Kulturen und Identitäten weltweit. Seine schlimmste und paradoxeste Gabe aber war es, die Menschen glauben zu machen und glauben zu lassen, sie seien einzig, hauptsächlich bzw. ausschließlich weiß oder schwarz oder westlich oder orientalisch.*

Edward W. Said: *Kultur und Imperialismus.* Fischer Verlag, Frankfurt 1994, 476 S., 68 Mark

1. Edward W. Said: Representations of the Intellectual. The 1993 Reith Lectures, Vintage 1994.

2. The Sun Never Sets on Government House, in: Noel Coward: Words and Music.

3. Philip Howard: New Words for Old, misused, vogue and cliche words. Hamish Hamilton Ltd., 1977.

4. E.H. Gombrich: The Story of Art. Phaidon Press Ltd., fünfte Auflage 1983, Kapitel 26.

5. »HongKong Daily Press« 1913, zit. n. Torsten Warner: German Architecture in China. Architectural Transfer. Ernst & Sohn 1995.

6. Ostasiatischer Lloyd, Shanghai, 7.9.1906, zit. nach Warner, a.a.O.

*Alle kursiven Passagen sind Zitate aus Edward W. Saids *Kultur und Imperialismus*

Aus dem Englischen von Dietmar Dath

Layla Dawson schrieb in KONKRET 8/95 über den Schriftsteller Hanif Kureishi

Konkret 11/95, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Lügenhafte Feste, satte Wahrheiten

Über Emir Kusturicas Film »Underground«

Der Krieg in Bosnien wurde in Belgrad inszeniert. Anfang 1995 drehte dort Emir Kusturica, geboren in Sarajevo, seinen Film zu Ende – die gewaltige Schock- & Lach-Parabel, die einem ästhetisch und politisch den Boden unter den Füßen wegreißt, zur merkwürdigerweise immer neuen Verblüffung. Drunter ist, wie der Titel es verspricht, der Untergrund. Und der ist ein inszenatorischer Kunstbau von inflationären Maßen, der sich wie verrückt ausdehnt im Lauf der Geschichte oder richtiger des Es-war-einmal, das kurz vor dem Einmarsch der Nazis in Maribor, Slowenien, beginnt – ein kleiner Schutzkeller zunächst, der sich in den 169 Filmminuten zu einem Tunnelsystem ausweitet, das alle Schutzbauten Hitlers und Ceaucescus um ein Vielfaches übertrifft. Schließlich erfahren wir die Wahrheit: daß untergründig die Hauptstädte Europas verbunden sind, bspw. über die Subroute Berlin-Balkan-Athen, und wer heute vor dem Reichstag den Gullydeckel lüftet – ein letzter Blick zurück nach oben, gerade sind noch die Worte »Dem Deutschen Volke« zu entziffern – , der kriecht bei irgendeinem bosnisch-kroatischen Massaker wieder ans Tageslicht, glücklich dem unterirdischen Wahnsinnsverkehr entronnen, ein Laster nach dem anderen schrammt an den Tunnelwänden entlang, Abgase verdunkeln das Abblendlicht.

Hitler hatte die Kapazität der Entlüftungsventilatoren falsch bemessen. Heute kassieren schwarzhäutige Blauhelme für unterirdische Flüchtlingstransporte. Waffenhändler machen Kasse für Lieferungen nach Serbien und Kroatien – egal, wer der Abnehmer ist. Wir sind beim Exjugoslawen Marko, dem schurkischen und gar nicht unsympathischen Helden und seiner Frau, der schönen und zweckmäßig optierenden Natalija. Gegen Schluß des Films sind sie reich, VIPs und all das; die Rückreise tritt das Waffenhändlerpaar standesgemäß im Mercedes 500 an, Kennzeichen M-TV 6769, doch halt, die gehbehinderten Dealergatten, doppelt riskant im Obergrund aktiv und das im Rollstuhl, werden in einer überaus imposanten Szene liquidiert und pyrotechnisch brillant in Brand gesetzt. Ein Fanal! Als lebende Fackel umkreist das vermögende und in geschlechtlicher Lust vereinte Rollstuhlpaar ein ruinöses Kruzifix, der Gemarterte hängt mit dem Kopf nach unten, ein Schimmel (Utopie!) durchquert die Hieronymus-Bosch-Landschaft von rechts nach links und umgekehrt. Ein Bild! Grande opéra! Schön und gerecht! Oder nicht? Denn das liebende, aber verkohlende Paar ist so ein richtiger Feind denn doch nicht, immer waren die beiden unsere Brüder-und-Schwestern, Jugoslawen, verdiente Funktionäre (er) und Künstler (sie) der kommunistischen Partei des Genossen Tito.

Wieder ist der Boden unter den Füßen weg. Wie war es doch zu Köln bequem, mit Heinzelmännchen umzugehn, äh: den Faschistenschweinen einerseits, den Guten (uns) andererseits. Kusturicas Welt läßt sich nicht sortieren, und wir stecken mittendrin im Schlamassel, bös involviert. Außerdem bin ich außerstande, das zu tun, was der Leser, die Leserin als Service erwartet, nämlich den Plot des Films wiederzugeben. Aber wie das, wenn einer – endlich! – das Bildermedium vom narrativen Ballast des Und-dann-und-dann-und-dann befreit; schließlich hat der Film der Literatur voraus, daß er auf die allseits bewunderten Höhlenzeichnungen zurückgeht, welche man mit Fug & Recht ja auch Undergroundinszenierungen nennen könnte. Wer auch würde ein kolossales, zudem noch schockierend komisches Bosch-Bild durch Ausplaudern der dort meinetwegen versteckten Fabeln angemessen wiedergeben wollen?

Meine Bemühungen sollen nur, ich bitte um Nachsicht, darauf hindeuten, daß Kusturicas Film »Underground« tatsächlich in den Abgrund, aber auch in verlockende Tiefen von so etwas Verdächtigem wie der Seele, auch der Volksseele, eintaucht – und mehr oder weniger schelmisch auch wieder heraufkommt. Drum geht der Verkehr ins Untergründige auch gern durch Dorf- und andere altertümliche Brunnen, die infrastrukturell durch Jugoslawiens Fluß, die Donau, verbunden werden, so daß der Vater dort in einem Fischnetz gefangen werden kann. – Ein Unding, das verstandesmäßig aufdröseln zu wollen. Kurz: Wer sich Kusturicas »Underground« besieht, hat keine Theorie des Untergrundkampfes zu gewärtigen, auch keine Vorlesung über die Strategie des Bosnienkriegs, wohl aber ein grandioses Abenteuer der Wahrnehmung, politisch und moralisch so offen, wie man es sich nur wünschen kann, jedenfalls dann, wenn in der bösen Realität die oberirdischen Grenzen geschlossen sind.

Ergebnis: Kusturica ist mit seinem Megafaszinosum »Underground« Undenkbares gelungen, nämlich alle Parteien Ex- und Rest-Jugoslawiens an einen Tisch zu bringen, wo sie zu Zigeunerweisen in entspannter Atmosphäre an einem Tisch sitzen, am Donauufer; pathetisch ist von Verbrüderungen die Rede, Hoffnung! Einheit! Wir sind in der Schlußsequenz des Films, plötzlich geht der Blick in die Kamera: »Verzeihen können wir, vergessen nie«, heißt die Botschaft. Ein optimistisches Fest, aber dann – so geht's halt zu in diesem Film, underwater in diesem Fall – löst sich die Halbinsel mitsamt der Festgesellschaft vom Ufer und treibt im großen Strom davon. Die Kamera, grad noch angesprochen, bleibt zurück. Wir hören etwas, was statt eines hoffnungsvollen Appells eher Grabrede ist: »In Trauer und Freude werden wir an unser Land zurückdenken. Es war einmal ...« Aber mit eben diesen Worten hatte der Film begonnen, und er hatte uns die Geschichte Jugoslawiens als unablässige Folge politischer Inszenierungen vorgestellt: Propaganda, Botschaften, Filmmedium, Kamera. Kusturica selbst stellt schließlich sein Werk augenzwinkernd in den Dienst der propagandistischen Lügeninszenierungen. Wahrhaftige Selbstironie, brüderliche.

Belgrad 1941. Die Serben Marko und Blacky betreiben ihren prosperierenden Waffenhandel – die Ware wird durch Überfälle auf Nazikonvois beschafft – als Kampf für die kommunistische Partei. Zwei Jahre später sind sie Volkshelden. Blacky wird vom schönen Nazi Franz (Ernst Stötzner) ebenso blutig wie grotesk gefoltert. Seine Flucht endet in einem Luftschutzkeller, während die Bomber der Alliierten »das zu Ende führen, was die Deutschen begonnen hatten, und aus Belgrad eine Ruinenstadt machen«. Freund Marko, oberirdisch, übernimmt inzwischen Blackys Frau, die reizende junge Schauspielerin Natalija, und um diesen für ihn erfreulichen Besitzstand nach der Befreiung zu wahren, inszeniert er für die Volkshelden im Keller den Fortbestand von Besatzung und Krieg, wofür er ein Medium braucht. Er betreibt einen Minisender, der täglich »Lili Marleen« und ähnliche Botschaften in den Keller schickt. Das geht jahrzehntelang gut. Die Eingeschlossenen finden ihr propagandagestütztes Leben ganz prima. Funktionär Marko rückt in die Riege von Titos Spitzenfunktionären auf, ein bißchen Waffenschieberei bleibt auch noch zu erledigen. Doch dann »nimmt Tito das Geheimnis der Einheit Jugoslawiens« mit ins Grab. In die historischen Dokumentaraufnahmen von den Trauerfeierlichkeiten wird Held Marko einkopiert. Wir sehen ihn neben Helmut Schmidt und Kurt Waldheim die Trauerparade abnehmen, wozu alle Strophen des unausweichlichen »Lili Marleen« erklingen – eine offensichtliche Mehrfachinszenierung.

Vor einem solchen pompös-komischen und unverstellt liebevollen Bild glaub ich gleichwohl: Die satte Wahrheit findet sich in der Inszenierung dieses prallen, lügenhaften Festes, das uns »Underground« auftischt.

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 4/95 über die Direktübertragungen aus dem O. J.-Simpson-Prozeß

Konkret 11/95, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Daß der Johannes Gross zwar so heißt, aber erhobenen Hauptes unter einem Konferenztisch spazierengehen kann, wäre keine Erwähnung wert, läge in seiner Kürze nicht allerlei psychopathologische Würze:

Erste Konturen der neuen, der Berliner Republik zeichnen sich bereits ab. Das Land wird erwachsen, der politische Zwerg lernt laufen und gewinnt an Größe.

Freud, schöner Götterfunker, was sagste dazu? Und zu einer Bonner Republik, deren Ende der Ruf ankündigt: Deutschland erwachse!

Ich hab es nicht gewollt, daß der Pressesprecher der PDS, Genosse Parteifreund Harnisch, die klasse Auftritte seines Vorsitzenden Gysi als Medienstar in einem Buch versammelt. Weil von sowas kommt sowas:

Bild der Frau: Sie bekommen viele Liebesbriefe. Beantworten Sie alle?

Gysi: Ja und zwar freundlich.

BdF: Wie erklären Sie sich Ihre Wirkung auf Frauen?

Gysi: Das weiß ich nicht. Und ich will mir das auch nicht erklären, wenn es so ist. Aber vielleicht liegt es daran, daß ich mich scheinbar als Einzelkämpfer gegen den Strom stelle und dann auch alle Beschimpfungen hinnehme. Ich kann mir vorstellen, daß da bei Frauen eine Art Beschützer-Bedürfnis entsteht.

{BdF-Zwischentext:) Heimliche Vermutung der Frauen: Intelligente Männer sind auch phantasievoll im Bett. Vielversprechend: volle, samtige Lippen. Kleine Hände, weich aber zupackend. Aufreizender Ansatz eines kleinen Bauches. Augen, in deren dunkler Wärme man versinkt...

BdF: Was fasziniert Sie denn an Frauen?

Gysi: Weiblichkeit. Also eine völlig andere Herangehensweise ans Leben, an Politik. Die für mich viel menschlicher ist.

BdF: Ist Ihnen der Körper einer Frau nicht wichtig?

Gysi: Aber sicher. Weiblich zu sein, bedeutet doch, sich als Frau zu empfinden und darzustellen. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, Hauptsache, eine Frau ist so undso, und wie sie aussieht, ist mir egal

BdF: Mögen Sie lieber dunkle Frauen oder blonde...

Gysi, hilflos die Schultern zuckend: Ich dachte immer, den Schneewittchentyp, dunkles Haar. Aber meine erste Frau war blond. Ich habe mich oft in das Gegenteil meines Typs verliebt. Selbstverständlich spielt der Körper auch immer eine Rolle. Und da bin ich voll der Klischees, die da herrschen. Also ich mag natürlich... Nee, ich werd es mal nicht sagen. Das ist vielleicht auch nicht fair.

BdF: Können Sie weinen?

Gysi: Ja, aber das ist sehr selten.

(BdF-Zwischentext:) Gysi, der Verletzliche. Der männliche Panzer nur dünn. Ein Blick in die Augen genügt: weich, sanft-braun, warm. Seele. Wie gern einmal diese Tränen wegküssen...

BdF: Was tun Sie, wenn Sie wütend sind ?

Gysi: Also ich werde dann ganz still. Daß ich richtig brülle und ausflippe, passiert vielleicht alle drei Jahre und ist dann wie eine Psychotherapie.

BdF: Wie kann man Sie wieder besänftigen?

Gysi: Wenn man dann möglichst nicht mit mir redet, sondern einfach körperliche Nähe sucht. Ich bin sehr zärtlichkeitsempfänglich.

Ich hab es, wie gesagt, nicht gewollt und bin dem Harnisch, dem Gysi und »Bild der Frau« doch dankbar, daß sie mich besser haben verstehen lassen, was es mit dem demokratischen Sozialismus auf sich hat.

Der Evangelische Pressedienst meldet von der Konkurrenzfront:

Wegen der Taufnamen seiner Kinder befindet sich ein 45jähriger Angestellter in Giulianova in den Abruzzen im Dauerkrieg mit der Kirche. Nicola Ieraci will sein vor zwei Wochen geborenes Nesthäkchen auf die Vornamen Antonio Gramsci taufen lassen. Seine vier älteren Kinder Yuri Guevara Sovjet, Yosta Valentina, Lenin Zivago und Nicolai Ceausescu sind alle getauft.

Das ist komisch. Komischer wäre Zapata Dinamo Scharping. Auch nicht von schlechten Eltern: Rosa Furzewa Simonis-Zeul.

Die Schlagzeile der »Bild«-Zeitung

Ballert die Schande weg!

galt nicht den Tornado-Piloten und ihrer Rache für die schmachvolle Niederlage der Väter gegen Titos Partisanen, sondern bloß den drei deutschen Fußballmannschaften, die in der ersten Runde des Europapokals ihre Spiele verloren hatten, und war also ein weiterer Bericht davon, wie gründlich Frau Vollmer diese Gesellschaft zivilisiert hat. Und immer noch mehr zivilisiert:

Rudi Völler, unser Fußball-Weltmeister ist zum 2. Mal unter der Haube. Fünfeinhalb Jahre lebt er mit der rassigen Italienerin Sabrina zusammen. Um 17.15 Uhr sagten die beiden gestern im Rathaus von Bergisch-Gladbach: »Ja, ich will« Die Gäste standen Spalier, Reis und Blumen flogen. Im schwarzen Mercedes 600 Pullmann fuhr das Paar zur Feier ins Schloßhotel Lerbach. Es gab Hummer-Roulade und Hochzeitstorte mit Marzipan-Fußbällen. Aber es gab keinen französischen Champagner - Völlers privater Protest gegen die Atomversuche in der Südsee.

Na also, Antje, es geht doch. Jetzt machen die Volksgenossen ihre Krautwickel schon aus Hummern und ersetzen französischen Schaumwein gewaltfrei durch deutschen Sekt. Ein Sodbrennen für Mururoa!

Der Literaturredakteur der »Frankfurter Rundschau« eröffnet feierlich seinen kleinen Latinus:

Die Treuhändlerin Breuel erscheint als eine Frau Jeney Treibel redivivus.

Mensch, Schütte, domus antiqua! Aus dem breiten Angebot - begierig, kundig, eingedenk, teilhaftig, mächtig, voll - mal wieder das Falsche gegriffen? Habemus Papum? Oder Papuam? Wolfram supra grammaticos.

Der Chefredakteur der »Tageszeitung« macht Reklame:

Die Taz ist die einzige Zeitung, die keinem Konzern gehört und völlig unabhängig ist. Wir können schreiben, was andere nicht einmal zu denken wagen.

Gut gebrüllt. Wenn man nun aber gar nichts denkt, was es zu wagen lohnt? Dann vertreibt man sich die Zeit damit, die Kollegin Mariam Niroumand für häßliche Dinge schönere Worte ausdenken zu lassen, was ja, nachdem man den Kolonialismus zum Nord-Süd-Gefälle und den Imperialismus zum Ost-West-Gegensatz gemacht hat, so schwer nicht sein kann. Und richtig findet Frau Niroumand für den Rassismus in den USA das schöne Wort

das schwarz-weiß-Gefälle

was sie nie hätte zu denken wagen können, wenn sie nicht völlig unabhängig wäre und einem Konzern gehörte, etwa meinem.

Über die Folgen eines Besuchs von Helmut Kohl bei der deutschen Revolutionärin Barbara Bohley berichtet der »Tagesspiegel«:

»Ich habe in den letzten Jahren etwas dazugelernt«, bekennt sie freimütig.

Ein Freimut, den sie mit dem anderen Freimut und der ganzen Kompanie teilt.

» Vor fünf Jahren habe ich es noch für ausgeschlossen gehalten, mit der CDU punktuell zusammenzuarbeiten.«

Sie hätte vielleicht beim Ministerium für Staatssicherheit nachfragen sollen. Der arme Kerl, der dort über die Revolutionärin Buch führen mußte, hätte ihr schon vor zehn Jahren sagen können, daß sie zu keinem anderen Zweck auf der Welt sei, als fünf Jahre später zu tun, was sie fünf Jahre früher für ausgeschlossen gehalten hat. Vor fünf Jahren würde sie jeden, der ihr geistige Nähe zu Helmut Kohl nachgesagt hätte, einen Desinformanten der Stasi genannt haben.

Das sei inzwischen allerdings anders, die »alten Feindbilder interessieren mich nicht mehr«. Und dann fügt sie noch hinzu: »Ich bin im Heute angekommen.«

Heute honoriert Freimut, im Gegensatz zur menschenverachtenden Aktuellen Kamera, in Valuta.

Obwohl man über die Toten nur Gutes reden soll, konnte sich das »Hamburger Abendblatt« am Grab des Gerd Bucerius die Überschrift nicht verkneifen:

Tod eines »unbequemen Weggenossen«

Auch mir war er immer ziemlich lästig. Anderen scheint es ebenso gegangen zu sein, weshalb, um peinlichen Kundgebungen am Grab vorzubeugen, die hinterbliebene Firma ihre Belegschaft zum Trauerappell antreten ließ:

Wir blicken auf sein Lebenswerk mit hohem Respekt.

Gruner + Jahr AG & Co

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und alle Mitarbeiter.

Alle! Augen nieder! Hohen Respekt! Wegtreten!